

2016

Jahresfinanzbericht

Einzelabschlüsse der Helaba

Inhaltsverzeichnis

Lagebericht und Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen

3	Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen
43	Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen
44	Jahresbilanz der Landesbank Hessen-Thüringen
48	Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Hessen-Thüringen
50	Anhang der Landesbank Hessen-Thüringen
84	Versicherung der gesetzlichen Vertreter
85	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Lagebericht und Jahresabschluss der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

87	Lagebericht der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
101	Jahresabschluss der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
102	Jahresbilanz der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
104	Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
106	Anhang der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
110	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
111	Beirat der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
112	Statistische Angaben zum Bauspargeschäft
123	Adressen der Landesbank Hessen-Thüringen

Lagebericht der
Landesbank Hessen-Thüringen

Lagebericht

Grundlagen der Bank

Geschäftsmodell der Bank

Als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut verfolgt die Helaba das langfristig angelegte strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit starkem regionalen Fokus, ausgewählter internationaler Präsenz und enger Integration in die Sparkassen-Finanzgruppe.

Von zentraler Bedeutung für das Geschäftsmodell der Helaba ist ihre öffentlich-rechtliche Rechtsform. Die Helaba handelt auf Grundlage der für sie geltenden staatsvertraglichen und satzungsrechtlichen Bestimmungen renditeorientiert. Staatsvertrag und Satzung setzen den rechtlichen Rahmen für das Geschäftsmodell der Helaba. Ebenso von zentraler Bedeutung für das Geschäftsmodell sind die Zugehörigkeit der Helaba zur Sparkassen-Finanzgruppe mit ihrem institutssichernden Sicherungssystem sowie die Arbeitsteilung zwischen Sparkassen, Landesbanken und weiteren Verbundinstituten, der hohe Trägeranteil der Sparkassenorganisation sowie die Beibehaltung und der Ausbau der Aktivitäten im Verbund- und im öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäft.

Das strategische Geschäftsmodell der Helaba basiert auf den drei Unternehmenssparten Großkundengeschäft, Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft sowie öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft. Die Bank hat ihre Sitze in Frankfurt am Main und Erfurt und ist mit Niederlassungen in Düsseldorf und Kassel sowie Paris, London und New York vertreten. Durch die Niederlassungen verstärkt die Helaba ihre Nähe zu den Kunden und Sparkassen. Darüber hinaus eröffnen die ausländischen Niederlassungen der Helaba den Zugang zu den Refinanzierungsmärkten, insbesondere auch für die Währungen US-Dollar und Britisches Pfund. Hinzu kommen Repräsentanzen und Vertriebsbüros sowie Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Zur Unterstützung ihrer Vertriebsaktivitäten in Skandinavien hat die Helaba im Jahr 2016 eine Repräsentanz in Stockholm eröffnet. Eine weitere Repräsentanz in São Paulo ist geplant.

Die Helaba konzentriert ihre Geschäftsaktivitäten in der Unternehmenssparte Großkundengeschäft auf die sechs Kerngeschäftsfelder Immobilien, Corporate Finance, Finanzinstituten und ausländische Gebietskörperschaften, Global Markets, Asset Management und das Transaktionsgeschäft. Geografisch liegt der Schwerpunkt auf Deutschland, ergänzt um Engagements in ausgewählten europäischen Ländern und Nordamerika. Die Helaba prägen stabile, langfristige Geschäftsbeziehungen mit ihren Kunden. Im Vertrieb verfolgt die Helaba zwei verschiedene Ansätze, zum einen gegenüber Produktkunden

aus den jeweiligen Produktbereichen, zum anderen produktübergreifend durch Ausrichtung des Kundenvertriebs auf Zielkunden im Bereich von Großunternehmen und dem gehobenen Mittelstand, institutionellen Kunden, ausgewählten ausländischen Kunden sowie inländischen öffentlichen Gebietskörperschaften und kommunalnahen Unternehmen. Bei ihren Zielkunden strebt die Helaba den Kernbankstatus an.

In der Unternehmenssparte Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft verfolgt die Helaba das strategische Ziel, ihre Position als führende Sparkassenverbundbank in Deutschland weiter zu stärken. In dieser Sparte konzentrieren sich die Geschäftsaktivitäten auf Deutschland mit besonderem Schwerpunkt auf Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg. Die Helaba ist Sparkassenzentralbank und Verbundbank für die Sparkassen in diesen vier Regionen und damit für 40 % aller Sparkassen in Deutschland. In Hessen und Thüringen bilden die Verbundsparkassen und die Helaba die Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen mit dem Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Einheit, mit einer konsolidierten Verbundrechnung und einem gemeinsamen Verbund-Rating. In Nordrhein-Westfalen wurden mit den Sparkassen und ihren Verbänden umfangreiche Kooperations- und Geschäftsvereinbarungen getroffen. Mit den Sparkassen in Brandenburg bestehen ebenfalls Kooperationsvereinbarungen zur vertrieblichen Zusammenarbeit. Die Vereinbarungen mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg ergänzen das Verbundkonzept der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

Über die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) ist die Helaba in beiden Bundesländern einer der Marktführer im Bausparkassengeschäft. Die Frankfurter Sparkasse, eine 100%ige und vollkonsolidierte Tochtergesellschaft der Helaba in öffentlicher Rechtsform, ist mit über 850.000 Kunden die führende Retail-Bank in der Region Frankfurt am Main und mit der 1822direkt im nationalen Direktbankgeschäft tätig. Durch die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und deren 100%ige Tochter Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG deckt die Helaba ihr Angebot für Sparkassen im Private Banking, im Wealth Management und in der Vermögensverwaltung ab.

In der Unternehmenssparte Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft ist die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) – eine rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba – mit der Verwaltung öffentlicher Förderprogramme des Landes Hessen betraut. Für die WIBank

besteht in Übereinstimmung mit dem in der Europäischen Union (EU) anzuwendenden Recht eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen. Die Geschäftsaktivitäten der WIBank richten sich nach den Förderzielen des Landes Hessen. Die Helaba ist darüber hinaus an anderen Fördereinrichtungen in Hessen und Thüringen beteiligt.

Steuerungsinstrumentarium und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung verfügt die Helaba über integrierte Systeme zur Geschäfts- und Produktivitätssteuerung. Grundlage ist eine mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung. Die Steuerung beinhaltet dabei sowohl die Steuerung der absoluten Erträge und Kosten als auch die integrierte Steuerung der Deckungsbeiträge. Zielsetzung ist das Erreichen einer Cost-Income-Ratio von unter 65 %. Sie berechnet sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwand zum Gesamtertrag (Ergebnis vor Steuern abzüglich Verwaltungsaufwand und Risikovor-sorge im Kreditgeschäft). In dieser Systematik erfolgt auch die jährliche Planung, aus der eine Planung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) abgeleitet wird. Ausgehend von einer unterjährig regelmäßig erstellten betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung im Deckungsbeitragsschema werden regelmäßige Plan-Ist-Vergleiche erzeugt und Abweichungsanalysen durchgeführt. Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Eine wesentliche Kennzahl zur Steuerung der Bestände ist das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (definiert als Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Aktiv-Neugeschäft mit einer Refinanzierungslaufzeit von mindestens einem Jahr). Insbesondere zur risiko- und rentabilitätsorientierten Steuerung der Neugeschäfte wird eine systematische Vorkalkulation der Kreditgeschäfte durchgeführt.

Das Eigenkapital wird über die Allokation regulatorischer und ökonomischer Limite sowie über die Eigenmittelquote gesteuert. Die Kapital-Zielquoten werden unter Berücksichtigung der durch die Europäische Zentralbank (EZB) aufgestellten zusätzlichen Eigenmittelanforderungen definiert. Die Rentabilitätsziele werden über die Eigenkapitalrentabilität (Verhältnis aus dem Ergebnis vor Steuern zum durchschnittlich eingesetzten Eigenkapital) gesteuert.

Nach der Capital Requirements Regulation (CRR) sind eine Verschuldungsquote (Leverage Ratio), eine kurzfristige Liquiditätskennziffer (Liquidity Coverage Ratio, LCR) und eine auf die Stabilität der Refinanzierung ausgerichtete Kennziffer (Net Stable Funding Ratio, NSFR) zu ermitteln. Die Helaba berücksichtigt diese Quoten und Anforderungen in ihrem Liquiditätsmanagement und bei der Optimierung ihres Geschäftsportfolios. Im Zuge der Implementierung des einheitlichen europäischen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution

Mechanism, SRM) wird die Festlegung einer institutsspezifischen Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (Minimum Requirement for own funds and Eligible Liabilities, MREL) erfolgen.

Die Geschäftsaktivitäten der Helaba sind auf die Bedürfnisse der Kunden ausgerichtet. Die Bank ist Produkt- und Dienstleistungslieferant für ein breites Spektrum unterschiedlicher Kundengruppen. Die Geschäftsaktivitäten der Bank sind eng mit der Realwirtschaft verzahnt. Den Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft zeigt der Anteil der Kundengeschäfte (Forderungen an Kunden und angeschlossene Sparkassen) an der Gesamtbilanzsumme.

Bei ihrer Refinanzierung nutzt die Helaba unterschiedliche Refinanzierungsquellen und -produkte. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den sich durch die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund ergebenden Anker-Refinanzierungsquellen durch direktes und indirektes Sparkassengeschäft (Depot A und Depot B). Hinzu kommen die über die WIBank aufgenommenen Fördermittel sowie die Pfandbriefemissionen als kosteneffizienter Bestandteil der stabilen Refinanzierungsbasis.

Die Helaba baut als führende Verbundbank der Sparkassen-Finanzgruppe ihre Geschäftsbeziehungen zu den bundesdeutschen Sparkassen kontinuierlich aus. In den Regionen Hessen, Thüringen und Nordrhein-Westfalen, in denen die Helaba die Sparkassenzentralbankfunktion innehat, wird nach einheitlichen Kriterien eine Produktnutzungsquote ermittelt, die angibt, wie hoch der Anteil des mit der Helaba und ihren Tochtergesellschaften getätigten Geschäfts am Gesamtbezug der jeweiligen Sparkasse ist. Mit den Sparkassen werden gemeinsame Zielproduktnutzungsquoten vereinbart.

Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag bekennt sich die Helaba in ihren Nachhaltigkeitsleitsätzen nach innen und gegenüber der Öffentlichkeit zu ihrer ökologischen und gesellschaftlichen Verantwortung und legt Verhaltensmaßstäbe auf den Gebieten Geschäftstätigkeit, Geschäftsbetrieb, Mitarbeiter und gesellschaftliches Engagement fest. Ihre Verantwortung gegenüber Umwelt und Gesellschaft hat die Helaba darüber hinaus in verbindliche Vorgaben in ihrer Geschäftsstrategie umgesetzt. Danach fließen die Identifizierung und Bewertung von Umwelt Risiken und von sozialen und ethischen Gesichtspunkten in die Risikobeurteilungs- und Risikomanagementprozesse der Helaba ein. Die Helaba prüft die Erstellung und Installierung eines Regelprozesses zur angemessenen Berücksichtigung von Umwelt Risiken sowie sozialen und ethischen Gesichtspunkten bei der Entscheidung über die Vergabe einschlägiger Kredite. Herstellung und Handel kontroverser Waffenarten werden von der Helaba nicht finanziert. Auf Spekulationsgeschäften mit Agrarrohstoffen verzichtet die Helaba ebenso wie auf die Entwicklung von Investmentprodukten mit Bezug zu Agrarrohstoffen. Ihrer Verantwortung für den Klimaschutz trägt die Helaba

unter anderem dadurch Rechnung, dass sie sich für energieeffiziente Technologien und erneuerbare Energien einsetzt. Bei der Finanzierung technischer Anlagen und Verfahren setzt sich die Helaba für die Verwendung möglichst klimaneutraler Technologien ein. Durch die jährliche Ermittlung von Umweltkennzahlen im Geschäftsbetrieb und deren Veröffentlichung im Internet macht die Helaba wesentliche Elemente ihres ökologischen Profils transparent und schafft Anreize für die weitere Verringerung von Verbrauchs- und Emissionswerten.

Die Helaba gehört zu den Unterzeichnern der „Charta der Vielfalt“, einer Selbstverpflichtungserklärung von Unternehmen zu einer vorurteils- und diskriminierungsfreien Unternehmenskultur. Die Helaba ist als Sponsor in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens engagiert und fördert zahlreiche Einrichtungen und Projekte in Kultur, Bildung, Umwelt, Sport und Sozialwesen.

Die Helaba wird regelmäßig von Nachhaltigkeits-Rating-Agenturen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeitsleistung bewertet. Die Ratings sind ein zentrales Element bei der Analyse und Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitsprofils. Die Helaba ist bestrebt, eine kontinuierliche Verbesserung der externen Einschätzung zu erzielen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

■ Geschäfts- und Personalstrategie

Die Grundsätze der Personalarbeit der Helaba leiten sich aus der Geschäftsstrategie ab. Sie berücksichtigen dabei die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und regulatorischen Entwicklungen. Die Kernaufgaben sind beispielsweise das bedarfsorientierte Beschaffen geeigneter Mitarbeiter, das Bereitstellen professioneller Serviceleistungen und attraktiver Vergütungs- und Nebenleistungen, wie einer betrieblichen Altersversorgung, sowie die Personalentwicklung und Nachwuchsförderung.

■ Vergütungsgrundsätze

Die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie definieren die Handlungsspielräume für die Beschäftigten. Daran ausgerichtet ist auch das Vergütungssystem. In der Vergütungsstrategie und den Vergütungsgrundsätzen hat die Bank den Zusammenhang zwischen Geschäftsstrategie, Risikostrategie und Vergütungsstrategie geregelt. Die Vergütungsstrategie berücksichtigt die Erfüllung der Zielvorgaben aus der operativen Planung bei der Ermittlung eines Gesamtbankbudgets und der Zuordnung der Budgets für die variable Vergütung auf Bereichsebene. Der Bezug zwischen Vergütungsstrategie und strategischen Zielen der Geschäftsbereiche ist somit sichergestellt. Bei den Corporate-Center-Bereichen orientiert sich die Zuordnung von Bereichsbudgets am Ergebnis der Gesamtbank und an der Erreichung qualitativer Ziele. Durch dieses Vorgehen wird ausgeschlossen, dass bei einzelnen Beschäftigten Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken entstehen. Die Festgehälter orientieren sich an den Markterfordernissen.

■ Entwicklung

Trotz hoher Kostensensibilität investiert die Helaba in die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin auf hohem Niveau. Das bedarfsgerecht aufgestellte Angebot an Seminaren zur fachlichen, persönlichen, sozialen und methodischen Entwicklung hilft Führungskräften und Mitarbeitern bei der alltäglichen Arbeit. Ergänzt wird dieses Angebot durch Fremdsprachentrainings, themenspezifische Angebote externer Seminaranbieter sowie betriebswirtschaftliche Studiengänge.

■ Nachwuchsförderung

Die gesellschaftlichen Veränderungen, resultierend aus der demografischen Entwicklung und der fortschreitenden Digitalisierung, werden langfristig betrachtet auf die Wettbewerbsfähigkeit der Helaba Einfluss nehmen. Das hat Konsequenzen für die Gestaltung personalwirtschaftlicher Prozesse. Der demografische Wandel stellt die Helaba vor die Herausforderung, potenzialstarke Nachwuchskräfte zu gewinnen und zu binden. Darüber hinaus stellt die fortschreitende Digitalisierung Unternehmen vor veränderte Anforderungen, um vor allem für eine junge Zielgruppe von Arbeitnehmern attraktiv zu bleiben. Erkennbar wird dies beispielsweise in sich verändernden Rekrutierungsprozessen, die sich zunehmend mehr in der Kandidatenansprache über Social-Media-Kanäle auszeichnen.

■ Weitere Schwerpunkte

Schwerpunkte der aktuellen Personalarbeit sind darüber hinaus die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Gesundheitsmanagement, das Change Management sowie die Führungskräfteausbildung. Diverse Kennzahlen wie beispielsweise eine geringe Fluktuationsrate, die Dauer der Betriebszugehörigkeit und ein niedriger Krankenstand bestätigen dabei die Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiter.

Die Helaba hat im Verlauf des Jahres 2016 eine bankweite Mitarbeiterbefragung durchgeführt; über 2.700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder 83 % haben die Gelegenheit genutzt, ihre Meinung zur Helaba zu sagen. Die Ergebnisse dienen nun als Basis für eine bedarfsorientierte Weiterführung der Arbeit an der Unternehmens- und Führungskultur und werden auch in 2017 aktiv zur Ableitung von weiteren strategischen und operativen Handlungsempfehlungen gleichermaßen genutzt werden.

Darüber hinaus konnten in 2016 neue Dienstvereinbarungen über das Mitarbeitergespräch zu Zielvereinbarung, Zielerreichung und Leistungsbewertung wie auch zur daraus folgenden Ableitung in eine variable Jahresabschlussvergütung mit den Mitarbeitergremien einvernehmlich verhandelt werden. Das Mitarbeitergespräch fördert das vertrauensvolle Miteinander zwischen Mitarbeiter und Führungskraft. Gleichmaßen erfüllen die Verhandlungsergebnisse auch die aktuellen regulatorischen Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung vollumfänglich.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen in Deutschland

Die deutsche Volkswirtschaft expandierte 2016 mit 1,9 % (kalendarbereinigt 1,8 %) zum dritten Mal in Folge über ihrem Wachstumspotenzial, also dem Wachstum, das bei normal ausgelasteten Kapazitäten langfristig zu erwarten ist. Die Wirtschaftsentwicklung war vor allem konsumgetrieben. Der Wachstumsbeitrag des privaten Verbrauchs lag bei über einem Prozentpunkt. Zusammen mit den Konsumausgaben des Staates ist hierdurch der gesamte Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts zu erklären. Deutlich gestiegene Tarifeinkommen bei weitgehend stabilen Preisen und die zunehmende Beschäftigung erhöhten die Realeinkommen der Verbraucher. Zusätzlich stimulierte die Zuwanderung nach Deutschland die privaten und öffentlichen Konsumausgaben.

Enttäuschend verlief dagegen die Investitionstätigkeit der Unternehmen. Der Wachstumsbeitrag war nur leicht positiv, während der Außenhandel sogar etwas bremste. Die Unsicherheiten beim Export wirkten negativ auf die Investitionen, obwohl niedrige Kapitalmarktzinsen und eine leicht überdurchschnittliche Kapazitätsauslastung eigentlich für mehr Kapitalbildung gesprochen hätten. Der Wohnungsbau profitiert von der hohen Nachfrage nach Wohnraum vor allem in den Großstädten, sehr niedrigen Hypothekenzinsen, dem Mangel an Anlagealternativen sowie mehr Investitionen in den Bestand. Der öffentliche und der gewerbliche Bau haben sich 2016 erholt.

Das Wettbewerbsumfeld des deutschen Bankensektors ist durch die andauernde Null- und Negativzinsphase und die Maßnahmen zur Umsetzung der europäischen Bankenunion geprägt. Neben den historisch niedrigen Leitzinsen führen die Ankaufprogramme der EZB zu enormer Liquidität in den Märkten. Darüber hinaus drängen institutionelle Anleger (Versicherungen, Pensionskassen) infolge ihres Anlagedrucks in den Markt und werden zu Wettbewerbern der Banken. Durch den zunehmenden Verdrängungswettbewerb erhöht sich der Druck auf die Margen.

Durch die Entwicklung der Informationstechnologie sowie die zunehmende Verbreitung des Internets werden immer mehr Bereiche der Wirtschaft digitalisiert. Für Finanzdienstleister entstehen neue Wege des Kundenzugangs, des Datenaustauschs mit dem Kunden und des Angebots von Produkten über Online- und mobile Kanäle.

Im Privatkundengeschäft haben auf diese Weise Direktbanken, Filialbanken und immer mehr auch Internet-Unternehmen, die keine Banken sind (so genannte FinTechs), teilweise im Wettbewerb, teilweise in Kooperation neue Kommunikations- und Absatzwege erschlossen. In immer stärkerem Maß rückt

nun auch das Geschäft mit Firmen- und Immobilienkunden und institutionellen Anlegern in den Fokus. Derivateplattformen ermöglichen den revisionssicheren Abschluss von Währungshedges mittels standardisierter Prozesse, Kreditportale vermitteln kleinen Firmenkunden Finanzierungen durch Banken oder direkt durch institutionelle oder private Investoren, Banken analysieren ihre Kundendaten, um Wege zum effektiveren Produktangebot zu finden. Weltweit wird die Blockchain-Technologie weiterentwickelt, um neue, schnellere und kostensparende Wege zum Austausch von Daten zu finden – mögliche Anwendungsfälle reichen von speziellen Handelsnischen bis hin zum SEPA-Zahlungsverkehr.

Bei den aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen ergaben sich folgende wesentliche Veränderungen:

■ EZB-Aufsicht (Single Supervisory Mechanism, SSM)

Die Helaba-Gruppe (im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) sowie der CRR) mit den verbundenen Tochterinstituten Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG gehört zu den als „bedeutend“ eingestufteten Instituten, die unter der direkten Aufsicht der EZB stehen. Mit Schreiben vom 25. November 2016 hat die EZB der Helaba-Gruppe das Ergebnis des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory and Evaluation Process, SREP) mitgeteilt. Die hieraus resultierende mindestens vorzuhaltende harte Kernkapitalquote liegt für die Helaba-Gruppe für 2017 bei 7,43 %. Diese Anforderung setzt sich aus der Säule 1, Mindestkapitalanforderung, der Säule 2, Kapitalanforderung, sowie den Kapitalpuffern zusammen. Für 2016 hatte die EZB die mindestens vorzuhaltende harte Kernkapitalquote mit 9,25 % festgesetzt.

■ EBA-Stresstest und Transparency Exercise

Nach dem letzten Stresstest im Rahmen des Comprehensive Assessments im Jahr 2014 haben die European Banking Authority (EBA) und die Europäische Zentralbank (EZB) erneut einen EU-weiten Stresstest durchgeführt, dessen Ergebnisse am 29. Juli 2016 veröffentlicht wurden. Die Anzahl der einbezogenen Banken hat sich im Vergleich zu 2014 von 123 auf 51 Banken reduziert. Auch im Jahr 2016 gehörte die Helaba zu den teilnehmenden Banken. Im Ergebnis hat sich die Helaba als Institut mit komfortabler Kapitalausstattung erwiesen. Die konzernweite harte Kernkapitalquote (CET1, phased in), die zum Jahresende 2015 mit 13,8 % ausgewiesen wurde, reduzierte sich als Ergebnis des Stresstests im dritten Stressjahr um 3,7 Prozentpunkte auf 10,1 %. Das absolute CET1-Niveau lag – ausgehend von einer gestärkten Ausgangsbasis per 31. Dezember 2015 – über den Werten des Stresstests des Jahres 2014.

Neben dem Stresstest hat die EBA in 2016 auch erneut eine EU-weite Transparency Exercise durchgeführt, deren Ergebnisse am 2. Dezember 2016 veröffentlicht wurden. Diese umfasst detaillierte Informationen zu Kapitalausstattung, Risikolage und Qualität der Aktiva der teilnehmenden Institute zu den Stichtagen 30. Juni 2016 und 31. Dezember 2015. An der Erhebung waren 131 Banken aus 24 Ländern des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) beteiligt. Neben der soliden Kapitalausstattung und Risikolage zeigte sich dabei die hohe Qualität des Kreditportfolios der Helaba-Gruppe in einer NPL-Quote von 2,04 % zum 30. Juni 2016. Die Bank unterschreitet damit den im europäischen Vergleich sehr niedrigen deutschen Durchschnitt von 2,72 %. Zum 31. Dezember 2016 beträgt die NPL-Quote 1,65 %.

■ Einheitlicher Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM)

Neben dem einheitlichen Aufsichtsmechanismus ist der einheitliche Abwicklungsmechanismus die zweite Säule der europäischen Bankenunion und besteht aus dem einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund, SRF) und der europäischen Abwicklungsbehörde (Single Resolution Board, SRB). Der Abwicklungsfonds wird durch die europäische Bankenabgabe gespeist, die seit 2015 erhoben wird. Seit Januar 2016 hat das SRB zentrale Entscheidungsbefugnisse und Verantwortlichkeiten übernommen. Als „bedeutendes“ Institut ist die Helaba im Verantwortungsbereich des SRB angesiedelt. Im ersten Halbjahr 2016 wurde eine Datenabfrage zur Abwicklungsplanung und zu den Mindestanforderungen an Eigenmittel und „berücksichtigungsfähige“ Verbindlichkeiten (MREL) durchgeführt. Im November 2016 wurde der Helaba als Ergebnis der Datenabfrage ein indikatives MREL-Ziel für den Konzern mitgeteilt. Der MREL-Bestand der Helaba liegt deutlich über der mitgeteilten Zielgröße.

■ Eigenkapital und Liquidität (Basel III/CRD IV/CRR)

Ende 2016 beträgt die harte Kernkapitalquote (CET1-Quote) der Helaba 12,7 % (unter Berücksichtigung der CRR-Übergangsregelungen) beziehungsweise 12,6 % („fully loaded“, das heißt bei Anwendung der CRR-Endstufe) und die Gesamtkapitalquote 19,9 % (Anwendung CRR-Übergangsregelungen) beziehungsweise 19,3 % („fully loaded“, das heißt bei Anwendung der CRR-Endstufe). Die Helaba verfügt damit über eine komfortable Eigenmittelausstattung und erfüllt alle derzeit bekannten aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Für Kapitalinstrumente, die bisher als aufsichtsrechtliches Kernkapital anerkannt sind, die zukünftigen Anforderungen an Kernkapital aber nicht mehr erfüllen, sieht die CRD IV eine Übergangsfrist bis Ende 2021 vor. Dies betrifft bei der Helaba stille Einlagen in Höhe von nominal 953 Mio. €.

Die europaweit einheitlichen Liquiditätsdeckungsanforderungen (Liquidity Coverage Ratio, LCR) werden schrittweise angehoben, beginnend mit 70 % im Jahr 2016 über 80 % im Jahr 2017 auf 100 % im Jahr 2018. Zum 31. Dezember 2016 beträgt die LCR für die Helaba 125,7 %. Mit der Net Stable Funding Ratio (NSFR) wird ab 2018 ein Indikator für die mittel- bis langfristige strukturelle Liquidität als Mindeststandard eingeführt, den die Helaba bereits heute in ihren Steuerungssystemen berücksichtigt. Beide Liquiditätskennziffern werden grundsätzlich zu einer Erhöhung der Kosten für das Liquiditätsmanagement und damit zu Rentabilitätsbelastungen führen. Die Helaba hat sich frühzeitig auf die neuen Anforderungen an das Liquiditätsmanagement eingestellt und sieht sich gut gerüstet, die aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechend zu erfüllen.

Die Verschuldungsquote (Leverage Ratio) misst das Verhältnis des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zu den ungewichteten bilanziellen und außerbilanziellen (inklusive Derivaten) Aktivpositionen. Zurzeit ist die Leverage Ratio der Aufsicht als Beobachtungskennzahl zu melden und von den Instituten offenzulegen. Eine verbindliche Mindestquote von 3,0 % soll voraussichtlich ab 1. Januar 2019 gelten. Über die Einzelheiten wird die EU-Kommission voraussichtlich 2017 entscheiden. Zum Stichtag 31. Dezember 2016 beträgt die Leverage-Ratio-Quote der Helaba mit Übergangsbestimmungen gemäß Delegated Act 4,23 %.

■ Sicherungseinrichtungen

Mit dem zum 3. Juli 2015 in Kraft getretenen Einlagensicherungsgesetz hat der deutsche Gesetzgeber die Vorgaben der EU-Richtlinie über Einlagensicherungssysteme umgesetzt. Danach können institutsbezogene Sicherungssysteme unter den vorgeschriebenen Voraussetzungen als Einlagensicherungssysteme anerkannt werden. Dementsprechend erhielt das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht die Anerkennung als Einlagensicherungssystem im Sinne des Einlagensicherungsgesetzes. Von den Kundeneinlagen der Landesbank Hessen-Thüringen (Einzelinstitut) gelten insgesamt 4,3 Mrd. € als „gedeckte Einlagen“ im Sinne des Einlagensicherungsgesetzes.

Geschäftsverlauf

Die Geschäfts- und Ertragslage der Helaba war im Geschäftsjahr 2016 geprägt von einem mit 1,9 % robusten realen Wirtschaftswachstum in Deutschland und einem anhaltenden Niedrigzinsumfeld, in dem neue historische Tiefstände verzeichnet wurden.

Obwohl das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (Laufzeit größer als ein Jahr, ohne das wettbewerbsneutrale Fördergeschäft der WIBank) im Konzern mit 17,4 Mrd. € (2015: 18,2 Mrd. €) leicht zurückging, konnten Fälligkeiten und Sondertilgungen sowie ein währungsbedingter

Rückgang nahezu ausgeglichen werden. Die Forderungen an Kunden bewegen sich mit 81,9 Mrd. € (31. Dezember 2015: 82,2 Mrd. €) auf dem Niveau des Vorjahres. Die Forderungen an angeschlossene Sparkassen sind aufgrund der Liquiditätssituation der Institute auf 6,6 Mrd. € (31. Dezember 2015: 7,9 Mrd. €) zurückgegangen. Die Fokussierung der Kreditvergabe auf die Kunden der Kerngeschäftsfelder und die Sparkassen als Verbundpartner entspricht der kundenorientierten Ausrichtung des Geschäftsmodells der Helaba. Der Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft, das heißt der Anteil der Kundengeschäfte an der Bilanz, stieg aufgrund des Rückgangs der Bilanzsumme im Jahr 2016 auf 65 % (31. Dezember 2015: 62 %).

Trotz relativ großer Marktschwankungen zu Beginn des Jahres zeigte sich das Marktumfeld für das Refinanzierungsgeschäft im Verlauf des Jahres 2016 insgesamt positiv für Finanzinstitute aus den Kernländern des Euroraums. Die Refinanzierungsmittel konnten von der Helaba während des gesamten Jahres problemlos und kostengünstig bei institutionellen und privaten Anlegern aufgenommen werden. Dabei profitierte die Bank unverändert von ihrem strategischen Geschäftsmodell sowie ihrer stabilen Ertrags- und Geschäftsentwicklung.

In 2016 konnten mittel- und langfristige Refinanzierungsmittel in Höhe von rund 17,2 Mrd. € (2015: 17,3 Mrd. €) aufgenommen werden. Das ungedeckte Refinanzierungsvolumen betrug dabei rund 14,2 Mrd. € (2015: 11,4 Mrd. €). Trotz des anhaltenden Niedrigzinsumfelds lag der Absatz von Retail-Emissionen, die über das Vertriebsnetz der Sparkassen platziert wurden, bei einem Volumen von rund 2,4 Mrd. € und damit nur leicht unter dem Niveau des Vorjahres (2,7 Mrd. €). Die Pfandbriefemissionen beliefen sich insgesamt auf 3,0 Mrd. € (2015: 4,8 Mrd. €), wovon 60 % auf Hypothekendarlehen und 40 % auf öffentliche Pfandbriefe entfielen. Unter anderem konnte erfolgreich ein Hypothekendarlehen über 600 Mio. US-\$ mit einer vierjährigen Laufzeit bei institutionellen Investoren platziert werden.

Die Helaba ist Verbundbank für 157 Sparkassen in vier Bundesländern und damit für rund 40 % der bundesdeutschen Sparkassen. Die Zusammenarbeit mit den angeschlossenen Sparkassen entwickelte sich im Jahr 2016 weiterhin stabil.

Am 16. Dezember 2016 hat die Helaba mit der CORESTATE Capital Holding S.A. den Verkauf ihres 44,2 %-Anteils an der HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG vereinbart. Neben der Helaba hat auch die Hessisch-Thüringische Sparkassen-Beteiligungsgesellschaft den Verkauf ihrer Beteiligung von 48 % abgeschlossen. Die Transaktion steht unter dem Vorbehalt der Bankenaufsicht und wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2017 wirksam. Die Helaba bleibt anschließend mit 5,1 % an der HANNOVER LEASING als Minderheitsgesellschafter beteiligt.

Auch im Geschäftsjahr 2016 erzielte die Helaba ein Ergebnis, das die Bedienung aller Nachrangmittel, Genussrechte und stiller Einlagen, eine Ausschüttung an die Kapitalgeber sowie die Dotierung der Gewinnrücklage zur Stärkung des Kernkapitals erlaubt.

Die Cost-Income-Ratio liegt in 2016 bei 57,7 % (31. Dezember 2015: 57,6 %). Die Eigenkapitalrentabilität sank auf 5,7 % (31. Dezember 2015: 6,7 %).

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Wesentliche Daten zur Entwicklung 2016

	2016	2015	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Geschäftsvolumen	165.471	172.331	-6.860	-4,0
Bilanzsumme	136.788	145.023	-8.235	-5,7
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	611	592	19	3,2
Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis	-147	-44	-103	> -100,0
Jahresüberschuss	291	163	128	78,5

Die Bank berücksichtigt wie in den Vorjahren den Aufwand für die Bedienung ihrer stillen Einlagen in der Darstellung der Ertragslage nicht. Der Zinsüberschuss und damit auch das Be-

triebsergebnis sind in der Ertragslage daher um 45 Mio. € (2015: 45 Mio. €) höher ausgewiesen als in der Gewinn- und Verlustrechnung.

Ertragslage

	2016	2015	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Zinsüberschuss	1.105	1.155	-50	-4,3
Provisionsüberschuss	174	168	6	3,6
Nettoertrag des Handelsbestands	158	185	-27	-14,6
Sonstiges betriebliches Ergebnis	8	-111	119	> 100,0
Operatives Ergebnis	1.445	1.397	48	3,4
Verwaltungsaufwendungen	-834	-805	-29	-3,6
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	611	592	19	3,2
Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis	-147	-44	-103	> -100,0
Zuführung/Auflösung von Vorsorgereserven (§ 340f HGB)	-70	-	-70	-
Außerordentliches Ergebnis	-13	-119	106	89,1
Betriebsergebnis vor Steuern	381	429	-48	-11,2
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-90	-266	176	66,2
Zuführung Fonds für allgemeine Bankenrisiken (§ 340g)	-	-	-	-
Jahresüberschuss	291	163	128	78,5

Die operativen Erträge der Bank sind in 2016 gestiegen und liegen 48 Mio. € über den operativen Erträgen des Vorjahres. Das positive sonstige betriebliche Ergebnis trug trotz höherem Verwaltungsaufwand zu einem gestiegenen Betriebsergebnis vor Risikovorsorge von 611 Mio. € bei. Mit einem deutlich höheren Aufwand im Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis und einer Zuführung zu den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB weist die Bank gegenüber dem Vorjahr ein um 48 Mio. € reduziertes Betriebsergebnis vor Steuern aus. Die Steuern vom Einkommen und Ertrag hingegen verringerten sich deutlich gegenüber dem Vorjahr und erhöhen somit im Ergebnis den Jahresüberschuss um 128 Mio. € auf 291 Mio. € zum Jahresende.

Der Zinsüberschuss als wesentliche Ertragskomponente für die Helaba liegt bei 1.105 Mio. €, nach 1.155 Mio. € im Vorjahr. Zu dem Rückgang haben geringere Zinserträge aus dem Bilanzgeschäft beigetragen. Belastend wirkten auch periodenfremde Einmalaufwände aus dem Rückkauf von Schuldscheindarlehen, ergebnisverbessernd jedoch niedrigere Aufwände für die Beendigung von Swap-Geschäften.

Der Provisionsüberschuss (174 Mio. €) liegt mit einem Anstieg von 6 Mio. € um 3,6 % über dem Wert des Vorjahres und resultiert im Wesentlichen aus Provisionserträgen des Zahlungsverkehrs und des Kredit- und Avalgeschäfts.

Im Nettoertrag des Handelsbestands werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisbeiträge der Handelsgeschäfte ausgewiesen. Das Ergebnis von 158 Mio. € (2015: 185 Mio. €) resultiert weitestgehend aus dem zinsbezogenen Geschäft, das den geschäftlichen Schwerpunkt der kundengetriebenen Kapitalmarktaktivitäten darstellt. Der bonitätsinduzierte Bewertungsabschlag blieb im Jahresverlauf nahezu konstant. Im Berichtsjahr wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340e HGB 5 Mio. € zugeführt

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen liegt bei 8 Mio. € (2015: –111 Mio. €). Wesentlicher Treiber des sonstigen betrieblichen Ertrags ist die Teilauflösung der Pensionsrückstellungen aufgrund der Anpassung des Renten- und Gehaltstrends und der Auswirkungen des Tarifabschlusses für das Bankengewerbe im Juli 2016. Der Rückgang bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultiert aus der im Berichtsjahr handelsrechtlich gebotenen Umstellung des zugrunde liegenden Zinssatzes von 4,01 % auf Basis eines 10-Jahres-Durchschnitts gegenüber dem Vorjahreszinssatz von 3,89 % auf Basis eines 7-Jahres-Durchschnitts.

Die Verwaltungsaufwendungen sind um 29 Mio. € auf –834 Mio. € gestiegen. Diese setzen sich aus Personalaufwendungen in Höhe von –362 Mio. € (2015: –372 Mio. €), Sachauf-

wendungen in Höhe von –457 Mio. € (2015: –416 Mio. €) sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Wirtschaftsgüter in Höhe von –15 Mio. € (2015: –17 Mio. €) zusammen. Der Rückgang der Aufwendungen für Altersvorsorgen in den Personalaufwendungen resultiert weitgehend aus geänderten Parametern bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen. Zum Anstieg der Sachaufwendungen haben höhere Beratungskosten und gestiegene EDV-Kosten beigetragen. Die Bankenabgabe ist mit einem Aufwand in Höhe von 35 Mio. € (2015: 26 Mio. €) im Berichtsjahr um 9 Mio. € gestiegen. Am Jahresende waren 3.385 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2015: 3.435) beschäftigt. Die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl ist von 3.476 auf 3.383 gesunken.

Das operative Ergebnis von 1.445 Mio. € und Verwaltungsaufwendungen von –834 Mio. € führen zu einem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge von 611 Mio. €. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 19 Mio. € oder 3,2 %. Die Cost-Income-Ratio, berechnet aus dem Verhältnis zwischen den Verwaltungsaufwendungen und dem operativen Ergebnis, beträgt zum Stichtag 31. Dezember 2016 57,7 %.

Das Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2016	2015	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Ergebnis des Kreditgeschäfts	–179	–29	–150	>–100,0
Ergebnis des Beteiligungsgeschäfts	–18	–23	5	21,7
Ergebnis der Wertpapiere der Liquiditätsreserve, des Anlagevermögens und der Bankbuchderivate	50	8	42	>100,0
Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis	–147	–44	–103	>–100,0

Der Aufwand für die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft ist im Jahr 2016 deutlich gestiegen. Er beläuft sich im Saldo auf –179 Mio. € und liegt damit signifikant über dem Vorjahreswert. Zu dem Anstieg haben erhöhte Zuführungen zu Einzelwertberichtigungen (im Saldo –255 Mio. € nach –132 Mio. € in 2015) beigetragen. Dem gegenüber stehen Erträge aus der pauschalen Risikovorsorge. Die Veränderung der Risikovorsorge gegenüber dem Vorjahr resultiert auch aus der Umstellung der Berechnungsmethode der Pauschalwertberichtigungen im Vorjahr.

Das Ergebnis des Beteiligungsgeschäfts liegt bei –18 Mio. € gegenüber –23 Mio. € im Vorjahr und beinhaltet die Vollabschreibung einer Beteiligung.

Das Ergebnis der Wertpapiere der Liquiditätsreserve ist der Saldo aus Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip, aus Veräußerungsgewinnen und -verlusten sowie handelsrechtlich nach § 253 Abs. 5 HGB gebotenen Zuschreibungen. Zusammen mit dem Einlösungsergebnis aus Wertpapieren

des Anlagevermögens und dem Bewertungsergebnis aus Bankbuchderivaten resultiert ein Ergebnisbeitrag von 50 Mio. € (2015: 8 Mio. €).

Das außerordentliche Ergebnis in Höhe von –13 Mio. € (2015: –119 Mio. €) beinhaltet die notwendige und letztmalige Dotierung der Pensionsrückstellungen in Höhe von 1/15 des Nachdotierungsbetrags, der sich aus dem durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz geänderten Bemessungsverfahren ergibt.

Die Vorsorgereserven nach § 340f HGB wurden um 70 Mio. € erhöht, so dass sich das Betriebsergebnis vor Steuern auf insgesamt 381 Mio. € gegenüber 429 Mio. € im Vorjahr beläuft.

Die Reduktion des Steueraufwands auf insgesamt 90 Mio. € (2015: 266 Mio. €) resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang der Steuern in der Bank Inland, wobei insbesondere steuerliche Ergebnisminderungen bei den Pensionsrückstellungen, Wertpapierbewertungen sowie der Risikovorsorge vorliegen.

Als Ergebnis ergibt sich ein Jahresüberschuss von 291 Mio. €, der neben einer Bedienung aller Nachrangmittel sowie der stillen Einlagen auch die Dotierung der Gewinnrücklagen zur Stärkung des Kernkapitals und den Ausweis eines Bilanzgewinns erlaubt.

Entwicklung der Aktiva

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Forderungen an Kreditinstitute inklusive Barreserve	14.707	16.440	-1.733	-10,5
Forderungen an Kunden	81.919	82.162	-243	-0,3
Schuldverschreibungen und Aktien	19.048	19.578	-530	-2,7
Handelsbestand (aktiv)	16.536	22.095	-5.559	-25,2
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	1.838	1.878	-40	-2,1
Übrige Aktivbestände	2.740	2.870	-130	-4,5
Bilanzsumme	136.788	145.023	-8.235	-5,7
Geschäftsvolumen	165.471	172.331	-6.860	-4,0

Die Bilanzsumme der Helaba ist im Geschäftsjahr 2016 von 145 Mrd. € auf 137 Mrd. € erneut deutlich gesunken.

Die Forderungen an Kreditinstitute inklusive der Barreserve verringerten sich um 1,7 Mrd. € auf 14,7 Mrd. €. In dem Rückgang enthalten ist eine deutliche Verringerung der Ausleihungen an die Sparkassen in Hessen und Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg.

Die Forderungen an Kunden sind weitgehend konstant geblieben (31. Dezember 2016: 81,9 Mrd. €, 31. Dezember 2015: 82,2 Mrd. €). Während die Hypothekendarlehen um 1,0 Mrd. € gestiegen sind, gingen die Kommunaldarlehen um 1,1 Mrd. € zurück. Die anderen Forderungen liegen auf Vorjahresniveau. Die Baudarlehen der Bausparkasse blieben ebenfalls nahezu konstant.

Das Volumen der Schuldverschreibungen und Aktien, die dem Anlage- und Liquiditätsbestand zugeordnet sind, war im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 19,0 Mrd. € (31. Dezember 2015: 19,6 Mrd. €) leicht rückläufig. Den Schwerpunkt der Anlagen bilden mit 18,0 Mrd. € Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (31. Dezember 2015: 17,3 Mrd. €). In dem Posten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wird ein Betrag von 1,0 Mrd. € (31. Dezember 2015: 2,3 Mrd. €) ausgewiesen. Der Rückgang beruht auf einer Umschichtung in der Eigenmittelanlage.

Der Handelsbestand (aktiv) ist in der Berichtsperiode um -5,6 Mrd. € auf 16,5 Mrd. € zurückgegangen. Die Derivate im Handelsbestand (aktiv) sind mit 8,0 Mrd. € ausgewiesen (31. Dezember 2015: 7,6 Mrd. €). Die Verringerung beruht größtenteils auf dem weiteren Abbau der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, so dass zum 31. Dezember 2016 ein Volumen von noch 7,1 Mrd. € ausgewiesen wird, nach 13,0 Mrd. € im Vorjahr. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind lediglich mit 0,1 Mrd. € (31. Dezember 2015: 0,2 Mrd. €) enthalten. Forderungen des Handels blieben mit 1,3 Mrd. € auf Vorjahresniveau (31. Dezember 2015: 1,3 Mrd. €).

Das Geschäftsvolumen, das zusätzlich zur Bilanzsumme das außerbilanzielle Geschäft umfasst, ging um 6,8 Mrd. € auf 165,5 Mrd. € zurück. Die Bilanzsumme ging um 8,2 Mrd. € auf 136,8 Mrd. € zurück, im Wesentlichen getrieben durch den Rückgang des Handelsbestands (aktiv). Der im Vergleich hierzu geringere Rückgang des Geschäftsvolumens resultiert aus der Erhöhung der Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften, Gewährleistungen und Garantien im Berichtszeitraum von 5,9 Mrd. € auf 6,8 Mrd. €. Während die Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen weitgehend konstant blieben, erhöhten sich die unwiderruflichen Kreditzusagen im Berichtszeitraum um 0,5 Mrd. € auf 19,1 Mrd. €.

Entwicklung der Passiva

	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	32.098	38.006	-5.908	-15,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	28.467	30.077	-1.610	-5,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	50.110	46.335	3.775	8,1
Handelsbestand (passiv)	10.975	14.854	-3.879	-26,1
Eigene Mittel	10.110	10.350	-240	-2,3
Übrige Passivbestände	5.028	5.401	-373	-6,9
Bilanzsumme	136.788	145.023	-8.235	-5,7

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich gegenüber dem Vorjahr auf 32,1 Mrd. € (31. Dezember 2015: 38,0 Mrd. €). Der Rückgang entfällt im Wesentlichen auf Wertpapierpensionsgeschäfte gegenüber Banken (-3,6 Mrd. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind um 1,6 Mrd. € auf 28,5 Mrd. € zurückgegangen. Zu dem Rückgang haben überwiegend die verringerten Einlagen auf laufenden Konten (-0,6 Mrd. €) und auf Tages- und Termingeldern (-0,6 Mrd. €) beigetragen.

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind Bauspareinlagen in Höhe von 4,5 Mrd. € (31. Dezember 2015: 4,2 Mrd. €) enthalten.

Die verbrieften Verbindlichkeiten sind um 3,8 Mrd. € gestiegen. Der Bestand an begebenen Schuldverschreibungen betrug 43,0 Mrd. € (31. Dezember 2015: 40,1 Mrd. €). Innerhalb der verbrieften Verbindlichkeiten betrugen die Emissionsprogramme kurzfristiger Geldmarktpapiere 7,1 Mrd. € (31. Dezember 2015: 6,2 Mrd. €).

Der Handelsbestand (passiv) ist um 3,9 Mrd. € auf 11,0 Mrd. € zurückgegangen. Die Verbindlichkeiten des Handels sind mit 8,0 Mrd. € ausgewiesen (31. Dezember 2015: 12,1 Mrd. €), Derivate im Handelsbestand (passiv) mit 3,0 Mrd. € (31. Dezember 2015: 2,8 Mrd. €).

Eigene Mittel

Die in der Bilanz ausgewiesenen eigenen Mittel der Bank (Eigenkapital ohne Bilanzgewinn, einschließlich Fonds für allgemeine Bankrisiken, Genussrechtskapital und nachrangige Verbindlichkeiten) betragen zum 31. Dezember 2016 insgesamt 10,1 Mrd. € (31. Dezember 2015: 10,3 Mrd. €). Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der Fälligkeit von Genussrechtskapital.

Aufsichtsrechtlich belaufen sich die Eigenmittel der Bank zum 31. Dezember 2016 – das heißt vor Feststellung des Jahresabschlusses und somit vor Berücksichtigung von Zuführungen zu den Gewinnrücklagen und inklusive eines Wertberichtigungsüberschusses in Höhe von 123 Mio. € aus dem Vergleich der Expected Losses zu den Wertberichtigungen des Jahresendes 2015 – auf 9,7 Mrd. €. Darin enthalten ist Kernkapital in Höhe von 6,8 Mrd. €. Die dem harten Kernkapital zuzurechnenden Kapitaleinlagen betragen 1,9 Mrd. €, dem zusätzlichen Kernkapital werden stille Einlagen in Höhe von 632,0 Mio. € zugerechnet.

Die Eigenmittelanforderungen der Bank nach CRR betrugen 3,9 Mrd. € zum 31. Dezember 2016. Daraus ergibt sich für die Helaba eine Gesamtkennziffer von 19,9 %; die Kernkapitalquote beträgt 14,0 %; die harte Kernkapitalquote beträgt 12,7 %.

Die nach CRR geforderte Eigenmittelunterlegung der anrechnungspflichtigen Positionen wurde im Geschäftsjahr 2016 jederzeit eingehalten.

Mit der Zuführung zu den Gewinnrücklagen hat die Helaba ihr bilanzielles Eigenkapital sowie ihre aufsichtsrechtlichen Eigenmittel wie in den Vorjahren weiter gestärkt.

Vergleich mit der Vorjahresprognose

Die folgende Tabelle vergleicht für das abgelaufene Geschäftsjahr die Ist-Werte der von der Helaba verwendeten Kennzahlen mit der ursprünglichen Prognose:

	Prognose 2015 für 2016	Ergebnisse 2016
Zinsüberschuss	Niveau des Vorjahres	- 4,3 %
Provisionsüberschuss	Anstieg um 4 %	+3,6 %
Nettoertrag des Handelsbestands	20 % unter Vorjahreswert	- 14,6 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	deutlich negativ	8 Mio. €
Personalkosten	Anstieg um 5 %	- 2,7 %
Sachaufwand (inklusive Abschreibung)	Anstieg um 9 %	+9,0 %
Risikovorsorge	deutlicher Anstieg	>100 %
Ergebnis vor Steuern	deutlich unter Vorjahresniveau	- 11,2 %
Cost-Income-Ratio	<65 %	57,7 %
Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft	15,4 Mrd. €	17,4 Mrd. €

Die Geschäftsentwicklung der Helaba verlief weitgehend im Rahmen der Prognose. Die wesentlichen Abweichungen werden im Folgenden erläutert.

Das Zinsergebnis wurde aufgrund des sehr niedrigen Zinsniveaus in 2016 noch stärker als erwartet belastet. Insbesondere lagen durch diese Situation die Zinsbeiträge im Cash Management und bei der Landesbausparkasse unter den Erwartungen.

Das sonstige betriebliche Ergebnis fiel insbesondere durch die Anpassungen der Methodik des Abzinsungssatzes für Pensionsrückstellungen auf einen 10-Jahres-Durchschnitt deutlich besser als erwartet aus. Die Planung ging von einem 7-Jahres-Durchschnitt aus. Zusätzlich entlastet wurde das sonstige betriebliche Ergebnis durch die Auflösung von Pensionsrückstellungen durch den neuen Tarifvertrag in 2016.

Aufgrund geänderter Parameter bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen ist der geplante Personalaufwand entgegen der Erwartung sogar leicht zurückgegangen, da durch diesen Effekt im Altersvorsorgeaufwand keine Zuführung zu den Pensionsrückstellungen berücksichtigt werden musste.

Die Risikovorsorge ist gegenüber dem Vorjahr deutlich, aber planmäßig angestiegen. Im Vorjahr enthielt die Position nach einem Methodenwechsel erhebliche Auflösungen pauschaler Risikovorsorgen.

Insbesondere die gute Geschäftsentwicklung im Immobilienkreditgeschäft hat dazu beigetragen, dass das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft oberhalb der Planung liegt.

Ertragslage nach Geschäftsfeldern

Im Immobilienkreditgeschäft erhöhte sich das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr um rund 6 % auf 10,4 Mrd. € und lag damit erneut deutlich über dem Planwert. Das Neugeschäft enthält einen hohen Anteil vorfälliger Umfinanzierungen und ist begleitet von hohen vorzeitigen Tilgungen, so dass sich das durchschnittliche Kundenvolumen seitwärts entwickelt hat. Bei rückläufigen Neugeschäftsmargen sank auch die Zinsmarge im Bestand gegenüber dem Vorjahr leicht. Die Erträge gingen gegenüber dem Vorjahr um rund 5 % zurück. Damit lag die Entwicklung der Erträge im Immobilienkreditgeschäft in 2016 leicht unter den Erwartungen.

Im Bereich Corporate Finance lag das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft mit 4,3 Mrd. € um rund 22 % unter dem Vorjahresniveau und damit unter dem Planwert. Bei im Jahresdurchschnitt leicht gestiegenen Kundenforderungen führten rückläufige Margen sowie geringere Einmalerträge zu einem Rückgang der Erträge gegenüber dem Vorjahr um 3 %. Damit fiel der Rückgang der Erträge etwas stärker als geplant aus.

Mit ausländischen Gebietskörperschaften wurden in 2016 nur selektiv Neugeschäftsabschlüsse in Höhe von 0,1 Mrd. € getätigt. Die gesamten Erträge reduzierten sich im Bereich Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften mit einem Rückgang von 11 % stärker als erwartet.

Im inländischen Kommunalkreditgeschäft lag das mittel- und langfristige Abschlussvolumen in 2016 mit 1,0 Mrd. € auf dem Vorjahresniveau. Bei unveränderten Margen wurden wie erwartet Erträge auf Vorjahresniveau erzielt.

Im Kapitalmarktgeschäft trugen höhere Kundenbeiträge zu einem deutlich gestiegenen Provisionsergebnis bei. Dagegen reduzierte sich der Nettoertrag des Handelsbestands durch

eine deutliche Verringerung der Handelsaktiva und niedrigerer Ergebnisbeiträge aus der Marktbewertung. Aus der Bewertung von OTC-Derivaten mit Hilfe der Overnight-Index-Swap-Kurve sowie der Ermittlung der Credit Value Adjustments (CVA) und Debit Value Adjustments (DVA) resultierte ebenfalls ein niedrigerer Ergebniseffekt.

Im Cash Management konnten in 2016 die Provisionserträge gegenüber dem Vorjahr um 10 % gesteigert werden. Dem stand ein deutlicher Ertragsrückgang im Zinsergebnis durch die negativen Kurzfristzinsen entgegen, der zu einem Rückgang der Gesamterträge um 22 % gegenüber dem Vorjahr führte. Damit lag die Entwicklung im Cash Management in 2016 unter den Erwartungen.

Im Verbundgeschäft mit den Sparkassen blieb die Ertragsentwicklung aus dem Geschäft mit strukturierten Anleihen deutlich hinter den Ergebnissen des Vorjahres zurück. Durch das niedrige Zinsniveau blieben die Geschäftsentwicklung im Zahlungsverkehr und im Kapitalmarktgeschäft mit den Sparkassen sowohl hinter den Vorjahreswerten als auch hinter den Planun-

gen zurück. Im Verbundgeschäft gingen die Erträge gegenüber dem Vorjahr insgesamt um rund 7 % zurück und liegen damit deutlich unter den Erwartungen.

Das Bruttoneugeschäft der LBS lag im Berichtsjahr unter dem Vorjahresniveau, aber deutlich über dem Branchendurchschnitt. Durch das in 2016 nochmals gesunkene Zinsniveau und die damit einhergehende geringe Nachfrage nach Bauspardarlehen liegen die operativen Zinserträge unter dem Vorjahresniveau. Die Belastungen konnten durch dispositive Erträge und geringere Belastungen aus den Pensionsrückstellungen teilweise kompensiert werden.

Mit der WIBank nimmt die Helaba im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben wahr. Das Geschäftsjahr war insbesondere durch den Ausbau der Infrastrukturförderung geprägt, während das weiter anhaltende Niedrigzinsumfeld das Fördergeschäft in einzelnen Bereichen belastete. Die Erträge sanken durch das Auslaufen von margenstarkem Altgeschäft und eine gesunkene Dienstleistungsvergütung des Landes Hessen gegenüber dem Vorjahr um 7 %.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2016 nicht ergeben.

Risikobericht

Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die Festlegung einer mit der Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategie zuständig. Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsgemäßen und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken, den Risikoappetit, die Ziele der Risikosteuerung und die Maßnahmen zur Zielerreichung in der Helaba und in den in das konzernweite Risikomanagement eingebundenen Unternehmen fest. Die Risikostrategie wird nach Verabschiedung im Vorstand dem Verwaltungsrat und der Trägerversammlung zur Kenntnis gegeben und mit diesen erörtert.

Die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie des Helaba-Konzerns sind eingebunden in die Geschäfts- und Risikostrategie der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

Wesentliche risikostrategische Ziele der Helaba-Gruppe sind die Sicherstellung eines konservativen Risikoprofils, der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit sowie die Gewährleistung der Risikotragfähigkeit bei gleichzeitiger Erfüllung aller regulatorischen Anforderungen. Das Risikomanagementsystem ist daher ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung.

Im Laufe der Jahre wurde der Risikomanagementprozess verfeinert, so dass die Helaba über ausgereifte Instrumentarien und Rahmenbedingungen zur Risikosteuerung verfügt. Neben organisatorischen Regelungen, wie Kompetenzrichtlinien und Prozess- beziehungsweise Systemdokumentationen, wurden auch die Methoden zur Risikoidentifizierung, -quantifizierung, -steuerung und -überwachung sowie die dafür notwendigen Systeme stetig weiterentwickelt.

Prinzipien

Verantwortung der Geschäftsleitung

Im Rahmen der Verantwortung der Geschäftsleitung trägt der Vorstand – unabhängig von der Geschäftsverteilung – die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Er legt unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba auf der Grundlage einer Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation sowie der Einschätzung der damit verbundenen, im Rahmen der Risikoinventur festgelegten wesentlichen Risiken die Risikostrategie und gleichzeitig den Risikoappetit fest. Durch die Einrichtung eines effizienten Risikomanagementprozesses trägt er für deren Einhaltung Sorge. Gegenstand der Risikostrategie sind alle wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Helaba-Gruppe. Bei den Tochterunternehmen werden die Strategien, Prozesse und Verfahren im Rahmen der rechtlichen und tatsächlichen Einflussmöglichkeiten implementiert. Darüber hinaus werden die Tochterunternehmen unter Berücksichtigung ihrer Wesentlichkeit und der rechtlichen Möglichkeiten in das Kontrollinstrumentarium für die einzelnen Risikoarten eingebunden. Damit wird ein gruppenweites Risikocontrolling sichergestellt.

Vermögensschutz

Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der Risikostrategie im Einklang mit der Erreichung der Unternehmensziele – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmöglichem Schutz des Vermögens der Helaba – eingegangen werden. Diesem Zweck dienen bestehende Risikolimitstrukturen sowie Anreizsysteme und die dafür notwendigen Kontrollmechanismen.

Reputationsschutz

Zur Aufrechterhaltung des positiven Images und für die Erzielung eines bestmöglichen Ratings sind ein funktionierendes Risikomanagement sowie die Vermeidung rufschädigender Verstöße gegen gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorschriften von existenzieller Bedeutung. Ein entsprechender Kontrollprozess zur Beurteilung von Reputationsrisiken im Neugeschäft ist implementiert.

Klare Kompetenzen

Die Verantwortlichkeit, dass in den jeweiligen Markteinheiten ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und erzielten Erträgen herrscht, obliegt den Führungskräften dieser Einheiten. Die Kontrolleinheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass das angemessene Verhältnis laufend überwacht und bei bestehenden beziehungsweise möglichen Diskrepanzen dem entsprechenden Kompetenzträger aufgezeigt wird.

Funktionstrennung („Three lines of Defense“)

Um Objektivität und Transparenz zu ermöglichen, ist die Gewährleistung der Unabhängigkeit von Risikocontrolling und -steuerung erforderlich. Unabhängige Kontrollprozesse sind

überall dort implementiert, wo es die Art und die Höhe der Risiken bedingen. Die Zuständigkeiten der Organisationseinheiten für die Risikoidentifikation und -steuerung, die Risikoquantifizierung sowie die Risikoüberwachung beziehungsweise das Risikocontrolling und das Risikoreporting folgen einem „Three lines of Defense“-Konzept (Markt und Marktfolge, überwachende Einheiten einschließlich Risikocontrolling sowie Revision).

Transparenz

Eine vollständige und sachliche Berichterstattung sowie Offenlegung der Risiken ist ein weiterer wichtiger Baustein der Risikostrategie der Helaba. Nur auf dieser Grundlage ist eine sachgerechte Unterrichtung der Gremien, der Bankenaufsicht sowie der Öffentlichkeit durch den Vorstand möglich.

Kosteneffizienz

Einen weiteren Aspekt stellt die Kosteneffizienz der Kontrolleinheiten, insbesondere der eingesetzten Systeme, dar. Die getätigten Aufwendungen, die im Rahmen der Risikokontrolle (aber auch der Risikosteuerung) anfallen, stehen unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Vorgaben in einer vernünftigen Relation zu den jeweils betrachteten Risiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Quantifizierung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Die Risikostrategie wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba festgelegt.

Erfüllung aufsichtsrechtlicher Normen

Entscheidend für die Gestaltung der Risikostrategie ist nicht zuletzt die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Regelungen, die in einem engen Dialog mit der Bankenaufsicht erfolgt. Die regulatorische Kapitalunterlegung der Helaba sowie die Ermittlung des regulatorischen Kapitals erfolgen nach den Regelungen der Capital Requirements Regulation (CRR) und berücksichtigen die Vorgaben aus dem aufsichtlichen Überprüfungsprozess (SREP).

Risikobewusstes Verhalten

Die Erreichung der Ziele sowie die Einhaltung gesetzlicher Normen hängen von der Disziplin aller Beteiligten hinsichtlich Strategie, Prozessen, Kontrollen und Compliance ab. Die Einhaltung der Disziplin wird durch die Involvierung aller verantwortlichen Beteiligten in die wesentlichen Risikoentscheidungsprozesse, entsprechende Vergütungsstrukturen und regelmäßige, unabhängige Prüfungen unterstützt.

Prüfung

Die interne Revision prüft grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse der Betriebs- und Geschäftsabläufe, wobei Umfang und Risikogehalt der Aktivitäten und Prozesse berücksichtigt

Risikoklassifizierung

Risikoarten

Risikoarten, die für die Helaba von Bedeutung sind, resultieren unmittelbar aus der operativen Geschäftstätigkeit. Im Rahmen der strukturierten Risikoinventur wird regelmäßig, gegebenenfalls auch anlassbezogen, überprüft, welche Risiken die Vermögenslage (inklusive Kapitalausstattung), die Ertragslage oder die Liquiditätslage des Helaba-Konzerns und des Helaba-Einzelinstituts wesentlich beeinträchtigen können. Folgende wesentliche Risikoarten wurden für den Helaba-Konzern und das Helaba-Einzelinstitut (mit Ausnahme des Immobilienrisikos) identifiziert:

- Das Adressenausfallrisiko beziehungsweise Kreditrisiko ist das ökonomische Verlustpotenzial aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern, Emittenten, Kontrahenten oder Beteiligungen sowie aufgrund von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder Leistungsverkehrs (Länderrisiko). Die Bestimmung des ökonomischen Verlustpotenzials erfolgt auf Basis interner oder externer Bonitätsbeurteilungen sowie von der Helaba selbst geschätzter beziehungsweise aufsichtsrechtlich vorgegebener Risikoparameter. Bonitätsrisiken, die im Marktpreisrisiko unter dem Residualrisiko und dem inkrementellen Risiko abgebildet werden, sind nicht Bestandteil des Adressenausfallrisikos.
- Unter das Adressenausfallrisiko fällt auch das Beteiligungsrisiko als ökonomisches Verlustpotenzial, das sich aus einem Ausfall oder einer Bonitätsverschlechterung einer Beteiligung ergibt, die nicht auf Ebene der Einzelrisikoarten gesteuert wird. In der Folge kann es zu einem Rückgang des Anteilswerts, zu ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, zu Verlustübernahmen oder zu Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen kommen.
- Das Marktpreisrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial, das aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen aufgrund von Änderungen der Zinssätze, der Devisenkurse, der Aktienkurse und der Rohwarenpreise sowie ihrer Volatilitäten resultiert. Dabei führen Veränderungen des Zinsniveaus eines Marktsegments zu allgemeinen Zinsänderungsrisiken, spezifische Zinssatzveränderungen (zum Beispiel eines Emittenten) zu Residualrisiken und Preisveränderungen bonitätsbehafteter Wertpapiere aus Rating-Veränderungen (inklusive Default) zu inkrementellen Risiken.
- Das Liquiditätsrisiko wird in drei Kategorien unterteilt. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können. Strukturelle Liquiditätsrisiken ergeben sich aus einem unausgewogenen Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur und einer ungünstigen Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve. Marktliquiditätsrisiken ergeben sich aus der unzureichenden Liquidität von Vermögensgegenständen, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen werden können. Die mit außerbilanziellen Geschäften verbundenen Liquiditätsrisiken führen je nach Ausprägung zu kurzfristigen und/oder strukturellen Liquiditätsrisiken.
- Das operationelle Risiko wird definiert als die Gefahr von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden. Dies beinhaltet auch das Reputationsrisiko, wenn dieses ursächlich auf ein operationelles Risiko zurückzuführen ist. Das operationelle Risiko umfasst auch die folgenden Risiken:
 - Das Rechtsrisiko ist definiert als das Risiko von Verlusten für die Bank aufgrund der Verletzung von rechtlichen Bestimmungen, die zu Rechtsprozessen oder eigenen Handlungen zur Abwendung solcher Verluste führen kann. Bonitätsbedingte Verletzungen von Verträgen (zum Beispiel Kreditverträge) fallen nicht unter diese Definition.
 - Das Verhaltensrisiko ist definiert als die aktuelle oder potenzielle Gefahr von Verlusten für ein Institut infolge eines unangemessenen Angebots von Finanz-(Bank)dienstleistungen, einschließlich von Fällen bewussten oder fahrlässigen Fehlverhaltens.
 - Das Modellrisiko umfasst für die Helaba-Gruppe zwei unterschiedliche Aspekte:
 1. Zum einen umfasst das Modellrisiko das Risiko der Unterschätzung von Eigenmittelanforderungen infolge der Nutzung von Modellen zur Quantifizierung von Risiken. Damit einher geht auch der Umstand, dass ein Modell die Realität nie gänzlich wiedergibt. Dieser Aspekt des Modellrisikos wird in der Helaba-Gruppe über einen Risikopotenzialaufschlag für die wesentlichen Risikoarten in der ökonomischen Risikosteuerung abgebildet.
 2. Zum anderen umfasst das Modellrisiko die Verlustrisiken im Zusammenhang mit der Entwicklung, Implementierung oder unangemessenen Nutzung etwaiger anderer Modelle (nicht unter 1. fallende Modelle) durch das Institut zum Zwecke der Entscheidungsfindung. Dieser Aspekt des Modellrisikos wird im operationellen Risiko berücksichtigt.

werden. Damit wird die Einhaltung definierter Abläufe gefördert. Die Beurteilung von Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse.

- Das Risiko aus dem Einsatz der Informationstechnologie (IT) ist definiert als die Gefahr von Verlusten aus dem Betrieb und der Entwicklung von IT-Systemen (zum Beispiel technische Umsetzung fachlicher Anforderungen, technische Ausgestaltung für die Bereitstellung, Betreuung sowie Entwicklung von Soft- und Hardware). Die Gefahr von Verlusten besteht in der Verletzung der Verfügbarkeit, Vertraulichkeit oder Integrität von Daten oder unvorhergesehenem Mehraufwand in der Informationsverarbeitung.
- Das Informationssicherheits-Risiko (IS-Risiko) umfasst die Gefahr von Verlusten aus der Beeinträchtigung schutzwürdiger Informationen, die sich durch Ausnutzung technischer, prozessualer oder organisatorischer Schwachstellen ergeben können. Hierbei besteht die Gefahr von Verlusten, die sich aus der Verletzung der Verfügbarkeit, der Vertraulichkeit oder der Integrität von Informationen oder einem unvorhergesehenen Mehraufwand in der Informationsverarbeitung sowie durch Angriffe von außen (so genannte Cybercrimes) ergeben können.
- Das Outsourcing-Risiko ist definiert als die Gefahr von Verlusten, resultierend aus Vertrags-, Lieferanten- und Leistungsrisiken sowie Risiken aus der Nichteinhaltung regulatorischer Vorgaben, die bei externem Leistungsbezug auftreten können.
- Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für das veränderte Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Helaba sein.
- Als Reputationsrisiko wird die Verschlechterung des aus Wahrnehmungen der in einem Geschäfts- oder in sonstigen Verhältnissen zur Bank stehenden Individuen resultierenden öffentlichen Rufs der Helaba bezüglich ihrer Kompetenz, Integrität und Vertrauenswürdigkeit bezeichnet. Die materiellen Auswirkungen von Reputationsrisiken schlagen sich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko nieder, weshalb sie in diesen beiden Risikoarten berücksichtigt werden, soweit das Reputationsrisiko nicht ursächlich auf ein operationelles Risiko zurückzuführen ist.
- Unter dem Immobilienrisiko werden das Immobilienbestandsrisiko als wirtschaftliches Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie das Immobilienprojektierungsrisiko aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst. Hierzu gehören nicht etwaige Risiken aus der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital für das jeweilige Projekt sowie Risiken aus Immobilienfinanzierungen.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen können innerhalb einer und zwischen verschiedenen Risikoarten entstehen. Das Management der Risikokonzentrationen – das heißt die Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung – sowie die Berichterstattung über identifizierte Risikokonzentrationen erfolgen in der Helaba von den risikoüberwachenden Bereichen gemäß ihren Zuständigkeiten für wesentliche Risikoarten, Risikotragfähigkeit und Stresstests.

Sowohl Konzentrationen innerhalb einer Risikoart (Intrakonzentrationen) als auch zwischen den Risikoarten (Interkonzentrationen) werden analysiert und sind in die Berichts- und Entscheidungsprozesse des Risikomanagements integriert. Zwischen den Risikoarten werden keine risikomindernden Diversifikationseffekte in der Risikotragfähigkeitsrechnung angesetzt. Ferner werden durch die Ausgestaltung der risikoartenübergreifenden Stress-Szenarien der extremen Marktverwerfungen die für die Helaba wesentlichen Risikokonzentrationen zwischen den Risikoarten implizit berücksichtigt.

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement in der Helaba umfasst vier Elemente, die als aufeinander folgende Phasen in einem Prozess zu sehen sind:

1. Risikoidentifikation

Die Identifikation der für die Helaba beziehungsweise für die in das Risikomanagement auf Gruppenebene eingebundenen Gesellschaften bestehenden Risiken erfolgt laufend während der täglichen Geschäftstätigkeit. Davon ausgehend wird die Klassifizierung der Risiken durchgeführt. Insbesondere bei der Einführung von neuen Produkten und komplexen Geschäften

sind eine umfassende Identifikation sowie die Einbindung in bestehende Risikomesssysteme und die dazugehörigen Risikoüberwachungsprozesse wichtig. Im Rahmen des Neue-Produkte-Prozesses für das Kreditgeschäft und das Handelsgeschäft sind die zentralen Überwachungsbereiche in die Autorisierung neuer Produkte einbezogen. Daneben führt auch die jährlich durchzuführende beziehungsweise anlassbezogene Risikoinventur in der Helaba-Gruppe dazu, dass bisher unbekannte Risiken identifiziert und im Falle der Wesentlichkeit in den Risikomanagementprozess aufgenommen werden.

2. Risikoquantifizierung

Eine qualitativ gute Abbildung der Einzelgeschäfte beziehungsweise Risikoparameter in den Risikomesssystemen erlaubt eine fundierte – sowohl quantitative als auch qualitative – Risikomessung beziehungsweise -bewertung für die einzelnen Risikoarten. Hierbei kommen verschiedene Modelle, Methoden und Verfahren zum Einsatz. Das aus dem Einsatz von Modellen resultierende und im Rahmen von Validierungen sich bestätigende Modellrisiko deckt die Bank über entsprechende Auf- beziehungsweise Abschlüsse ab.

3. Risikosteuerung

Auf Basis der aus der Risikoidentifikation und -quantifizierung erhaltenen Informationen erfolgt die Risikosteuerung durch

die dezentralen Managementeinheiten. Sie umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen.

4. Risikoüberwachung/-controlling und -reporting

Im Rahmen eines unabhängigen Risikocontrollings findet ein ausführliches und objektives Reporting hinsichtlich der bestehenden Risiken an die jeweils zuständigen Kompetenzträger statt. Des Weiteren werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten kontrolliert sowie die Ergebnisse plausibilisiert.

Risikomanagementstruktur

Gremien

Der Vorstand der Helaba trägt die Verantwortung für alle Risiken der Bank und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Darüber hinaus hat der Vorstand einen Risikoausschuss etabliert. Die Hauptaufgabe des Risikoausschusses besteht in der Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie der Helaba. Dem Risikoausschuss obliegt die Zusammenführung und Gesamtbeurteilung aller in der Bank eingegangenen Risiken, namentlich der Adressenausfallrisiken, der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, der operationellen Risiken, der Geschäftsrisiken und der Immobilienrisiken. Ziele sind die frühestmögliche Erkennung von Risiken in der Helaba-Gruppe, die Konzeptionierung und Überwachung der Risikotragfähigkeitsrechnung sowie die Ableitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung und zur Generierung von Steuerungsimpulsen für das Risikomanagement. Zudem beschließt der Risikoausschuss die Steuerungs- und Quantifizierungsmethoden der jeweiligen Bereiche und beurteilt unter Berücksichtigung des Risikoausmaßes die Zweckmäßigkeit der eingesetzten Instrumentarien.

Neben dem Risikoausschuss operieren der Dispositionsausschuss, der Kreditmanagementausschuss (KMA) und der Vorstands-Kreditausschuss (VS-KA). Dem Dispositionsausschuss obliegen die Überwachung der Marktpreisrisiken einschließlich der dazugehörigen Limitauslastung sowie die Steuerung des strategischen Marktrisikoportfolios und des Portfolios der unverzinslichen Passiva. Dem KMA obliegt die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Gesamtportfolios sowie der Syndizierung-, Platzierungs- und Länderrisiken. Der VS-KA ist zuständig für kontrahentenbezogene Kredit- und Settlement-Risiken.

Die Besetzung sowie die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Ausschüsse sind in separaten Geschäftsordnungen geregelt, die vom Vorstand verabschiedet werden.

Für Entscheidungen von besonderer Bedeutung, wie zum Beispiel Erwerb, Veränderung und Veräußerung von Beteiligungen, Kreditentscheidungen ab einer bestimmten Größenordnung oder die Festlegung des Gesamtlimits für Marktpreisrisiken, sehen die Organisationsrichtlinien vor, dass die Zustimmung des Gesamtvorstands beziehungsweise des Verwaltungsrats oder eines seiner Ausschüsse notwendig ist. Das Eingehen oder die Veränderung von strategischen Beteiligungen mit Anteilen über 25 % bedarf zudem gemäß der Satzung der Bank der Zustimmung der Trägerversammlung.

Risikomanagement der Konzern-Unternehmen der Helaba-Gruppe

Die Einbindung von gruppenangehörigen Unternehmen in das Risikomanagement auf Gruppenebene erfolgt unter Berücksichtigung der Risiken, die im Rahmen der jährlichen oder auch einer anlassbezogenen Risikoinventur ermittelt werden. Die Identifikation der Risiken im Rahmen der Risikoinventur findet dabei auf Ebene der direkten Beteiligungen der Helaba statt, das heißt, diese gruppenangehörigen Unternehmen bewerten das Risiko gesamthaft, also auch für die jeweils eigenen Beteiligungen. Der Ausgangspunkt für die Bestimmung des Einbeziehungskreises sind alle handelsrechtlichen direkten Beteiligungen des Einzelinstituts sowie Zweckgesellschaften und Sondervermögen. Der Einbeziehungskreis für die Durchführung der regelmäßigen Risikoinventur ergibt sich aus gruppenangehörigen Unternehmen, für die eine juristische oder ökonomische Wesentlichkeit zur Einbeziehung besteht. Die Festlegung des Einbeziehungskreises erfolgt hierbei anhand eines Kriterienkatalogs. Nicht in die Risikoinventur einbezogene gruppenangehörige Gesellschaften werden über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden.

Als Ergebnis der Wesentlichkeitsbewertung der Risikoinventur wird bestimmt, welche gruppenangehörigen Gesellschaften mit welchen Risikoarten in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden sind und welche gruppenangehörigen

Gesellschaften über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden werden. Im Geschäftsjahr 2016 wurde neben der Helaba (einschließlich der WIBank und der LBS) die Frankfurter Sparkasse vollumfänglich in die Einzelrisikosteuerung eingebunden. Die Einbindung weiterer gruppenangehöriger Gesellschaften in die Einzelrisikosteuerung wird entsprechend ihrer wesentlichen Risikoarten vorgenommen.

Des Weiteren hat das gruppenangehörige Unternehmen für seine eigenen Risiken, die der Risikoart auf Gruppenebene zugeordnet sind, einen geeigneten Risikomanagementprozess einzurichten. Die Art und Weise der Einbindung wird durch die jeweiligen Risikoarten- und Methodenverantwortlichen festgelegt. Dabei gestaltet sich die Einbindung in die Methoden des Risikomanagementprozesses je nach Risikoart unterschiedlich.

Wesentliche Risikoüberwachungsbereiche

Während die Aufgabe der Risikosteuerung durch dezentrale Markteinheiten wahrgenommen wird, obliegen den zentralen Überwachungseinheiten die Identifikations-, Quantifizierungs- und Überwachungs-/Controllingfunktion, die die Reportingpflicht einschließen, sowie die jeweilige Methodenkompetenz. Die aufbauorganisatorische Trennung von Risikocontrolling und Risikosteuerung ist bis in die Vorstandsebene klar vollzogen.

Durch diese klare Aufgabenteilung und das enge Zusammenspiel zwischen den beteiligten Bereichen wird eine effiziente Umsetzung von risikopolitischen Steuerungsimpulsen erreicht.

Für die wesentlichen Risikoarten sind die in folgender Tabelle genannten Bereiche zentral für die Risikosteuerung beziehungsweise die Risikoüberwachung verantwortlich:

Risikoarten	Risikosteuernde Bereiche	Risikoüberwachende Bereiche
Adressenausfallrisiko inklusive Beteiligungsrisiko	Marktbereiche, Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung (Kommunalkredite)	Risikocontrolling (Gesamtbankportfolioebene), Credit Risk Management (Einzelengagementebene und Einzelportfolioebene), Vorstandsstab und Konzernstrategie (Beteiligungsrisiko)
Marktpreisrisiko	Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling
Liquiditätsrisiko	Kapitalmärkte (Geldhandel), Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling
Operationelles Risiko	Alle Bereiche	Risikocontrolling, Recht (Rechtsrisiko), Organisation und Informatik (IT-Risiken), Information Security Management (IS-Risiken), Zentrales Sourcing-Management (Outsourcing-Risiko)
Geschäftsrisiko	Marktbereiche	Risikocontrolling
Immobilienrisiko	Unternehmerisch selbstständige Tochtergesellschaften ■ Operativ: in den jeweiligen Beteiligungen durch die Geschäftsführung ■ Strategisch: durch die Aufsichtsgremien der Gesellschaften und den Bereich Immobilienmanagement	Risikocontrolling, Immobilienmanagement

Neben den in oben dargestellter Tabelle genannten Bereichen tragen weitere Einheiten zum Risikomanagement im Konzern bei.

Interne Revision

Die interne Revision ist direkt dem Vorstand unterstellt und prüft und beurteilt weisungsunabhängig die Aktivitäten und Prozesse der Bank sowie von risikoorientiert ausgewählten Tochtergesellschaften. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung erfolgen risikoorientiert. Die Beurteilung der Risikolage, die Ordnungsmäßigkeit der Bearbeitung sowie die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sind dabei besondere Prüfungskriterien.

Umfang und Ergebnis der Prüfung werden nach einheitlichen Standards dokumentiert. Der Vorstand sowie die Verantwortlichen der geprüften Bereiche erhalten aussagekräftige Prüfungsberichte. Die interne Revision berichtet dem Verwaltungsrat quartalsweise über die wesentlichen Prüfungsergebnisse.

Kapitalmarkt-Compliance, Compliance Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung, MaRisk-Compliance sowie Informationssicherheitsmanagement

Die Bank hat die unabhängigen Funktionen der Compliance-Stelle Kapitalmarkt, der Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung, der Compliance-Stelle Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk), des Informationssicherheitsmanagements sowie des Datenschutzbeauftragten eingerichtet.

Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt berät die operativen Bereiche, überwacht und bewertet die Grundsätze, Prozesse und Verfahrensweisen insbesondere im Hinblick auf die Anforderungen des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG), der Wertpapierdienstleistungs-Verhaltens- und Organisationsverordnung (WpDVerOV) und der WpHG-Mitarbeiteranzeige-Verordnung (WpHGMAAnzV), Verlautbarungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sowie einschlägige Verlautbarungen der European Securities and Markets Authority (ESMA). Darüber hinaus bewertet die Compliance-Stelle Kapitalmarkt inhärente Risiken und kontrolliert die Einhaltung der relevanten aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt führt die Überwachungshandlungen regelmäßig und risikoorientiert auf Basis eines Überwachungsplans durch, der auf einer zuvor vorgenommenen Risikoanalyse basiert. Sie überwacht dabei insbesondere das Verbot von Insidergeschäften und der Marktmanipulation und identifiziert und regelt konzernweit Interessenkonflikte mit Risikopotenzialen.

Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung entwickelt als zentrale Stelle im Sinne des § 25h KWG interne Grundsätze sowie angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen. Als Grundlage für die zu ergreifenden organisatorischen Vorkehrungen dienen unter anderem die Gefährdungsanalyse des Konzerns (Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie Betrugsbekämpfung) sowie die Group Policy, die die allgemeinen Rahmenbedingungen des Konzerns wiedergibt, die den nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechen. Mit dem Einsatz einer Monitoring- und Research-Software erfolgt eine kontinuierliche Überwachung der Geschäftsbeziehungen. Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung verantwortet außerdem die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen aus dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Förderung der Steuerehrlichkeit (FATCA) sowie aus dem internationalen automatischen Steuerdatenaustausch (AEOI).

Die MaRisk-Compliance-Funktion wirkt auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Umsetzung und Einhaltung der unter Risikogesichtspunkten identifizierten wesentlichen

rechtlichen Regelungen und Vorgaben hin und führt Kontrollhandlungen durch. In diesem Zusammenhang kontrolliert und bewertet die MaRisk-Compliance-Funktion regelmäßig die Angemessenheit und Wirksamkeit der Geschäftsprozesse und Verfahrensweisen zur Umsetzung und Einhaltung der wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben in der Bank.

Die Information-Security-Management-Funktion verantwortet die adäquate Steuerung, Koordination und Weiterentwicklung des Informationssicherheitsmanagements in Abstimmung mit der Geschäftsstrategie, der IT-Strategie und der Risikomanagementstrategie der Bank. Hierzu ermittelt und bewertet die Funktion die Risiken der Informationssicherheit im Rahmen eines Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) und entwickelt relevante Maßnahmen und Kontrollen zur nachhaltigen Risikoreduzierung beziehungsweise Risikoüberwachung. Auch die Ableitung und Definition notwendiger Sicherheitsanforderungen aus relevanten Gesetzen und Verordnungen (Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), IT-Sicherheitsgesetz, Mindestanforderungen an die Sicherheit von Internetzahlungen (MaSI), MaRisk etc.), die regelmäßige Analyse von Schutzbedarfsklassifizierungen und Infrastrukturen sowie die Abstimmung hierfür angemessener technischer und organisatorischer Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung eines angemessenen Sicherheitsniveaus in der Bank werden durch die Information-Security-Management-Funktion dauerhaft gewährleistet.

Die Datenschutzbeauftragte wirkt auf die Einhaltung und Umsetzung datenschutzrechtlicher Anforderungen hin. Sie fungiert hierbei als feste Ansprechpartnerin des Vorstands und der Bankangestellten für jegliche Fragen zum Thema Datenschutz. Sie führt eine Verfahrensübersicht (§ 4g Abs. 2 BDSG) und überwacht die ordnungsgemäße Anwendung von Datenverarbeitungsprogrammen (§ 4g Abs. 1 Nr. 1 BDSG). Ebenso führt sie Vorabkontrollen durch und stellt eine regelmäßige Schulung und Sensibilisierung der Bankmitarbeiter zum Thema Datenschutz sicher.

Diese unabhängigen Funktionen sind unmittelbar dem Vorstand unterstellt. Daher bestehen, wie aufsichtsrechtlich gefordert, aufbau- und ablauforganisatorisch adäquate sowie wirksame interne Kontrollverfahren zur Steuerung und Überwachung der genannten Risiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Quantifizierung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass alle wesentlichen Risiken im Helaba-Konzern jederzeit durch Risikodeckungsmasse abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

In die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsrechnung fließen Risikopotenziale für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Geschäfts- sowie Immobilienrisiken ein. Dabei werden im Rahmen einer ökonomischen Betrachtung Risikopotenziale quantifiziert sowie der regulatorische Expected Loss (EL) und der regulatorische Kapitalbedarf

unter Anwendung der regulatorischen Bewertungsvorschriften ermittelt. Ein Kapitalabzug aus dem regulatorischen EL-/Wertberichtigungsabgleich findet bei der Quantifizierung der regulatorischen Eigenmittel Berücksichtigung.

Neben der deckungsmassenbasierten Risikotragfähigkeit wird in Bezug auf die Liquiditätsrisiken der Liquiditätshorizont als weitere Ergebnisgröße ausgewiesen.

Die Darstellung der Risikotragfähigkeit basiert auf einem Zeithorizont von einem Jahr. Sowohl Risikopotenziale als auch Risikodeckungsmassen sind für diesen Zeitraum konzipiert und quantifiziert.

Zusätzlich zu einem Basisszenario, das die Risikotragfähigkeit zum Berichtsstichtag abbildet, werden regelmäßig die Auswirkungen von historischen und hypothetischen Stress-Szenarien auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Dabei werden ein makroökonomisches Stress-Szenario und ein Szenario extremer Marktverwerfungen, dessen Basis beobachtete Marktverwerfungen im Rahmen einer globalen Finanzkrise bilden, betrachtet. Darüber hinaus werden inverse Stresstests durchgeführt.

In der Konzern-Risikotragfähigkeitsrechnung der Helaba werden zwei unterschiedliche Steuerungskreise abgebildet, die der aufsichtsrechtlichen Unterscheidung in einen Fortführungsansatz (auch Going Concern-Ansatz genannt) und einen Liquidationsansatz (auch Gone Concern-Ansatz genannt) entsprechen.

Im Fortführungsansatz erfolgt der Nachweis, dass die regulatorischen Mindestkapitalanforderungen auch bei schlagend werdenden erwarteten und unerwarteten Verlusten eingehalten werden können. Die Quantifizierung der Risikopotenziale erfolgt hier zu einem 95,0 %-Konfidenzniveau. Im Liquidationsansatz der Risikotragfähigkeit wird nachgewiesen, dass selbst im Fall schlagend werdender seltener und schwerer Verlustausprägungen (erwartete sowie unerwartete Verluste zu einem Konfidenzniveau von 99,9 %) das Kapital des Helaba-Konzerns ausreicht, um die Gläubiger in voller Höhe zu befriedigen.

Im Rahmen des Fortführungsansatzes werden die gesamten ökonomischen Risikopotenziale der Konzern-Risikotragfähigkeitsrechnung einem nachhaltigen Ergebnis vor Risiken sowie den regulatorisch nicht gebundenen Eigenmitteln (je nach Szenario abzüglich eines intern definierten Risikopuffers) gegenübergestellt. Zur Analyse der Auswirkungen auf die regulatorischen Kapitalquoten werden im Fortführungsansatz regelmäßig auch die Auswirkungen der Stress-Szenarien auf den regulatorischen Kapitalbedarf sowie auf die regulatorischen Eigenmittel quantifiziert.

Der Fortführungsansatz, der als Ergebnisgröße die Einhaltung der regulatorischen Kapitalquoten betrachtet, ist eng mit der Kapitalallokation in der Helaba verzahnt. Die Allokation des regulatorischen Kapitals auf Geschäftsbereiche und Konzerneinheiten der Helaba erfolgt unter Berücksichtigung der damit verbundenen erwarteten Entwicklungen der Eigenkapitalquoten. Hiermit wird die Konsistenz zwischen der Kapitalallokation bei Annahme einer Vollausslastung der Limite und der sich hieraus ergebenden Ergebnisgröße der Risikotragfähigkeitsrechnung sichergestellt. Zusätzlich erfolgt eine Limitierung der ökonomischen Risikopotenziale, so dass bei gleichzeitiger Auslastung der regulatorischen Allokation und auch der ökonomischen Risikopotenziale sichergestellt ist, dass die intern vorgegebenen Mindestkapitalanforderungen selbst bei schlagenden ökonomischen Risiken nicht unterschritten werden.

Im Liquidationsansatz wird eine ökonomische Deckungsmasse zur Abdeckung des internen Kapitalbedarfs herangezogen, die das zum Berichtsstichtag aufgelaufene Konzernergebnis, das Eigenkapital sowie das Nachrangkapital nach IFRS berücksichtigt. Zusätzlich erfolgt eine ökonomisch bedingte Korrektur von Deckungsmassenbestandteilen. Stille Reserven werden im Liquidationsansatz nicht als Deckungsmasse angesetzt.

Die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsbetrachtung für den Konzern weist zum Ende des Jahres 2016 weiterhin eine deutliche Überdeckung der quantifizierten Risikopotenziale durch die bestehenden Risikodeckungsmassen aus und dokumentiert das konservative Risikoprofil der Helaba. Dies gilt analog für die Risikotragfähigkeitsrechnung des Helaba-Einzelinstituts.

Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für den Konzern besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen, nach Berücksichtigung eines internen Risikopuffers, ein Kapitalpuffer in Höhe von 3,5 Mrd. € (2015: 3,2 Mrd. €). Im Liquidationsansatz für den Konzern besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen ein Kapitalpuffer in Höhe von 7,1 Mrd. € (2015: 6,6 Mrd. €).

Die im Rahmen der simulierten Stress-Szenarien erreichten Kapitalquoten liegen deutlich oberhalb der regulatorischen Mindestanforderungen.

Darüber hinaus führt die Helaba zwei inverse Stresstests durch, um zu untersuchen, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit des Instituts gefährden könnten. Dabei werden in den Szenarien „Unterschreitung der Mindestkapitalanforderungen“ sowie „Illiquidität“ die Auswirkungen diverser wirtschaftlicher Ereignisse untersucht, die zur Nichteinhaltung der regulatorischen Mindestkapitalanforderungen beziehungsweise zum Verbrauch der Liquiditätsreserven führen könnten. Derzeit bestehen keinerlei Anzeichen für einen Eintritt dieser Szenarien.

Weitere Sicherungsmechanismen

Zusätzlich zur Risikodeckungsmasse bestehen weitere Sicherungsmechanismen. Die Helaba ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und somit einbezogen in das aus den elf Sparkassenstützungsfonds, der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen bestehende Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe.

Wesentliche Merkmale dieses Sicherungssystems sind die institutssichernde Wirkung, das heißt der Schutz der angeschlossenen Institute in ihrem Bestand, insbesondere von deren Liquidität und Solvenz, ein Risikomonitoring-System zur Früherkennung besonderer Risikolagen und die Bemessung der vom jeweiligen Institut an die Sicherungseinrichtung zu leistenden Beiträge nach aufsichtsrechtlich definierten Risikogrößen. Auch die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, ein Tochterunternehmen der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, sind direkt an diesem Sicherungssystem beteiligt.

Das am 3. Juli 2015 in Kraft getretene Einlagensicherungsgesetz setzt in Deutschland die Anforderungen der EU-Richtlinie über Einlagensicherungssysteme um. Die Sparkassen-Finanzgruppe hat ihr Sicherungssystem fristgerecht an die geänderten rechtlichen Vorgaben angepasst. Insbesondere wurde zusätzlich zur Institutssicherung eine Einlagensicherung zum Schutz entschädigungsfähiger Einlagen bis zu 100.000 € pro Kunde installiert. Im Helaba-Konzern belaufen sich die gedeckten Einlagen auf insgesamt 15,1 Mrd. €, davon 4,3 Mrd. € im Helaba-Einzelinstitut. Die bis zum Jahr 2024 anzuspärende Zielausstattung des Sicherungssystems wurde zudem vergrößert und auf eine geänderte Bemessungsgrundlage umgestellt. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanz-

gruppe als Einlagensicherungssystem im Sinne des Einlagensicherungsgesetzes anerkannt.

Darüber hinaus gehören die Helaba und die Frankfurter Sparkasse satzungsrechtlich dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen als Mitglieder an. Der Reservefonds gewährleistet im Haftungsfall eine weitere, neben dem bundesweiten Haftungsverbund bestehende Sicherung. Er sichert die Verbindlichkeiten der Helaba und der Frankfurter Sparkasse gegenüber Kunden einschließlich Kreditinstituten, Versicherungsunternehmen und sonstigen institutionellen Anlegern sowie die verbrieften Verbindlichkeiten. Ausgenommen hiervon sind unabhängig von ihrer Restlaufzeit Verbindlichkeiten, die bei den Instituten als Eigenmittelbestandteile im Sinne von § 10 KWG dienen oder gedient haben, wie Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter, Genussrechtsverbindlichkeiten sowie nachrangige Verbindlichkeiten. Das Gesamtvolumen des Fonds beläuft sich auf 5 ‰ des Gesamtrisikobetrags der angeschlossenen Institute und betrug Ende 2016 insgesamt 522 Mio. € (31. Dezember 2015: 521 Mio. €).

Bis zur vollständigen Einzahlung des Gesamtvolumens hat der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des Differenzbetrags zwischen tatsächlicher Dotierung und Gesamtvolumen übernommen.

Auch der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und der Westfälisch-Lippische Sparkassen- und Giroverband (SVWL) haben jeweils einseitig einen zusätzlichen regionalen Reservefonds für die Helaba geschaffen.

Für das Förderinstitut WIBank, das als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba organisiert ist, besteht gesetzlich geregelt und in Übereinstimmung mit den EU-beihilferechtlichen Anforderungen eine unmittelbare Gewährträgerhaftung durch das Land Hessen.

Adressenausfallrisiko

Das Kreditgeschäft stellt ein wesentliches Kerngeschäft der Helaba dar. Entsprechend sind das Eingehen von Adressenausfallrisiken sowie die Kontrolle und Steuerung dieser Risiken Kernkompetenzen der Helaba. Sowohl durch die Weiterentwicklung des Marktumfelds als auch durch neue Entwicklungen im regulatorischen Umfeld der Kreditinstitute ergeben sich permanent neue Herausforderungen für die interne Steuerung der Adressenausfallrisiken, die eine konsequente Überprüfung der bestehenden Verfahren erfordern.

Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete, einheitliche Risikostrategie, die in Anlehnung an die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) verbindlich festgelegt wurde. In der Teilrisikostrategie

Adressenausfallrisiken wird für alle Geschäftssegmente die Risikoneigung differenziert nach Produkten, Kundensegmenten und Risikoklassen definiert. Die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird jährlich überprüft.

Basel III/CRR

Die Helaba wendet den IRB-Ansatz an. Mit den internen Rating-Verfahren (Ausfall-Rating) für das Kreditportfolio, dem Sicherheitenverwaltungssystem, der Credit Loss Database, die zur Erfassung und Analyse des Ausfallportfolios und der Einzelwertberichtigungen dient, sowie einem regulatorischen Rechenkern sind die entsprechenden aufsichtsrechtlichen Regelungen nach Basel III/CRR in den Verfahren und Systemen der Helaba umgesetzt.

Risikoüberwachung mit dem Global-Limit-System

Die Helaba verfügt über ein Global-Limit-System, in dem zeitnah kontrahentenbezogene Adressenausfallrisiken strukturiert und transparent aufbereitet werden. Die Kontrahentenlimite orientieren sich sowohl an der Bonität (Rating) der Kontrahenten als auch an der Risikotragfähigkeit der Bank.

Zur Überwachung, Begrenzung und Steuerung von Adressenausfallrisiken werden im Global-Limit-System kreditnehmerbezogene Gesamtlimite auf Konzernebene erfasst. Auf diese Gesamtlimite werden alle Arten von Krediten gemäß Artikel 389f der CRR, sowohl aus Handels- als auch Bankbuchaktivitäten, gegenüber den Kreditnehmern angerechnet. Vorleistungs- und Abwicklungsrisiken aus Devisen- und Wertpapiergeschäften, Kontokorrent-Intraday-Risiken sowie so genannte Additional Risks aus Konstrukten werden als wirtschaftliche Risiken genehmigt und auf separate Limite angerechnet.

Die genehmigten Gesamtlimite werden entsprechend der Beschlussvorlage auf Einzelkreditnehmer, Produktarten und die betroffenen operativen Geschäftsbereiche alloziert. Die Ausnutzung der einzelnen Limite wird täglich überwacht; bei etwaigen Limitüberschreitungen werden umgehend die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

Die Anrechnung von Swaps, Termingeschäften und Optionen auf das Gesamtlimit erfolgt mit den – gemäß der CRR ermittelten – Kreditäquivalenzbeträgen. Alle weiteren Handelsbuchpositionen (zum Beispiel Geldhandel, Wertpapiere) werden mit Marktpreisen bewertet.

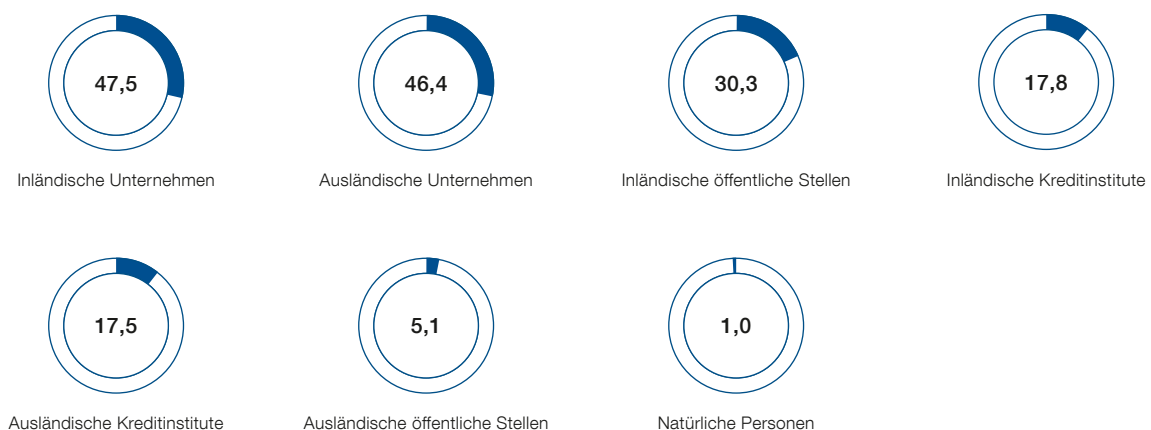
Ergänzend werden als indirekte wirtschaftliche Risiken Sekundärrisiken aus Leasingengagements (Leasingnehmer) oder aus erhaltenen Bürgschaften und Garantien sowie Lastschriftreicher-Risiken beim jeweiligen Risikoträger erfasst.

In Grafik 1 ist das Gesamtkreditvolumen per 31. Dezember 2016, das sich aus Kreditinanspruchnahmen und nicht genutzten zugesagten Kreditlinien zusammensetzt, des Helaba-Einzelinstituts in Höhe von 165,6 Mrd. € (31. Dezember 2015: 171,8 Mrd. €), aufgeteilt nach Kundengruppen, dargestellt. Das Gesamtkreditvolumen entspricht dem gemäß den geltenden Rechtsnormen für Großkredite ermittelten Risikopositionswert vor Anwendung der Ausnahmen zur Ermittlung der Großkreditobergrenzenauslastung und vor Anwendung von Kreditminderungstechniken.

Gesamtkreditvolumen nach Kundengruppen (Helaba-Einzelinstitut)

Grafik 1

in Mrd. €



Entsprechend dem Geschäftsmodell liegt der Schwerpunkt der Kreditaktivitäten der Helaba zum 31. Dezember 2016 bei Finanzinstitutionen (insbesondere im Kreditgewerbe), im Grundstücks- und Wohnungswesen sowie bei öffentlichen Stellen.

Bonitäts-/Risikobeurteilung

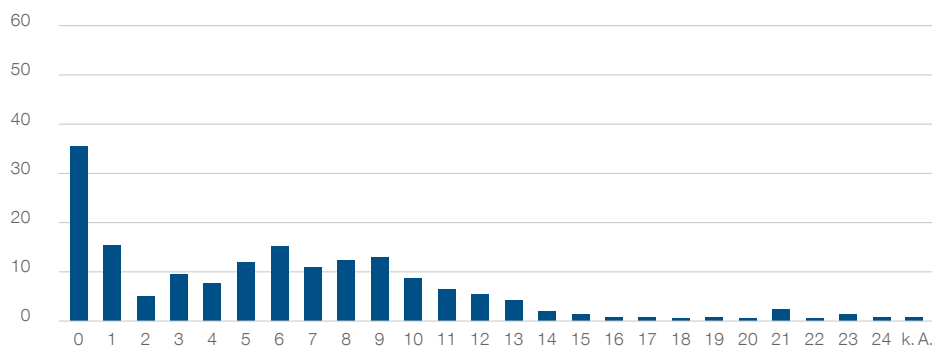
Die Bank verfügt über 14 in Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) beziehungsweise anderen Landesbanken entwickelte Rating-Verfahren sowie zwei selbst entwickelte Rating-Verfahren. Diese Verfahren basieren auf statistischen Modellen und ordnen die Kreditengagements unabhängig von der Kunden- oder Objektgruppe kardinal über eine 25-stufige Ausfall-Rating-Skala einer festen Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) zu.

In Grafik 2 ist das Gesamtkreditvolumen des Helaba-Einzelinstituts in Höhe von 165,6 Mrd. € (31. Dezember 2015: 171,8 Mrd. €) nach dem Ausfall-Rating aufgeteilt.

Gesamtkreditvolumen nach Ausfall-Rating-Klassen (Helaba-Einzelinstitut)

Grafik 2

in Mrd. €



Sicherheiten

Neben der Bonität der Kreditnehmer beziehungsweise der Kontrahenten sind die zur Verfügung stehenden Sicherheiten (beziehungsweise allgemeine Kreditrisikominderungsstechniken) von maßgeblicher Bedeutung für das Ausmaß der Adressenausfallrisiken. Sicherheiten werden nach den Beleihungsgrundsätzen der Bank bewertet. Im Rahmen des turnusmäßigen oder anlassbezogenen Überwachungsverfahrens wird die Bewertung angepasst, wenn sich bewertungsrelevante Faktoren ändern.

Das Sicherheitenverwaltungssystem der Helaba bietet die Voraussetzungen, um die umfassenden Möglichkeiten zur Berücksichtigung eigenkapitalentlastender Kreditrisikominderungsstechniken nach CRR ausschöpfen zu können. Es stellt den Datenbestand zur Prüfung und Verteilung der anrechenbaren Sicherheitenwerte auf die besicherten Risikopositionen bereit.

Länderrisiken

Das Länderrisiko besteht aus Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken (zum Beispiel Lieferrisiken). Die Helaba verfügt über eine am wirtschaftlichen Risikoträger orientierte Methodik zur internen Länderrisikobemessung und -zuordnung, das heißt, dass das zunächst nach dem strengen Domizilprinzip dem Sitzland des Kreditnehmers zugeordnete Risiko unter bestimmten Voraussetzungen auf das Sitzland der Konzernmutter oder des Leasingnehmers beziehungsweise bei Cash-flow-Konstruktionen und bei Berücksichtigung von Sicherheiten auf das Land des wirtschaftlichen Risikoträgers übertragen wird.

Das Länderrisikosystem dient als zentrales Instrument zur vollständigen, zeitnahen, risikogerechten und transparenten

Erfassung, Überwachung und Steuerung der Länderrisiken. In die Steuerung der Länderrisiken sind sämtliche Kredit- und Handelsbereiche der Helaba einschließlich der Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse, Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und Helaba Asset Services einbezogen. Das gesamte Länderrisiko – ohne Länder der Eurozone – darf das Sechsfache des haftenden Eigenkapitals der Helaba-Institutsgruppe nicht überschreiten. Die Ausnutzung zum 31. Dezember 2016 belief sich auf weniger als das Dreifache des haftenden Eigenkapitals.

Der Vorstand legt für alle Länder mit Ausnahme weniger Länder der Eurozone und weiterer, insbesondere unter Transferisikogesichtspunkten erstklassiger Länder (zurzeit Schweiz, Großbritannien, USA, Dänemark, Schweden, Norwegen) Länderlimite fest. Das einem Land zugestandene Gesamtlimit wird unterteilt in ein Kredit- und ein Handelslimit. Zusätzlich werden die Länderrisiken für langfristige Geschäfte durch Sublimite begrenzt.

Das interne Rating-Verfahren für Länder- und Transferrisiken unterscheidet 25 mögliche Länder-Rating-Klassen nach der bankweit einheitlichen Masterskala. Alle Einstufungen werden mindestens jährlich vom Bereich Volkswirtschaft/Research ermittelt und vom Bereich Credit Risk Management final festgelegt. Der Kreditmanagementausschuss unterbreitet auf dieser Basis unter Einbeziehung bankspezifischer, geschäftspolitischer und risikomethodischer Überlegungen einen Länderlimitvorschlag, auf dessen Basis der Gesamtvorstand die Limite für die einzelnen Länder festsetzt.

Für Länder mit den schlechtesten Rating-Klassen (22–24) hat die Bank keine Länderlimite vorgesehen.

Die Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken aus Ausleihungen des Helaba-Einzelinstituts an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland in Höhe von 46,4 Mrd. € (31. Dezember 2015: 47,0 Mrd. €) konzentrieren sich regional vorwiegend auf Europa (80,2 %) und Nordamerika (17,3 %). Sie sind per 31. Dezember 2016 zu 73,7 % (31. Dezember 2015: 91,8 %) den Länder-Rating-Klassen 0 und 1 zugeordnet. Weitere 26,2 % (31. Dezember 2015: 8,0 %) werden in den Rating-Klassen 2–13 generiert. Lediglich 0,1 % (31. Dezember 2015: 0,2 %) sind mit Rating-Klasse 14 und schlechter geratet. Die leichte Verschlechterung der guten Rating-Struktur resultiert aus einem Rating-Downgrade Großbritanniens von Rating-Klasse 1 auf 2.

Engagements in Großbritannien

Per 31. Dezember 2016 beträgt das Nettoexposure der Helaba im engen Konzernkreis gegenüber Kreditnehmern in Großbritannien 7,9 Mrd. € (31. Dezember 2015: 8,1 Mrd. €). Im Übrigen hatte das EU-Austritts-Votum Großbritanniens („Brexit“) keine wesentlichen Auswirkungen auf das Adressenausfallrisiko.

Kreditrisikoprozesse und Organisation

Die MaRisk enthalten differenzierte Regelungen zur Organisation des Kreditgeschäfts sowie zu den Kreditprozessen und zur Ausgestaltung der Verfahren zur Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung der Risiken im Kreditgeschäft.

Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft hat der Vorstand in gesonderten Organisationsrichtlinien für das Kreditgeschäft festgelegt.

Genehmigungsverfahren

Das Genehmigungsverfahren der Bank garantiert, dass Kreditrisiken nicht ohne vorherige Genehmigung eingegangen werden. Nach der Geschäftsanweisung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Risiko- und Kreditausschusses des Verwaltungsrats; unter diesen Betragsgrößen liegende Engagements werden abgestuft nach Kompetenzen (Vorstand, Vorstands-Kreditausschuss, einzelne Vorstandsmitglieder, Mitarbeiter) genehmigt. Grundlage für Kreditgenehmigungen bilden detaillierte Risikobeurteilungen. Bestandteil der Kreditvorlagen sind entsprechend den MaRisk im so genannten risikorelevanten Geschäft immer zwei voneinander unabhängige Voten durch den zuständigen Marktbereich sowie den zuständigen Marktfolge-Bereich. Der Vertreter des jeweiligen Marktfolge-Bereichs hat dabei im Rahmen eines Eskalationsprozesses stets ein Vetorecht. In letzter Instanz entscheidet der Gesamtvorstand.

Ergänzt wird das Verfahren durch aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleitete Konzentrationslimite, die abgestuft nach Ausfall-Rating-Klasse der wirtschaftlichen Gruppe verbundener Kunden die Engagements zusätzlich begrenzen. Außerdem

sind alle Kredite mindestens einmal innerhalb von zwölf Monaten zu überwachen. Ein tägliches Überziehungsmanagement wird unter anderem durch Einsatz des Global-Limit-Systems gewährleistet, das alle Kredite (Linien und Inanspruchnahmen) des engen Konzernkreises pro Gruppe verbundener Kunden zusammenführt.

Quantifizierung der Adressenausfallrisiken

Die Quantifizierung erwarteter und unerwarteter Adressenausfallrisiken erfolgt über den regulatorischen Rechenkern. Erwartete Adressenausfallrisiken werden in Form des Expected Loss einzelgeschäftlich kalkuliert. Die Berechnung für regulatorische Zwecke erfolgt auf Basis der internen Rating-Verfahren und regulatorisch vorgegebener Loss-Given-Defaults (LGD). Zur Abdeckung unerwarteter Verluste wird das gemäß CRR vorzuhaltende Eigenkapital ebenfalls einzelgeschäftlich ermittelt und sowohl in der Einzelgeschäftssteuerung als auch in der Risikokapitalsteuerung verwendet.

In der internen Steuerung werden Adressenausfallrisiken mit einem Value-at-Risk-Ansatz ermittelt. Dafür wird ein Credit-Metrics-basiertes Simulationsverfahren (Monte-Carlo-Simulation) unter Berücksichtigung von Migrations- und LGD-Risiken verwendet. Der ermittelte Value-at-Risk gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die innerhalb eines Jahres mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Als Risikoparameter werden neben den internen Rating-Verfahren auch intern geschätzte LGD-Parameter sowie empirisch gemessene Korrelationswerte herangezogen. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe des Risikomodells ermittelte Value-at-Risk (VaR) ein Maß für den maximalen Verlust (expected und unexpected) dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 95,0 % (Fortführungsansatz) beziehungsweise 99,9 % (Liquidationsansatz) auf Basis des zugrunde gelegten Beobachtungszeitraums von einem Jahr nicht überschritten wird. Durch die Berücksichtigung von empirischen Korrelationen wird das simultane Eintreten einzelner Kreditevents (systematisches Risiko) abgebildet.

Die entsprechend quantifizierten erwarteten und unerwarteten Verluste werden verschiedenen Szenariobetrachtungen unterworfen, um Auswirkungen entsprechender Stress-Situationen aufzuzeigen. Dafür werden die Risikoparameter szenarioabhängig modelliert.

Die beschriebene Simulationsmethodik wurde erstmals zum 30. September 2016 produktiv verwendet und löste das bisher verwendete Verfahren ab, welches als Grundlage die (angepasste) CRR-Formel nutzte.

Im Basisszenario der Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Adressenausfallrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial von 561 Mio. € (31. Dezember 2015: 824 Mio. €). Die Reduktion resultiert dabei im Wesentlichen (rund 80 %) aus der Umstellung der Methodik auf das Simulationsmodell.

Beteiligungsrisiko

Unter dem Beteiligungsrisiko werden diejenigen Risiken aus Beteiligungen zusammengefasst, deren Einzelrisikoarten nicht separat im Risikocontrolling für die einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden. Werden die für eine Beteiligung relevanten Risikoarten unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und rechtlicher Möglichkeiten in das konzernweite Risikomanagement integriert (Einzelrisikosteuerung), ist die Betrachtung von Beteiligungsrisiken für diese Beteiligung nicht relevant. Neben den handelsrechtlichen Beteiligungen werden auch solche Finanzinstrumente unter dem Beteiligungsrisiko ausgewiesen, die nach CRR der Forderungsklasse Beteiligungen zugeordnet werden.

Der Risikogehalt der einzelnen Beteiligung wird im Hinblick auf die Werthaltigkeit anhand eines zweistufigen Kriterienka-

Marktpreisrisiko

Risikosteuerung

Integriert in die Gesamtbanksteuerung erfolgt die Steuerung von Marktpreisrisiken in der Helaba für das Handelsbuch und das Bankbuch. Klar definierte Verantwortlichkeiten und Geschäftsprozesse schaffen die Voraussetzungen für ihre effektive Begrenzung und Steuerung. Auf Basis der Risikoinventur werden in Abhängigkeit von der Geschäftstätigkeit die Tochtergesellschaften im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements in abgestufter Weise in den Steuerungsprozess einbezogen. Schwerpunkte bilden die Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG. Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt nach den Methoden der Helaba.

Der strategische Schwerpunkt der Handelsaktivitäten liegt auf dem kundengetriebenen Geschäft, das durch ein bedarfsorientiertes Produktangebot unterstützt wird. Die Steuerung der Positionen des Handelsbuchs liegt in der Verantwortung des Bereichs Kapitalmärkte. Dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung obliegt die Steuerung der Refinanzierung sowie das Management der Zins- und Liquiditätsrisiken des Bankbuchs. Zusätzlich verantwortet der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung den zum Handelsbuch gehörenden Rückflussbestand eigener Emissionen.

Risikovorsorge

Für Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

talogs (Ampelverfahren) klassifiziert. Daneben erfolgt die Risikobeurteilung auf Basis der Bonitätseinschätzung und -entwicklung des jeweiligen Unternehmens im Rahmen des bankinternen Rating-Verfahrens. Die Beteiligungsrisiken werden vierteljährlich an den Risikoausschuss des Vorstands und den Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats berichtet.

Die Zusammensetzung des Beteiligungsportfolios ist im Vergleich zum Jahresende 2015 nahezu unverändert. Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Beteiligungsrisiken für den Konzern ein gegenüber dem Jahresende 2015 unverändertes ökonomisches Risikopotenzial von 10 Mio. € (31. Dezember 2015: 10 Mio. €).

Limitierung von Marktpreisrisiken

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken verwendet die Helaba eine einheitliche Limitstruktur. In den Prozess zur Allokation der Limite ist neben den internen Gremien der Bank auch der Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats eingebunden. Er genehmigt das Gesamtlimit für Marktpreisrisiken, das vom Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeit der Bank vorgeschlagen wird.

Im Rahmen des für Marktpreisrisiken festgelegten Gesamtlimits alloziert der Risikoausschuss auf Empfehlung des Dispositionsausschusses Limite auf die risikonehmenden Geschäftsbereiche sowie auf die einzelnen Marktpreisrisikoarten. Zusätzlich erfolgt hier eine separate Limitierung für das Handelsbuch und das Bankbuch. Die Suballokation von Limiten auf untergeordnete Organisationseinheiten sowie die einzelnen Standorte der Helaba liegt in der Verantwortung der mit einem Limit ausgestatteten Geschäftsbereiche. Darüber hinaus werden in den Handelsbereichen eigenständig Stop-Loss-Limite sowie Volumenlimite zur Begrenzung von Marktpreisrisiken eingesetzt.

Das Marktpreisrisikogesamtlimit wurde im Berichtsjahr stets eingehalten. Genauso gab es keine Limitüberschreitungen auf den Hauptaggregationsstufen Handels- und Bankbuch der Bank und der Gruppe sowie für die einzelnen Marktpreisrisikoarten.

Risikoüberwachung

Die Identifikation, Quantifizierung und Überwachung von Marktpreisrisiken liegt in der Verantwortung des Bereichs Risikocontrolling. Hierzu gehören neben der Risikoquantifizierung auch die Überprüfung der Geschäfte auf Marktkonformität und die Ermittlung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses. Zusätzlich wird die Überleitungsrechnung zum externen Rechnungswesen erstellt.

Die kontinuierliche fachliche und technische Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren und Systeme sowie eine intensive Datenpflege tragen wesentlich zur adäquaten Erfassung der Marktpreisrisiken in der Helaba bei. Bei der Einführung neuer Produkte ist ein durch den „Ausschuss Neue Produkte“ verankerter Prozess zu durchlaufen. Die Autorisierung eines neuen Produkts setzt die korrekte Verarbeitung in den benötigten Systemen zur Positionserfassung, Abwicklung, Ergebnisermittlung und Risikoquantifizierung sowie für das Rechnungswesen und das Meldewesen voraus.

Im Rahmen eines umfassenden Reportings werden die zuständigen Vorstandsmitglieder sowie die positionsführenden Stellen täglich über die ermittelten Risikozahlen und die erzielten betriebswirtschaftlichen Ergebnisse auf Basis aktueller Marktpreise unterrichtet. Zusätzlich erhalten wöchentlich der Gesamtvorstand und der Dispositionsausschuss sowie monatlich der Risikoausschuss Informationen über die aktuelle Risiko- und Ergebnissituation. Etwaige Überschreitungen der festgelegten Limite setzen den Eskalationsprozess zur Begrenzung und Rückführung der Risiken in Gang.

Quantifizierung von Marktpreisrisiken

Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt mit Hilfe eines Money-at-Risk-Ansatzes, der durch Stresstests, die Messung von Residualrisiken und Sensitivitätsanalysen für Credit-Spread-Risiken sowie durch die Betrachtung inkrementeller Risiken für das Handelsbuch ergänzt wird. Das Money-at-Risk (MaR) gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die aufgrund von Marktschwankungen innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Für jede der Marktpreisrisikoarten (Zinsen, Aktien und Devisen) werden in der Helaba Risikomesssysteme auf Basis gleicher statistischer Parametrisierungen eingesetzt, um eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Risikoarten zu gewährleisten. Gleichzeitig wird dadurch die Aggregation der Risikoarten zu einem Gesamtrisiko ermöglicht. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe der Risikomodelle ermittelte MaR-Betrag ein Maß für den maximalen Verlust dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,0 % auf Basis des zugrunde gelegten historischen Beobachtungszeitraums von einem Jahr bei einer Haltedauer der Position von zehn Handelstagen nicht überschritten wird.

Die nachfolgende Übersicht enthält eine Stichtagsbetrachtung der eingegangenen Marktpreisrisiken (inklusive Korrelationseffekten zwischen den Portfolios) zum Jahresultimo 2016 sowie eine Aufteilung nach Handels- und Bankbuch. Den größten Anteil an den Marktpreisrisikoarten hat das lineare Zinsänderungsrisiko. Aktienpositionen im Bankbuch wurden deutlich zurückgeführt. Neben Swap- und Pfandbriefkurve werden zusätzlich unterschiedliche ratingabhängige Government-, Financials- und Corporate-Zinskurven zur Bewertung eingesetzt. Für das Gesamtportfolio des engen Konzernkreises entfallen beim linearen Zinsänderungsrisiko 90 % (31. Dezember 2015: 84 %) auf Positionen in Euro und 6 % (31. Dezember 2015: 9 %) auf Positionen in US-Dollar. Im Aktienbereich des Handels stehen im DAX und DJ Euro Stoxx 50 notierte Werte im Fokus. Den Schwerpunkt im Währungsrisiko bilden Positionen in US-Dollar, Schweizer Franken und Britischen Pfund. Das Residualrisiko beläuft sich für den Konzern auf 12 Mio. € (31. Dezember 2015: 15 Mio. €). Das inkrementelle Risiko im Handelsbuch beträgt bei einem Betrachtungshorizont von einem Jahr und einem 99,9 %-Konfidenzniveau 136 Mio. € (31. Dezember 2015: 201 Mio. €). Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Marktpreisrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial in Höhe von 395 Mio. € (31. Dezember 2015: 433 Mio. €). Der Rückgang ist im Wesentlichen auf das gesunkene inkrementelle Risiko zurückzuführen.

Konzern-MaR nach Risikoarten

Grafik 3

in Mio. €

	Gesamtrisiko		Zinsänderungsrisiko		Währungsrisiko		Aktienrisiko	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Gesamt	92	89	88	69	0	1	4	19
Handelsbuch	28	29	26	27	0	0	2	2
Bankbuch	67	67	64	49	0	1	2	17

Allen Risikomesssystemen liegen ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz oder eine Monte-Carlo-Simulation zugrunde. Letztere wird insbesondere für die Abbildung komplexer Produkte und Optionen eingesetzt. Nichtlineare Risiken im Devisenbereich sind in der Helaba von untergeordneter Bedeutung. Sie werden mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen überwacht.

Internes Modell gemäß

Capital Requirements Regulation (CRR)

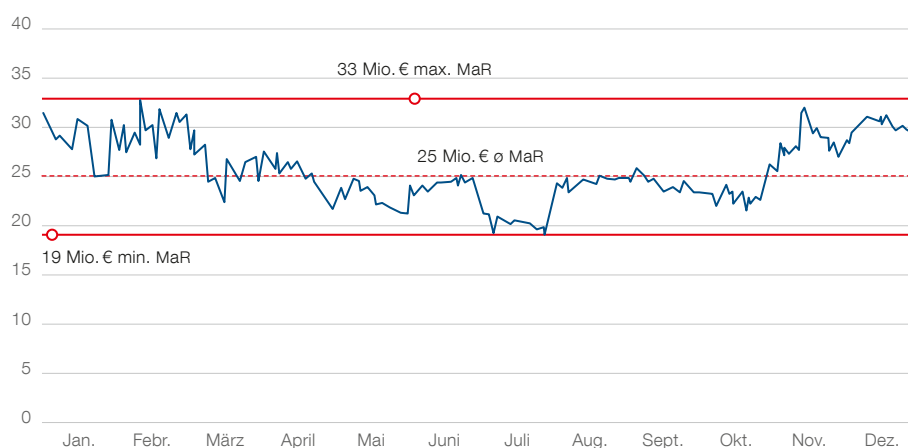
Zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbedarfs für das allgemeine Zinsänderungsrisiko verfügt die Helaba über ein von der Bankenaufsicht anerkanntes internes Modell gemäß CRR, das sich aus den Risikomesssystemen MaRC² (lineares Zinsrisiko) und ELLI (Zinsoptionsrisiko) zusammensetzt.

Marktpreisrisiken im Handelsbuch

Die Berechnung aller Marktpreisrisiken erfolgt täglich auf Basis der Tagesendposition des vorangegangenen Handelstags und der aktuellen Marktparameter. Die Helaba verwendet auch für die interne Risikosteuerung die aufsichtsrechtlich vorgegebene Parametrisierung. In Grafik 3 ist das MaR des Handelsbuchs (Helaba-Einzelinstitut) für das Geschäftsjahr 2016 dargestellt. Im Gesamtjahr 2016 betrug das durchschnittliche MaR 25 Mio. € (2015: 26 Mio. €), der maximale Wert 33 Mio. € (2015: 34 Mio. €) und der minimale Wert 19 Mio. € (2015: 11 Mio. €). Die sich gegenüber 2015 auf ein ähnliches Niveau belaufenden Risikowerte sind auf weiterhin hohe Volatilitäten in Verbindung mit dem Niedrigzinsniveau zurückzuführen.

Tägliches MaR des Handelsbuchs im Geschäftsjahr 2016

Grafik 4



Zur Ermittlung konsolidierter MaR-Beträge für den Konzern stellen die ausländischen Niederlassungen der Helaba sowie die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und die Frankfurter Sparkasse der Konzernzentrale in einem Bottom-up-Verfahren die aktuellen Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systemen zur Verfügung. In einem Top-down-Verfahren werden umgekehrt die Marktparameter einheitlich bereitge-

stellt. Dies ermöglicht neben der Risikoquantifizierung in der Konzernzentrale auch die dezentrale Risikoquantifizierung in den Standorten.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die durchschnittlichen täglichen MaR-Beträge für das Handelsbuch.

Durchschnittliches MaR für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2016

Grafik 5

o MaR in Mio. €

	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal		Gesamt	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Zinsänderungsrisiko	26	16	22	26	21	29	25	25	23	24
Währungsrisiko	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Aktienrisiko	2	1	2	2	2	2	2	2	2	2
Gesamtrisiko	28	17	24	28	23	31	27	27	25	26

Anzahl der Handelstage: 253 (2015: 251)

Für die Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG ergeben sich im Handelsbuch im Jahresdurchschnitt unverändert zum Vorjahr jeweils ein MaR von 0 Mio. €.

Backtesting

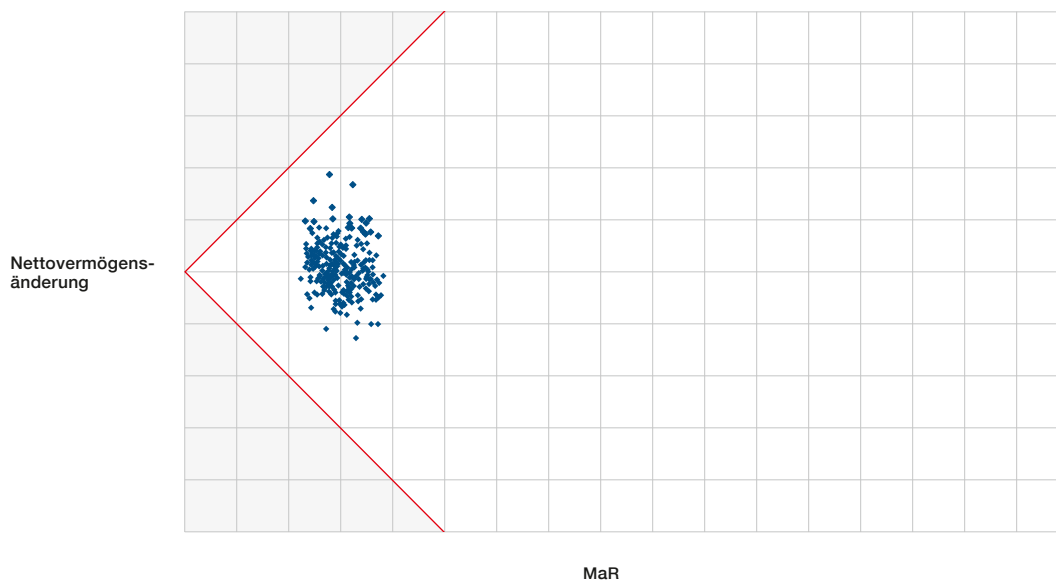
Zur Überprüfung der Prognosequalität der Risikomodelle wird täglich für alle Marktpreisrisikoarten ein Clean Backtesting durchgeführt. Hierbei wird der MaR-Betrag bei einer Haltdauer von einem Handelstag, einem einseitigen 99 %-Konfidenzniveau sowie einem historischen Beobachtungszeitraum von einem Jahr ermittelt. Dieser prognostizierte Risikobetrag

wird der hypothetischen Nettovermögensänderung gegenübergestellt. Die hypothetische Nettovermögensänderung stellt die Wertänderung des Portfolios über einen Handelstag bei unveränderter Position und Zugrundelegung neuer Marktpreise dar. Ein Backtesting-Ausreißer liegt vor, wenn die Nettovermögensminderung den potenziellen Risikobetrag übersteigt.

In Grafik 4 ist das Backtesting der Helaba-Risikomodelle für das Handelsbuch über alle Marktpreisrisikoarten im Geschäftsjahr 2016 dargestellt. Es traten keine negativen Ausreißer auf (2015: ein negativer Ausreißer).

Backtesting für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2016

Grafik 6



Im internen Modell für das allgemeine Zinsänderungsrisiko traten im aufsichtsrechtlichen Backtesting im Jahr 2016 keine negativen Ausreißer auf (2015: keine negativen Ausreißer).

Stresstestprogramm

Die Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher, aber realistischer Marktsituationen erfordert neben der täglichen Risikoquantifizierung den Einsatz von Stresstests. Für verschiedene Portfolios erfolgt regelmäßig eine Neubewertung auf Basis extremer Marktsituationen. Die Auswahl der Portfolios orientiert sich, soweit nicht durch aufsichtsrechtliche Vorgaben explizit gefordert, an der Höhe des Exposures (Materialität) und etwaiger Risikokonzentrationen. Für das Optionsbuch der Helaba werden täglich Stresstests durchgeführt. Die Ergeb-

nisse der Stresstests sind in das Reporting über Marktpreisrisiken an den Vorstand integriert und werden im Rahmen des Limitallokationsprozesses berücksichtigt.

Als Instrumentarien stehen die historische Simulation, die Monte-Carlo-Simulation, ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz sowie verschiedene Szenariorechnungen – unter anderem auf Basis der Hauptkomponenten der Korrelationsmatrix – zur Verfügung. Des Weiteren führt die Helaba auch Stresstests zur Simulation extremer Spread-Änderungen durch. Risikoartenübergreifende Stresstests im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung der Helaba und inverse Stresstests ergänzen die Stresstests für Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisiken (inklusive Zinsänderungsrisiken) im Bankbuch

Zur Abbildung der Marktpreisrisiken im Bankbuch setzt die Helaba den für das Handelsbuch verwendeten MaR-Ansatz ein. Täglich erstellte Fristenablaufbilanzen, aus denen die Laufzeitstruktur der Positionsnahmen erkennbar ist, ergänzen dabei die mit Hilfe dieses Ansatzes ermittelten Risikokennzahlen. Regelmäßige Stresstests mit Haltedauern zwischen zehn Tagen und zwölf Monaten flankieren die tägliche Bankbuch-Risikomessung.

Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch ist auch Bestandteil regulatorischer Anforderungen. Dort wird eine Risikoberechnung auf Basis standardisierter Zinsschocks gefordert. Dabei werden gemäß den Festlegungen der Bankenaufsicht ein Zinsanstieg und eine Zinssenkung um 200 Basis-

punkte untersucht. Ein derartiger Zinsschock würde für den Helaba-Konzern zum Jahresultimo 2016 im ungünstigen Fall zu einer negativen Wertveränderung im Bankbuch von 261 Mio. € führen (31. Dezember 2015: 285 Mio. €). Dabei entfallen auf die Heimatwährung 249 Mio. € (31. Dezember 2015: 270 Mio. €) und auf Fremdwährungen 12 Mio. € (31. Dezember 2015: 15 Mio. €). Die Untersuchungen eines Zinsschocks führt die Helaba mindestens vierteljährlich durch.

Performance-Messung

Zur Beurteilung des Erfolgs einzelner Organisationseinheiten werden regelmäßig Risk-Return-Vergleiche durchgeführt. Da jedoch die kurzfristige Gewinnerzielung nicht das alleinige Ziel der Handelsstellen ist, werden zur Beurteilung weitere, auch qualitative Faktoren herangezogen.

Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko

Die Sicherung der Liquidität im Sinne der Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsfähigkeit sowie der Vermeidung von Kostenrisiken bei der Beschaffung mittel- und langfristiger Refinanzierungsmittel besitzt für die Helaba höchste Priorität. Entsprechend steht für die Erfassung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird. Die bestehenden Prozesse, Instrumente und Verantwortlichkeiten für das Management der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken haben sich auch in den vergangenen Jahren im Rahmen der globalen Finanzmarktkrise und der daraus resultierenden Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten bewährt. Die Liquidität der Helaba war auch im Jahr 2016 jederzeit vollumfänglich gewährleistet. Die Steuerung und Überwachung der Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken werden im Internal Liquidity Adequacy Assessment Process (ILAAP) zusammengeführt und regelmäßig umfassend validiert.

Steuerung und Überwachung

Im Helaba-Konzern existiert ein dezentrales Steuerungs- und Überwachungskonzept für Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken, das heißt, jede Gesellschaft ist selbst für die Sicherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit, für mögliche Kostenrisiken der Refinanzierung und für eine unabhängige Überwachung dieser Risiken verantwortlich. Die Rahmenbedingungen hierfür werden mit der Helaba abgestimmt. Im Rahmen des konzernweiten Risikomanagements berichten die Tochtergesellschaften des engen Konzernkreises regelmäßig ihre Liquiditätsrisiken an die Helaba. Die dabei angewendeten Methoden sind an das Helaba-Verfahren angelehnt.

Die Bank unterscheidet bei der Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen und dem strukturellen Liqui-

ditätsmanagement. Die Gesamtverantwortung für die kurzfristige Zahlungsfähigkeit und die strukturelle Liquiditätssteuerung für die Refinanzierung des Kreditneugeschäfts unter Beachtung einer ausgewogenen mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur obliegt dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Die zentrale Steuerung des Liquiditätsabsicherungsbestands sowohl für die Zwecke des aufsichtsrechtlichen Liquiditätspuffers zur Erfüllung der LCR als auch für das Collateral Management erfolgt ebenfalls durch den Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Die Kostenverrechnung ist durch ein Liquiditätstransferpreissystem geregelt.

Der Bereich Risikocontrolling berichtet täglich über die kurzfristige Liquiditätssituation an die relevanten Leitungsfunktionsträger und monatlich im Risikoausschuss über die insgesamt eingegangenen Liquiditätsrisiken. Die Berichterstattung beinhaltet zudem verschiedene Stress-Szenarien wie verstärkte Ziehungen aus Liquiditätslinien, keine Verfügbarkeit von Interbankenliquidität an den Finanzmärkten und die mögliche Auswirkung einer signifikanten Rating-Herabstufung auf die Helaba. Die Stress-Szenarien umfassen sowohl institutseigene als auch marktweite Ursachen. Zudem werden inverse Stresstests durchgeführt. Für extreme Marktsituationen sind Ad-hoc-Berichts- und -Entscheidungsprozesse eingerichtet.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

Zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität unterhält die Helaba einen hochliquiden Bestand an Wertpapieren (Liquiditätsabsicherungsbestand), der bei Bedarf zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt werden kann. Die aktuelle Liquiditätssituation wird anhand eines kurzfristigen Liquiditätsstatus gesteuert. In ihm werden täglich die zu erwartenden Liquiditätsanforderungen für die nächsten 250 Handelstage der verfügbaren Liquidität aus dem liquiden Wertpapierbestand gegenübergestellt. Die

verfügbare Liquidität wird unter Berücksichtigung von Abschlägen ermittelt, um auch unerwartete Marktentwicklungen einzelner Wertpapiere abdecken zu können. Wertpapiere, die zu Sicherungszwecken verwendet werden (zum Beispiel Repos und Verpfändungen) und damit belegt sind, werden vom freien liquiden Wertpapierbestand abgezogen. Dies betrifft auch Wertpapiere, die als Liquiditätspuffer für die Intra-Day-Liquiditätssteuerung bevorratet werden. Maßgebliche Währung im Hinblick auf die kurzfristige Liquidität ist für die Helaba in erster Linie der Euro, gefolgt vom US-Dollar.

Die Helaba verfügt über die Zulassung für ein institutseigenes Liquiditätsrisikomess- und -steuerungsverfahren gemäß § 10 der Liquiditätsverordnung (LiqV) durch die BaFin. Damit darf die Helaba anstelle der monatlichen Meldung nach dem LiqV-Standardverfahren ihr eigenes Verfahren zur Ermittlung des kurzfristigen Liquiditätsstatus für die aufsichtsrechtliche Meldung verwenden. Die bankaufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen hat die Helaba 2016 immer voll erfüllt.

Das Konzept des kurzfristigen Liquiditätsstatus ist so gewählt, dass verschiedene Stress-Szenarien abgebildet werden. Dabei wird der kumulierte Liquiditätssaldo (Liquiditätsbedarf) der verfügbaren Liquidität gegenübergestellt. Je nach Szenario erfolgt die Limitierung von fünf Tagen bis hin zu einem Jahr. Die Überwachung der Limite obliegt dem Bereich Risikocontrolling. Die Auslastung des Szenarios mit der größten Relevanz (Zahlungsfähigkeit) beträgt zum Bilanzstichtag 20 % (31. Dezember 2015: 45 %). Bei Einbeziehung der Frankfurter Sparkasse ergeben sich 24 % (31. Dezember 2015: 46 %). Die durchschnittliche Auslastung liegt im Jahr 2016 bei 27 % (2015: 28 %).

Parallel zum internen Modell steuert die Bank die kurzfristige Liquidität entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben der Liquidity Coverage Ratio (LCR). Die LCR lag 2016 stets über der aufsichtsrechtlich relevanten Mindestgröße von 70 %.

Die operative Geldldisposition zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität erfolgt im Geldhandel über unbesicherte und besicherte Mittelaufnahmen/-anlagen im Geldmarkt (Interbanken- und Kundengeschäft, Commercial Paper) und Offenmarktgeschäfte beziehungsweise Fazilitäten bei der Europäischen Zentralbank (EZB).

Außerbilanzielle Kredit- und Liquiditätszusagen werden regelmäßig hinsichtlich ihres Ziehungspotenzials und liquiditätsrelevanter Besonderheiten untersucht und in das Liquiditätsmanagement integriert. Ebenfalls werden Avale (Bürgschaften und Garantien) untersucht. Die zu bevorratende Liquidität wird mittels einer Szenariorechnung, die insbesondere auch eine Marktstörung unterstellt, kalkuliert und vorab disponiert.

Für die von der Helaba initiierte Verbriefungsplattform waren zum Bilanzstichtag 1,6 Mrd. € an Liquiditätszusagen abgerufen. Das ist eine Erhöhung um 0,1 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr. Im US-Public-Finance-Geschäft lag zum Bilanzstichtag (unverändert zum Jahresende 2015) kein Liquiditätsabruf aus Stand-by-Linien vor.

In Kreditverträgen, insbesondere von konsolidierten Immobilienobjektgesellschaften, können Kreditklauseln enthalten sein, die zu Ausschüttungsbeschränkungen bis hin zur Kündigung führen können. Selbst wenn in Einzelfällen eine solche Kündigung drohen sollte, besteht für den Konzern kein nennenswertes Liquiditätsrisiko.

Strukturelles Liquiditätsrisiko

Der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung steuert über das Zentrale Dispositionssystem (ZDS) die Liquiditätsrisiken des kommerziellen Bankgeschäfts der Helaba, das im Wesentlichen die Kreditgeschäfte einschließlich der zinsvariablen Rollover-Geschäfte, die Wertpapiere des Liquiditätsabsicherungsbestands sowie die mittel- und langfristige Finanzierung umfasst. Die Steuerung des Refinanzierungsrisikos basiert auf Liquiditätsablaufbilanzen, deren Liquiditätsinkongruenzen limitiert sind. Durch eine Diversifikation der Funding-Quellen vermeidet die Bank entstehende Konzentrationsrisiken in der Liquiditätsbeschaffung. Die Überwachung obliegt dem Bereich Risikocontrolling. Die Quantifizierung des Marktliquiditätsrisikos erfolgt innerhalb des MaR-Modells für Marktpreisrisiken. Hier wird bereits modellmäßig das Liquiditätsrisiko durch die Annahme einer Haltedauer von zehn Tagen konservativ berücksichtigt. Zusätzlich werden unter Variation der Haltedauer monatlich Szenariorechnungen für das Risiko unzureichender Marktliquidität durchgeführt. Das skalierte MaR impliziert zum 31. Dezember 2016 kein signifikantes Marktliquiditätsrisiko. Außerdem wird die Marktliquidität anhand der Spanne zwischen Geld- und Briefkurs beobachtet.

Mindestens jährlich legt der Vorstand die Risikotoleranz für das Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko fest. Das umfasst die Limitierung des kurzfristigen und strukturellen Liquiditätsrisikos (Refinanzierungsrisiko), die Liquiditätsbevorratung für außerbilanzielle Liquiditätsrisiken sowie die Festlegung der dazugehörigen Modelle und Annahmen. Für etwaige Liquiditätsengpässe wird für alle Standorte ein umfassender Handlungsplan vorgehalten. Die Helaba unterhält zudem ein Liquiditätstransferpreissystem zur Verrechnung von Liquiditätskosten. Verrechnet werden sowohl die Kosten der Refinanzierung als auch die Kosten des Liquiditätsabsicherungsbestands.

Operationelles Risiko

Steuerungsgrundsätze

Im Einklang mit den regulatorischen Anforderungen verfügt die Helaba über einen integrierten Ansatz für das Management operationeller Risiken. Mit diesem Ansatz werden operationelle Risiken identifiziert, gesteuert und überwacht.

Die Steuerung und Überwachung operationeller Risiken werden in der Helaba disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Demnach sind die einzelnen Bereiche der Helaba dezentral für das Risikomanagement zuständig. Sie werden dabei durch zentrale Steuerungsbereiche unterstützt. Die Überwachung operationeller Risiken ist zentral im Bereich Risikocontrolling angesiedelt.

Instrumentarium

Die Helaba wendet den Standardansatz für die regulatorische Eigenmittelunterlegung an.

Grundlage der Steuerung und der Überwachung operationeller Risiken ist ein Risikomanagementsystem, in dem Risiken und Schadensfälle strukturiert identifiziert, erfasst und dargestellt werden. Dadurch sind ein systematischer Abgleich zwischen Risiken und Schadensfalldaten und ihre Steuerung auf Basis von Maßnahmen möglich.

Die systematische Klassifizierung operationeller Risiken erfolgt auf Basis des selbst entwickelten Risikomodells der Helaba. Das Risikomodell der Helaba basiert auf den Baseler Ereigniskategorien, so dass für die interne Risikobetrachtung vollständig auf die aufsichtsrechtliche Risikosicht abgestellt wird. Die Quantifizierungsmethodik fußt auf einem Modellierungsansatz, der interne und externe Schadensfälle sowie von den Geschäftseinheiten erstellte und vom Bereich Risikocontrolling plausibilisierte Risikoszenarien umfasst.

Technisch unterstützt wird das Management operationeller Risiken durch eine webbasierte Anwendung mit dezentralem Datenzugriff und zentraler Datenbank sowie einer zentralen Anwendung für das Risikoberichtswesen.

Zur Vermeidung oder Begrenzung operationeller Risiken dienen neben Versicherungen, die bestimmte Schadensfälle bis zu vereinbarten Höchstgrenzen abdecken, etablierte Maßnahmen in internen Prozessen und sonstigen Abläufen.

Risikoüberwachung

In der Risikoberichterstattung werden die zuständigen Gremien, der Risikoausschuss, der eingerichtete Steuerungskreis Operationelle Risiken und die dezentral für die Risikosteuerung verantwortlichen Bereiche über die Risikosituation und eingetretene Schadensfälle informiert.

Das Risikoprofil der Bank wird im Rahmen einer jährlichen Überprüfung aktualisiert. Zur Erstellung des Konzernrisikoprofils werden die Risikoprofile der Tochterunternehmen ergänzt.

Schadensfälle aus schlagend gewordenen operationellen Risiken werden regelmäßig dezentral durch die Fachbereiche in der Helaba gemeldet. Meldungen der Tochterunternehmen über aufgetretene Schadensfälle erfolgen grundsätzlich quartalsweise und ermöglichen die Darstellung der Schadenssituation im Konzern. Ferner wird für Zwecke der internen Steuerung die Schadensfalldatensammlung um externe Schadensfälle aus dem VÖB-Datenkonsortium ergänzt.

Quantifizierung

Die Quantifizierung operationeller Risiken erfolgt für die Helaba, die Frankfurter Sparkasse und die Helaba Invest im Rahmen eines internen Modells auf Basis eines Verlustverteilungsansatzes, in den interne und externe Schadensfälle sowie Risikoszenarien zur Ermittlung des unerwarteten Verlusts (ökonomisches Risikopotenzial) einfließen. Dies beinhaltet auch interne Schadensfälle und Risikoszenarien aus operationellen Risiken, die ursächlich auf die vorgenannten Subrisiko-Kategorien, unter anderem Rechts-, Informationssicherheits- und IT-Risiken, zurückzuführen sind. Die nachfolgende Übersicht enthält das Risikoprofil für die Helaba, die Frankfurter Sparkasse und die Helaba Invest sowie für die übrigen in die Einzelrisikosteuerung eingebundenen Unternehmen des Helaba-Konzerns:

Operationelle Risiken – Risikoprofil

Ökonomisches Risikopotenzial – Basisszenario

Grafik 7

	Stichtag 31.12.2016	Stichtag 31.12.2015
	VaR 95,0 %	VaR 95,0 %
Einzelinstitut	36	37
Frankfurter Sparkasse, Helaba Invest und übrige Unternehmen der Einzelrisikosteuerung	37	34
Enger Konzernkreis	73	71

Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus operationellen Risiken für den Konzern ein unerwarteter Verlust (ökonomisches Risikopotenzial) in Höhe von 73 Mio. € (2015: 71 Mio. €). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Aktualisierung der Risikoszenarien bei in die Einzelrisikosteuerung einbezogenen Gruppenunternehmen.

Dokumentationswesen

Das Dokumentationswesen regelt die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation sowie die internen Kontrollverfahren und Sicherheitsvorkehrungen für den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Im Dokumentationswesen wird der definierte Handlungsrahmen durch Regelungen zu Aktivitäten und Prozessen dargestellt.

Für die Erstellung und laufende Aktualisierung der einzelnen Bestandteile des Dokumentationswesens sind in der Helaba klare Zuständigkeiten definiert. Die für die Aktivitäten und Prozesse verantwortlichen Fachbereiche werden bei der Erstellung und Veröffentlichung der Regelungen durch die Abteilung Bankorganisation unterstützt.

Das Dokumentationswesen der Helaba entspricht den nach den MaRisk vorgeschriebenen Anforderungen.

Rechtsrisiko

Die Überwachung des Rechtsrisikos gehört zu den Aufgaben des Bereichs Recht. Im Risikoausschuss der Bank ist er mit beratender Stimme vertreten und berichtet über diejenigen Rechtsrisiken, die als laufende oder drohende Gerichtsverfahren der Bank oder ihrer Tochtergesellschaften quantifizierbar geworden sind.

Wesentliche Vorhaben werden unter rechtlichen Gesichtspunkten mit dem Bereich Recht abgestimmt. Zur Risikoprävention stellt der Rechtsbereich Muster und Erläuterungen für Verträge und andere rechtlich bedeutsame Erklärungen bereit, soweit dies sinnvoll ist. Bei Abweichungen oder neuartigen Regelungen sind die Juristen des Bereichs Recht einzubeziehen. Soweit die Hilfe externer Juristen im In- und Ausland in Anspruch genommen wird, liegt die grundsätzliche Steuerung ebenfalls beim Bereich Recht.

In seiner begleitenden Rechtsberatung gestaltet der Bereich Recht in Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen der Bank die Verträge, allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie sonstigen rechtlich bedeutsamen Erklärungen. Wo rechtliche Texte von dritter Seite vorgelegt werden, ist der Rechtsbereich in ihre Prüfung und Verhandlung eingebunden.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen zum Nachteil der Bank eingetreten oder Fehler unterlaufen sind, wirken die Juristen an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der

Fehler mit. Sie übernehmen die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuern eine etwaige Prozessführung. Dies gilt insbesondere für die Abwehr von gegen die Bank geltend gemachten Ansprüchen.

Die Berichterstattung des Bereichs Recht über rechtliche Risiken erfolgt durch Vorstandsvorlagen, die Dokumentation der laufenden und drohenden Gerichtsverfahren sowie durch institutionalisierte Abstimmungen mit anderen Bereichen.

Outsourcing-Risiko

Risiken aus wesentlichen Auslagerungen leiten sich aus den für die Geschäftsbereiche geltenden Zielen ab und können in jedem Bereich, der eine Auslagerung vorgenommen hat, auftreten. Je nach Wesentlichkeit der Auslagerung ist zur Begrenzung der Risiken aus Auslagerungen die für die Auslagerung verantwortliche Stelle auf Basis von Reports für eine kontinuierliche Überwachung der Leistungserbringung des Auslagerungsunternehmens und die Berichterstattung an den zuständigen Dezernenten verantwortlich. Der Bereich Organisation und Informatik hält als zentrale Stelle ein Verzeichnis aller durchgeführten Ein- und Auslagerungen vor und führt im Rahmen einer jährlichen Qualitätssicherung die Veränderungen hinsichtlich bestehender Ein- und Auslagerungen zusammen.

Informationssicherheits- und IT-Risiko

Die in der Helaba definierten Strategien und Regeln der Informationssicherheit sind die Basis für ein angemessenes internes Kontrollverfahren und den sicheren Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Das Niveau sowie die Angemessenheit der Informationssicherheit werden im Rahmen des Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) kontinuierlich überwacht und angepasst. Zusätzlich werden im Rahmen von Monitoring-Tätigkeiten wesentliche Systeme kontinuierlich überwacht. Auch werden wichtige Prozesse und Verfahren sowie wesentliche Auslagerungen im Rahmen von regelmäßigen Informationssicherheits-Audits überprüft.

Im Rahmen der Anwendungsentwicklung und des IT-Betriebs verbindlich einzuhaltende Informationssicherheits-Richtlinien (IS-Richtlinien) und Sicherheitskonzepte haben zum Ziel, dass Risiken frühzeitig erkannt und angemessene Maßnahmen zur Risikominimierung definiert und umgesetzt werden. Diese Dokumente werden kontinuierlich weiterentwickelt. Ferner erfolgt ein aktives Management der IT-Risiken. Die IT-Risiken, wie auch die zugehörigen Sicherheitsmaßnahmen und Kontrollen, werden periodisch und anlassbezogen überprüft, überwacht und gesteuert. Damit sind die drei Aspekte der Informationssicherheit – Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit – in der Bank in angemessener Weise berücksichtigt, um eine Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit der Bank zu vermeiden. Darüber hinaus erfolgt für die IS- und IT-Risiken eine regelmäßige Berichterstattung an den Steuerungskreis Operationelle Risiken.

Business Continuity Management

Im Rahmen des Business Continuity Managements haben die Bereiche und Niederlassungen der Helaba für die kritischen Geschäftsprozesse zur Notfallvorsorge Geschäftsfortführungspläne erstellt. Diese Geschäftsfortführungspläne werden regelmäßig aktualisiert, weiterentwickelt und ihre Wirksamkeit mittels Tests und Übungen überprüft. Hierdurch werden sowohl der Wiederanlauf und die Durchführung eines angemessenen Notbetriebs als auch die Rückführung in den Normalbetrieb sichergestellt.

Für die an externe Dienstleister ausgelagerten IT-Dienstleistungen bestehen Vereinbarungen in den jeweiligen Vertragsdokumenten zu präventiven und risikobegrenzenden Maßnahmen. Die dokumentierten Verfahren zur Sicherstellung des Betriebs beziehungsweise der technischen Wiederherstellung der Datenverarbeitung werden regelmäßig gemeinsam mit Fachbereichen der Helaba getestet.

Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Helaba hat, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, das Ziel einer ordnungsmäßigen und verlässlichen Finanzberichterstattung. Beteiligt am Rechnungslegungsprozess des Helaba-Konzerns sind einzelne Meldestellen, bei denen in sich geschlossene Buchungskreise geführt und lokale (Teil-)Abschlüsse nach HGB und IFRS erstellt werden. Die Meldestellen der Helaba sind die Bank Inland, die Auslandsniederlassungen, die LBS, die WIBank sowie alle konsolidierten und at Equity bewerteten Gesellschaften oder Teilkonzerne.

Im Bereich Bilanzen und Steuern der Helaba wird aus den Teilabschlüssen der Meldestellen durch Konsolidierung sowohl der Einzelabschluss nach HGB als auch der Konzernabschluss nach IFRS erstellt. Hier werden auch die Abschlussdaten analysiert, aufbereitet und an den Vorstand kommuniziert.

Komponenten des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, sind

- Kontrollumfeld,
- Risikoeinschätzung,
- Kontrollen und Abstimmungen,
- Überwachung der Kontrollen und Abstimmungen,
- Verfahrensdokumentation und
- Ergebniskommunikation.

Das Kontrollumfeld der Helaba im Rechnungslegungsprozess umfasst unter anderem eine sachgerechte Ausstattung der beteiligten Bereiche, insbesondere des Bereichs Bilanzen und Steuern, mit qualifiziertem Personal. Durch eine regelmäßige Kommunikation wird sichergestellt, dass den einzelnen Mitarbeitern die für ihre Arbeit notwendigen Informationen zeitnah und vollständig vorliegen. Trotz aller Kontrollen aufgetretene Fehler werden im Rahmen eines definierten Prozesses

angesprochen und korrigiert. Die im Rechnungslegungsprozess genutzte IT-Systemlandschaft unterliegt Strategien und Regeln der IT-Sicherheit, die eine Einhaltung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) beziehungsweise Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD) gewährleisten.

Bei der Einschätzung von Risiken im Rechnungslegungsprozess stellt die Helaba primär auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe eines potenziellen Fehlers ab. Daneben spielt auch eine Einschätzung der Auswirkung auf die Abschlusss Aussagen eine Rolle, sollte das Risiko schlagend werden (Vollständigkeit, Richtigkeit, Ausweis etc.).

Die zahlreichen Kontrollen und Abstimmungen sind darauf ausgelegt, die Risiken im Rechnungslegungsprozess zu minimieren. Neben Kontrollmaßnahmen wie dem Vier-Augen-Prinzip, mit denen die Richtigkeit manueller Tätigkeiten wie Dateneingaben oder Berechnungen sichergestellt wird, sind umfangreiche IT-unterstützte Kontrollen und Abstimmungen im Einsatz. Damit werden unter anderem Nebenbuch-/Hauptbuchabstimmungen oder HGB-/IFRS-Konsistenzprüfungen durchgeführt. Statistische Auswertungen zu den Abstimmungen sowie Reviews einzelner Validierungsmaßnahmen dienen zur Überwachung der Kontroll- und Abstimmverfahren. Der Bereich interne Revision ist Teil der Kontrollverfahren und führt regelmäßig Prüfungen zur Rechnungslegung durch.

Die Vorgehensweise in der Rechnungslegung ist in mehreren, sich ergänzenden Dokumentationsformen geregelt. In Bilanzierungshandbüchern für HGB und IFRS werden Vorgaben zu den anzuwendenden Methoden der Rechnungslegung gemacht. Auch konzernrechnungslegungsbezogene Vorgaben, die insbesondere von der Konzernmutter und den einbezogenen Teilkonzernen zu beachten sind, sind hier geregelt. Der Regelungsumfang umfasst neben den konzerneinheitlichen Vorschriften zu Ansatz, Bewertung, Ausweis und Angabepflichten auch organisatorische Aspekte und den Erstellungsprozess. Von den einzelnen Meldestellen werden in eigener Verantwortung und in abgestuftem Detaillierungsgrad Vorgaben zum Vorgehen bei der eigenen Erstellung der Abschlüsse in den einzelnen Prozessen und Teilprozessen gemacht. Bilanzierungshandbücher und Arbeitsanweisungen sind für die Mitarbeiter über das Intranet der Bank jederzeit verfügbar.

Die Ergebnisse der Finanzberichterstattung, das heißt die ermittelten Abschlusszahlen, werden im Bereich Bilanzen und Steuern analytischen Prüfungshandlungen unterzogen. Dazu wird die Entwicklung der Zahlen während des Jahres auf Plausibilität geprüft. Darüber hinaus werden die Abschlusszahlen mit Planungen, Erwartungen sowie Hochrechnungen auf Basis des Geschäftsverlaufs abgeglichen. Schließlich werden die Zahlen auf ihre Konsistenz mit anderen, unabhängig im Haus erzeugten Auswertungen geprüft. Hierzu sind für jede Melde-

stelle und für jede Notes-Angabe auf Konzernebene Verantwortliche und deren Stellvertreter festgelegt. Nach dieser Voranalyse und Validierung werden die Zahlen regelmäßig mit dem Vorstand diskutiert.

Steuern

Aufgaben im Zusammenhang mit der Besteuerung der Bank im Inland und ausgewählter Tochtergesellschaften werden von der dem Bereich Bilanzen und Steuern angehörenden Steuerabteilung wahrgenommen. Die Steuern der ausländischen Niederlassungen sowie der übrigen Einheiten im Konzern wer-

den dezentral betreut. Wesentliche Entwicklungen und Ergebnisse finden Eingang in die Meldungen an die Steuerabteilung zur zentralen Abschlusserstellung. Im Bedarfsfall sowie grundsätzlich für die Steuerdeklaration der ausländischen Einheiten werden externe Steuerberatungsleistungen in Anspruch genommen. Entwicklungen des Steuerrechts im In- und Ausland werden laufend beobachtet und in ihrer Wirkung auf die Bank und die Tochtergesellschaften analysiert. Erforderliche Maßnahmen werden durch die Steuerabteilung beziehungsweise in Abstimmung mit ihr eingeleitet und steuerliche Risiken dadurch entweder vermieden oder bilanziell versorgt.

Sonstige Risikoarten

Geschäftsrisiken

Die Risikosteuerung der Geschäftsrisiken umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand beschlossenen Risikostrategie und vorgegebenen Limite bewusst einzugehen, zu verringern, zu begrenzen oder zu vermeiden. Die operative und strategische Risikosteuerung wird durch die Marktbereiche der Bank und die Geschäftsführung der jeweiligen Beteiligungen vorgenommen. Der Bereich Risikocontrolling quantifiziert die Geschäftsrisiken für die Zwecke der Risikotragfähigkeitsrechnung und analysiert deren Entwicklung. Die Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstands erfolgt vierteljährlich.

Zum 31. Dezember 2016 sind die Geschäftsrisiken gegenüber dem Jahresende 2015 um 6 Mio. € auf 158 Mio. € zurückgegangen (31. Dezember 2015: 164 Mio. €).

Immobilienrisiken

Die Risikosteuerung der Immobilienprojektierungen und Immobilienbestände wird durch den Bereich Immobilienmanagement gemeinsam mit den gruppenangehörigen Unternehmen übernommen. Die Risikosteuerung umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand beschlossenen Risikostrategie und vorgegebenen Limite bewusst einzugehen, zu verringern, zu begrenzen oder zu vermeiden. Der Bereich Risikocontrolling

übernimmt schwerpunktmäßig die Risikoquantifizierung und die Risikoüberwachung von Immobilienrisiken. Die Risikoquantifizierung ermittelt die notwendigen Kapitalbedarfe zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit, die Risikoüberwachung mündet in die Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstands.

Die Risiken aus Immobilienprojekten und Immobilienbeständen sind in 2016 aufgrund von methodischen Anpassungen auf 31 Mio. € (31. Dezember 2015: 21 Mio. €) angestiegen. Die Risiken sind unverändert vollständig durch die erwarteten Erträge aus diesen Geschäften abgedeckt.

Zusammenfassung

Für die Helaba ist das kontrollierte Eingehen von Risiken integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Grundlage hierfür ist ein umfassendes System zur Risikoidentifikation, -quantifizierung, -steuerung und -überwachung. Die verwendeten Methoden und Systeme, die sich bereits auf hohem Niveau befinden und sämtlichen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen genügen, werden fortlaufend weiterentwickelt. Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind so ausgestaltet, dass die Umsetzung der festgelegten Risikostrategie gewährleistet ist. Insgesamt verfügt die Helaba über wirksame und erprobte Methoden und Systeme zur Beherrschung der eingegangenen Risiken.

Prognose- und Chancenbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaft bleibt 2017 auf Expansionskurs, ohne dabei an die Zuwachsraten vor der Finanzkrise anknüpfen zu können. In den USA fällt die Dynamik wieder etwas höher aus als ein Jahr zuvor. Der Euroraum setzt mit 1,4 % seine moderate Erholung fort. Chinas Wachstumstrend wird sich weiter abschwächen und in Russland sowie anderen ölexportierenden Ländern verbessert sich die Lage allmählich. Das weltweite Wirtschaftswachstum wird mit rund 3 % ähnlich ausfallen wie im Jahr zuvor.

Deutschland wird 2017 mit kalenderbereinigt rund 1,5 % kaum schwächer wachsen als im Vorjahr. Dazu wird erneut insbesondere die Binnennachfrage beitragen. Realeinkommen und Beschäftigung dürften sich positiv entwickeln. Die Zuwanderung setzt sich in vermindertem Tempo fort. Die Investitionen werden allmählich an Schwung gewinnen. Bereits jetzt zeigt die Industriekonjunktur mehr Dynamik, so dass die Kapazitätsauslastung weiter zunimmt. Damit werden Erweiterungsinvestitionen dringlicher. Auch die Bautätigkeit sollte erneut expandieren. Neben den Aussichten für den Wohnungsbau sind auch die Perspektiven für den Nichtwohnungsbau günstiger. Die Auftragseingänge sowohl für den öffentlichen als auch für den gewerblichen Bau sind zuletzt angestiegen. Der Außenhandel wird vom schwächeren Euro profitieren. Trotzdem dürfte der Wachstumsbeitrag aufgrund lebhafter Importe negativ ausfallen. Die öffentlichen Haushalte sollten 2017 einen kleineren Überschuss erzielen, nachdem im Vorjahr 0,8 % des Bruttoinlandsprodukts erreicht wurden. Die Steuereinnahmen werden zwar weiter zunehmen, höhere Investitionsausgaben und mehr öffentlicher Konsum werden allerdings die Überschüsse begrenzen. In der Eurozone dürften die Wachstumsunterschiede bestehen bleiben. In Spanien und Irland, wo eine gelungene Strukturpolitik betrieben worden ist, sollte das Wirtschaftswachstum erneut überdurchschnittlich ausfallen. Frankreich und Italien dagegen haben spät und mit geringem Tempo mit Reformen begonnen. Beide Länder werden in diesem Jahr wiederum nur zögerlich zulegen.

Trotz der relativ robusten Konjunktur und der höheren Teuerung ist eine Abkehr von der hochgradig expansiven Geldpolitik für die EZB 2017 noch keine Option. Mit der Verlängerung des Kaufprogramms wurde die entscheidende Weiche bereits im letzten Jahr gestellt. Die US-Notenbank wird von ihrem vorsichtigen Straffungskurs ebenfalls nicht abweichen. Die Renditen längerer Laufzeiten werden moderat steigen und die Zinsstrukturkurve wird steiler.

Chancenbericht

Die Helaba verfügt seit Jahren über ein stabiles und zukunfts-fähiges strategisches Geschäftsmodell. Die Bank konnte deshalb in den letzten Jahren nicht nur ihre Marktposition in den

Kerngeschäftsfeldern festigen, auf Basis der guten erzielten Betriebsergebnisse konnten auch durchgängig alle nachrangigen Verbindlichkeiten, Genussrechte und stillen Einlagen vollumfänglich bedient sowie regelmäßige Dividenden gezahlt werden. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba sind zum einen das konservative Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement, zum anderen das konzernweit geltende strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit eigenem Retail-Geschäft, einer starken Verankerung in der Region, einem engen Verbund mit den Sparkassen sowie einer soliden Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung. Von ihren Kunden wird die Helaba aufgrund ihres stabilen Geschäftsmodells als verlässlicher Partner geschätzt. Dies zeigt sich insbesondere bei den langfristigen Finanzierungen der Bereiche Immobilienkreditgeschäft und Corporate Finance, wo die Bank zu den führenden deutschen Anbietern gehört.

Von den Rating-Agenturen Moody's Investors Service (Moody's), Fitch Ratings (Fitch) und Standard & Poor's (S&P) wird die Helaba als Emittentin als „A1“, „A+“ und „A“ eingestuft. Bezogen auf die Beurteilung der langfristigen unbesicherten Verbindlichkeiten ohne Besserstellung nach § 46f (6) KWG („plain vanilla senior unsecured“) unterscheiden sich die Ansätze der Agenturen im Hinblick auf die Berücksichtigung der deutschen Haftungskaskade im Licht des neuen europäischen Abwicklungsregimes und liegen bei „A1“, „A+“ und „A-“. Die Ratings für kurzfristige Verbindlichkeiten sind „P-1“, „F-1+“ und „A-1“.

Die Ratings von Fitch und Standard & Poor's basieren auf einem gemeinsamen Verbund-Rating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen. Die strategisch bedeutsamen Refinanzierungsinstrumente öffentliche Pfandbriefe und Hypothekendarlehen weisen „AAA“-Ratings auf. Aufgrund ihres hohen Standings bei institutionellen und privaten Investoren und ihrer diversifizierten Produktpalette stand der Helaba in den letzten Jahren durchgehend der Zugang zu den Refinanzierungsmärkten unmittelbar offen. Die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund stärkt die nachhaltige Refinanzierungsfähigkeit der Helaba an den Geld- und Kapitalmärkten weiter.

Die Helaba ist aufgrund ihrer Trägerstruktur (88 % der Anteile werden von Trägern aus der Sparkassenorganisation gehalten) und ihrer Zentralbankfunktion für 40 % der bundesdeutschen Sparkassen nachhaltig in der Sparkassen-Finanzgruppe verankert. Die Helaba verfolgt strategisch das Ziel, ihre Stellung als führende Verbundbank der deutschen Sparkassen weiter auszubauen und sich unumkehrbar mit den Sparkassen zu verzahnen. Der durch den Wettbewerb im Retail Banking begründete und durch die Niedrigzinsphase verstärkte Rentabilitätsdruck wird zu einer weiteren Intensivierung der Arbeitsteilung im Verbund führen.

Das Immobiliengeschäft ist ein strategisches Kerngeschäftsfeld der Helaba. Entlang der Wertschöpfungskette werden fast alle Produkte und Dienstleistungen von der Strukturierung über die Finanzierung bis hin zum Portfoliomanagement angeboten. Langfristige Kundenbeziehungen sowie eine nachhaltige Geschäftspolitik in den gewählten in- und ausländischen Zielmärkten sind die Grundlage der positiven Entwicklung des Neugeschäfts der letzten Jahre. Um das Potenzial der skandinavischen Immobilienmärkte weiter zu erschließen, wurde eine Repräsentanz in Stockholm eröffnet. Auch in Phasen des zunehmenden Wettbewerbs- und Margendrucks sieht die Helaba gute Chancen, aufgrund ihrer langjährigen Verankerung in den Märkten und ihrer Produktexpertise ihre Marktposition im Immobilienkreditgeschäft zu behaupten und weiter zu stärken.

Im Kreditbereich wird die Helaba zur Stärkung ihrer Syndizierungsteams zum einen ihr Angebot gegenüber Kunden und Investoren erweitern und zum anderen die Steuerung des eigenen Bilanzbestands optimieren. Im Rahmen von Syndizierungen können auch Sparkassen an durch die Helaba-Experten akquiriertem Aktivgeschäft partizipieren und so eine Risikodiversifikation erreichen.

Exportorientierte Firmenkunden erwarten von ihrer Partnerbank Produktangebote zur Begleitung der Kunden im Ausland. Die institutionelle Verankerung in der Sparkassen-Finanzgruppe und die erweiterte Kundenbasis ermöglichen es der Helaba, sich als führende Adresse in der Außenhandelsfinanzierung und im Auslandszahlungsverkehr in der Sparkassen-Finanzgruppe zu etablieren und das Geschäftsvolumen und die Erträge in diesem Segment zu steigern. Dazu wird eine weitere Repräsentanz am Standort São Paulo eröffnet.

Im Zahlungsverkehr ist die Helaba in einem von zunehmendem Wettbewerbsdruck und weiterhin umzusetzenden regulatorischen Anforderungen bestimmten Markt einer der führenden Zahlungsverkehrs-Clearer in Deutschland und dominierende Landesbank in diesem Sektor. Die sich hieraus ergebenden Chancen, insbesondere im Clearing und Kartengeschäft, werden konsequent ausgebaut, um dem weiter zunehmenden Margendruck auf der Provisionsseite zu begegnen.

Der digitale Strukturwandel führt zu einer fortschreitenden Veränderung des Konsumverhaltens und hat entsprechende Auswirkungen auf den Handel und die Bezahlverfahren im E- und M-Commerce. Gleichzeitig verschärft sich der Wettbewerb durch neue Marktteilnehmer aus dem digitalen Umfeld, die insbesondere bei Internetbezahlverfahren, Mobile Payment, aber auch am Point of Sale Teile der Wertschöpfungskette im Zahlungsverkehr besetzen. Zur Abwehr branchenfremder Wettbewerber hat die Helaba als Teil des kreditwirtschaftlichen Sektors ein gemeinsames Standardzahlverfahren (paydirekt) entwickelt, das im Frühjahr 2016 erfolgreich gestartet ist. Die Helaba übernimmt bei der (Weiter-)Entwicklung und Vermark-

tung des Bezahlverfahrens eine führende Rolle innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe. Darüber hinaus unterstützt sie die Sparkassen-Finanzgruppe aktiv bei der aufsichtsrechtlich geforderten Umsetzung von Instant Payments im Jahr 2017.

Durch das Schlüsselthema Digitalisierung eröffnen sich für Banken in den nächsten Jahren Möglichkeiten zur Optimierung der Geschäfts- und IT-Prozesse. Die Schnittstelle zum Kunden wird neu definiert und es entstehen Optionen zur Entwicklung neuer Produktangebote. Wesentliche Herausforderung der kommenden Jahre wird es sein, den Zahlungsverkehr auf die zunehmenden Anforderungen des digitalen Zeitalters vorzubereiten und somit die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft weiter zu stärken.

Die Helaba hat einen neuen Bereich „Strategieprojekt Digitalisierung“ gegründet, der in einem ersten Schritt den Optionsraum, der sich für ihre Geschäftsbereiche eröffnet, systematisch analysiert hat. Hieraus sind Digitalisierungsinitiativen entstanden, in denen gemischte Teams aus Fach- und IT-Seite in agiler Entwicklungsmethodik Prototypen für Kundenportale und Zahlungsverkehrsanwendungen erarbeitet haben. Es ist geplant, mit den ersten Releases im Jahr 2017 online zu gehen. Parallel wird die Helaba weitere Initiativen starten, um nicht nur die Schnittstelle zum Kunden, sondern auch die Effizienz der nachgelagerten Prozesse über digitale Lösungen weiterzuentwickeln.

Weitere Effizienzsteigerungen sollen auch durch die Einführung eines neuen Kernbankensystems erschlossen werden. Nachdem im Jahr 2016 im Rahmen einer Voruntersuchung die Grundlage für die Erneuerung des Kernbankensystems gelegt wurde, beginnt die Umsetzung im Jahr 2017 und soll bis 2020 abgeschlossen werden. Neben der Modernisierung der IT wird die Umstellung auch die Verbesserung vieler interner Prozesse mit sich bringen und damit einen wichtigen Beitrag zur Zukunftssicherheit der Helaba leisten.

Insgesamt ist die Helaba mit ihrem strategischen Geschäftsmodell für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt und sieht weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des regionalen Privatkunden- und Mittelstandsgeschäfts, des Verbundgeschäfts, des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und der Produktpalette im Großkundengeschäft. Zielsetzung der Rentabilitätsstrategie der Helaba sind unter Berücksichtigung geänderter regulatorischer Rahmenbedingungen und merklich gestiegener Bankstrukturkosten die Sicherung der nachhaltigen Ertragskraft zur Stärkung der Kapitalbasis und Beachtung der risikostrategischen Vorgaben.

Voraussichtliche Entwicklung der Bank

Das Geschäftsmodell der Helaba als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut basiert auf einem starken regionalen Fokus, ausgewählter internationaler Präsenz und enger Integration in die

Sparkassenorganisation. Die volkswirtschaftlichen Prognosen für 2017 gehen von einer stabilen konjunkturellen Entwicklung mit einem moderaten Wachstum aus. Allerdings werden das anhaltend niedrige Zinsniveau und die vielfältigen aufsichtsrechtlichen Anforderungen die erwarteten Entwicklungen in 2017 weiterhin belasten.

Das in- und ausländische Immobilienkreditgeschäft ist durch die unverändert hohe Liquiditätsbereitstellung der Notenbanken einem anhaltenden Druck auf die Preise bei zunehmender Risikobereitschaft der Finanzierungswettbewerber ausgesetzt. Die Bank wird vor diesem Hintergrund für 2017 an ihrer risiko- und ertragsorientierten Selektion im mittel- und langfristigen Neugeschäft festhalten. Das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft wird in 2017 daher mit 8,6 Mrd. € um rund 17 % unter dem Niveau des Vorjahres geplant. Dieses Neugeschäft wird unter Berücksichtigung der erwarteten Tilgungen zu einer leichten Erhöhung der Kundenforderungen und zu stabilen Erträgen vor Risikovorsorge auf Vorjahresniveau führen.

Im Bereich Corporate Finance wird trotz des grundsätzlich positiven konjunkturellen Rahmens für 2017 mit einer weiterhin verhaltenen Kreditnachfrage bei einer hohen Wettbewerbsintensität gerechnet. Das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft wird in 2017 trotzdem mit 4,8 Mrd. € um rund 12 % über dem Niveau des Vorjahres geplant. Unter Berücksichtigung der erwarteten Tilgungen wird nur ein leichter Anstieg der Kundenforderungen erwartet. Bei einem hohen Margendruck im Neugeschäft werden die Erträge im Corporate Finance-Geschäft rückläufig geplant.

Im Bereich Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften wird für 2017 ein mittel- und langfristiges Abschlussvolumen in Höhe von 0,3 Mrd. € geplant. Die gesamten Erträge werden für 2017 mit 3 % leicht über dem Vorjahresniveau erwartet.

Im inländischen Kommunalkreditgeschäft wird für 2017 mit einem mittel- und langfristigen Abschlussvolumen in Höhe von 1,0 Mrd. € auf dem Niveau des Vorjahres geplant. Auch die Erträge werden auf Höhe des Vorjahreswerts erwartet.

Das Kundengeschäft im Bereich Kapitalmärkte wird auch in 2017 weiter durch das Niedrigzinsumfeld belastet. Zusätzlich wirken sich geringere Credit Spreads negativ auf das Kundengeschäft und das Warehousing aus. Positive Impulse resultieren aus der Ausweitung des Cross Selling im Zuge der Immobilien- und Projektfinanzierungen der Helaba und im weiteren Ausbau der Primärmarktaktivitäten, so dass der Anteil des Kunden- und umsatzgetriebenen Ertrags weiter erhöht werden soll. Ergebnisse aus der Marktbewertung von Beständen wurden dagegen konservativ geplant, so dass sich die gesamten Erträge im Kapitalmarktgeschäft um 10 % reduzieren werden.

Im Geschäft der Verbundbank mit den Sparkassen strebt die Helaba den Ausbau der Stellung als führende Verbundbank der deutschen Sparkassenorganisation mit bundesweitem Vertriebsansatz an. Die auch für 2017 vorgesehenen Produktverbesserungen und eine Intensivierung der Vertriebstätigkeiten lassen gegenüber dem Ergebnis in 2016 einen Anstieg der Erträge um 8 % erwarten. Die Vertriebsaktivitäten erfolgen unter Einbindung der Tochtergesellschaften Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH und der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG.

Die Situation der LBS wird wie bei allen Bausparkassen durch das Niedrigzinsumfeld belastet. Die LBS plant für 2017 in der für sie maßgeblichen Rechnungslegung nach HGB ein positives Gesamtergebnis. Darin gehen sowohl operative Ergebnisse wie auch dispositive Maßnahmen ein.

Im Cash Management ist die Helaba einer der führenden Zahlungsverkehrs-Clearer in Deutschland und führende Landesbank in diesem Sektor. Neben dem Negativzinsumfeld, das sich weiterhin belastend auf die Ertragssituation im Jahr 2017 auswirken wird, führt der digitale Strukturwandel zu einer fortschreitenden Veränderung des Konsumentenverhaltens und entsprechenden Effekten auf den Handel und die Bezahlverfahren im E- und M-Commerce. Gleichzeitig verschärft sich der Wettbewerb durch neue Marktteilnehmer aus der FinTech-Branche, die mit zunehmender Geschwindigkeit und mit innovativen Produkten Teile der Wertschöpfungskette im Zahlungsverkehr besetzen. Trotz dieser negativen Faktoren wird für 2017 mit einem weiteren Anstieg der Transaktionen und einem daraus resultierenden leichten Provisionswachstum gerechnet.

Das öffentliche Fördergeschäft wird im Jahr 2017 vor allem durch den Bestandsaufbau im Kommunalgeschäft (insbesondere Kommunalinvestitionsprogramm (KIP) und Krankenhausförderung) geprägt sein. Die im Jahr 2017 anhaltende Niedrig- beziehungsweise Negativzinsphase hat Auswirkungen auf die Margen im Neugeschäft und den Umfang der außerplanmäßigen Tilgungen. Für das Neugeschäft ist von einer Größenordnung von 1,3 Mrd. € an Krediten (nach 1,1 Mrd. € im Jahr 2016) auszugehen. Das zum Jahresende 2017 geplante Geschäftsvolumen bewegt sich leicht unter dem Niveau für 2016. Die gesamten Erträge werden gegenüber dem Vorjahr um 5 % steigend geplant.

Das gesamte Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft (ohne das wettbewerbsneutrale Fördergeschäft der WIBank) wird in 2017 mit 16,3 Mrd. € um 6 % unterhalb des Vorjahres geplant. Unter Einrechnung der erwarteten planmäßigen und vorzeitigen Fälligkeiten und eines seitwärts verlaufenden Neugeschäfts im kurzfristigen Laufzeitbereich wird für 2017 nur mit einem leichten Wachstum der Kundenforderungen gerechnet. Bedingt durch den Margendruck im Neugeschäft und durch die Belastungen aus dem niedrigen Zinsni-

veau wird der Zinsüberschuss gegenüber dem Vorjahr um rund 3 % niedriger erwartet. Dabei werden sich insbesondere Belastungen aus dem niedrigen Zinsniveau bei der LBS, dem Cash Management, der Eigenmittelanlage sowie aus den Liquiditätsanforderungen niederschlagen.

Das niedrige Zinsniveau wird über die niedrigere Kundennachfrage auch im Kapitalmarktgeschäft der Geschäfts- und Verbundbank zu Ertragsseinbußen führen, so dass der Nettoertrag des Handelsbestands um rund 22 % unterhalb des Vorjahreswerts erwartet wird.

Der Provisionsüberschuss wird durch den kontinuierlichen Ausbau des Kundengeschäfts im Kapitalmarktgeschäft, im Verbundbankgeschäft und im Cash Management um 2 % steigend geplant.

Im sonstigen betrieblichen Ergebnis werden die operativen Gebäudeerträge und Aufwendungen in Höhe des Vorjahres geplant. Nach der einmaligen Entlastung durch die Umstellung des Diskontierungssatzes für Pensionsrückstellungen in 2016 wird der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen für 2017 wieder deutlich negativ erwartet.

Im Personalaufwand wird in 2017 trotz der berücksichtigten Tarifsteigerungen kein Anstieg aus Personalkosten geplant. Erwartete Tarifsteigerungen gleichen sich durch Personalbewegungen aus. Der Personalaufwand in 2016 enthält einen einmaligen Entlastungseffekt bei den Pensionsrückstellungen, der für 2017 nicht geplant wird. Der gesamte Personalaufwand erhöht sich dadurch gegenüber dem Vorjahr um 7 %.

In der Planung des Sachaufwands für 2017 schlagen sich höhere Kosten für Projekte sowohl in den IT-Kosten als auch in der Unterstützung durch externe Beratung nieder. Darin enthalten sind zahlreiche zusätzliche Anforderungen aus dem Meldewesenumfeld, der Regulatorik und der Digitalisierungsstrategie. Im Projektportfolio werden die mehrjährigen Projekte BCBS 239, IFRS-9-Einführung und Kernbankensystem fortgeführt. Insgesamt erhöht sich die Position Sachaufwand (inklusive Abschreibungen) gegenüber dem Vorjahr um rund 5 %.

Die Cost-Income-Ratio wird für 2017 bei rund 68 % erwartet.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird in 2017 ausgehend von einer stabilen Konjunktur und einem sehr niedrigen Zinsniveau auf Höhe des Vorjahres geplant.

Im Saldo rechnet die Bank für das Jahr 2017 mit einem Ergebnis vor Steuern, das rund ein Drittel unter dem Ergebnis des Vorjahres liegt.

Auch für 2018 wird eine kontinuierliche Entwicklung in den Geschäftsfeldern mit einem Ausbau der Kunden erträge angestrebt. Mit einer mittelfristig erwarteten Normalisierung des Zinsniveaus sollten die damit verbundenen Belastungen zurückgehen. Insgesamt plant die Helaba daher mittelfristig mit einem Wiederanstieg des Ergebnisniveaus.

Risiken für die Ergebnisentwicklung der Bank resultieren aus politischen und makroökonomischen Entwicklungen. Unsicherheit entsteht unter anderem aus dem für März 2017 erwarteten Beginn der Verhandlungen von Großbritannien hinsichtlich des Austritts aus der EU und aus der Entwicklung in den USA unter dem neuen Präsidenten. Ebenso bestehen Risiken aus der unverändert angespannten Lage im Nahen Osten. Die genannten Entwicklungen üben allesamt Druck auf die EU aus und beeinflussen somit direkt die politische und wirtschaftliche Lage in Europa. Eine politische Destabilisierung Europas kann für einzelne EU-Staaten zu einer Belastung der Staatshaushalte führen und den Druck auf einzelne Kreditinstitute erhöhen.

Ein Risiko besteht insbesondere dann, wenn durch aufsichtsrechtliche Initiativen die Anforderungen und Kosten über die in der Planung erwartete Höhe hinaus steigen. Die Bank geht für 2017 von einer anhaltenden Niedrigzinsphase aus. Risiken bestehen dann, wenn sich das Zinsniveau noch deutlicher in den Negativbereich bewegt.

Gesamtaussage

Die Helaba hat im Geschäftsjahr 2016 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 381 Mio. € erzielt, das oberhalb des durchschnittlichen Ergebnisniveaus der letzten fünf Jahre und auch der Planung liegt, aber das sehr gute Ergebnis des vorangegangenen Jahres (429 Mio. €) um 11,2 % verfehlt. Das operative Ergebnis konnte trotz eines Rückgangs im Zinsüberschuss und im Handelsergebnis um 3,4 % gesteigert werden. Maßgeblich war hierfür ein Anstieg des sonstigen betrieblichen Ertrags, der von Einmaleffekten aus der Umstellung der Zinsbasis für die Bemessung der Pensionsrückstellungen profitierte. Trotz eines leicht gestiegenen Verwaltungsaufwands konnte auch das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge gegenüber dem Vorjahr um 3,2 % gesteigert werden. Der Anstieg der Risikovorsorge im Kreditgeschäft entspricht der konservativen Vorsorgepolitik der Bank. Die Risikovorsorge liegt dabei unterhalb des Planungsniveaus, auch wenn sich gegenüber dem durch Sondereffekte geprägten Vorjahr ein deutlicher Anstieg ergibt. Das im Geschäftsjahr 2016 erzielte Ergebnis erlaubt die Bedienung aller Nachrangmittel, Genussrechte und stillen Einlagen, eine Ausschüttung an die Kapitalgeber sowie eine Dotierung der Rücklagen.

Trotz des zunehmenden Wettbewerbsdrucks und der Vielzahl regulatorischer Anforderungen ist die Helaba mit ihrem strategischen, an den Anforderungen der Realwirtschaft und des Sparkassenverbunds ausgerichteten Geschäftsmodell für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt. Weitere Entwicklungsmöglichkeiten werden im Ausbau des regionalen Privatkunden- und Mittelstandsgeschäfts, des Verbundgeschäfts, des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts sowie, auch

international, in der Abrundung der Kundenbasis und der Produktpalette im Großkundengeschäft gesehen. Zielsetzung der Rentabilitätsstrategie der Helaba sind unter Berücksichtigung der regulatorisch steigenden Bankstrukturkosten die weitere Verbesserung der nachhaltigen Ertragskraft zur Stärkung der Kapitalkraft und die Mehrung des Unternehmenswerts bei Wahrung der Risikotragfähigkeit.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 28. Februar 2017

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Grüntker	Groß	Fenk
Dr. Hosemann	Mulfinger	Dr. Schraad

Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen

Jahresbilanz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale,

zum 31. Dezember 2016

Aktivseite

in Tsd. €

Anhang Ziffer				31.12.2016	31.12.2015
Barreserve					
a) Kassenbestand			6.829		5.899
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			2.569.843		1.459.927
				2.576.672	1.465.826
Darunter: bei der Deutschen Bundesbank	1.800.331				(381.950)
Forderungen an Kreditinstitute (2), (45)					
a) Hypothekendarlehen			–		83
b) Kommunalkredite			8.457.114		10.742.684
c) Andere Forderungen			3.673.649		4.231.392
				12.130.763	14.974.159
Darunter:					
Täglich fällig	1.118.483				(1.158.433)
Gegen Beleihung von Wertpapieren	–				
Darunter: Baudarlehen der Bausparkasse:					
Bauspardarlehen	–				–
Forderungen an Kunden (3), (45)				81.919.395	82.162.433
a) Hypothekendarlehen			21.509.239		20.528.608
b) Kommunalkredite			23.627.020		24.761.543
c) Andere Forderungen			35.931.019		36.032.107
Darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren	–				
d) Baudarlehen der Bausparkasse					
da) Aus Zuteilungen (Bauspardarlehen)		196.622			242.818
db) Zur Vor- und Zwischenfinanzierung		651.221			592.863
dc) Sonstige		4.274			4.494
			852.117		840.175
Darunter: Durch Grundpfandrechte gesichert	538.305				(525.671)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (4)					
a) Geldmarktpapiere					
aa) Von öffentlichen Emittenten		–			–
Darunter:					
Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				–
ab) Von anderen Emittenten		965.555	965.555		773.836
Darunter:					
Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				–
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) Von öffentlichen Emittenten		5.665.402			5.459.865
Darunter:					
Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	5.536.256				(5.268.622)
bb) Von anderen Emittenten		11.391.316			11.042.199
			17.056.718		16.502.064
Darunter:					
Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	9.410.932				(8.186.902)
c) Eigene Schuldverschreibungen			–		–
				18.022.273	17.275.900
Nennbetrag	–				–
Übertrag:				114.649.103	115.878.318

Passivseite

in Tsd. €

Anhang Ziffer				31.12.2016	31.12.2015
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (15), (18), (45)					
a) Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe			187.805		138.436
b) Begebene öffentliche Namenspfandbriefe			705.295		904.522
c) Andere Verbindlichkeiten			31.169.771		36.935.423
Darunter: täglich fällig	6.786.414				(6.810.239)
Zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte: Hypotheken-Namenspfandbriefe	–				
Öffentliche Namenspfandbriefe	–				
d) Bauspareinlagen			35.511		28.066
Darunter: auf zugeteilte Verträge	5.384			32.098.382	38.006.447
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (19), (45)					
a) Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe			1.551.897		1.859.677
b) Begebene öffentliche Namenspfandbriefe			4.258.712		4.760.576
c) Einlagen aus dem Bauspargeschäft und Spareinlagen					
ca) Bauspareinlagen		4.456.077			4.230.271
Darunter:					
Auf gekündigte Verträge	43.458				(47.612)
Auf zugeteilte Verträge	85.086				(81.320)
cb) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		–			–
cc) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		–			–
			4.456.077		4.230.271
d) Andere Verbindlichkeiten			18.200.013		19.226.423
Darunter: täglich fällig	8.708.726			28.466.699	30.076.947
Zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte: Hypotheken-Namenspfandbriefe	–				(9.425.923)
Öffentliche Namenspfandbriefe	–				
Verbriefte Verbindlichkeiten (20), (32)					
a) Begebene Schuldverschreibungen					
aa) Hypothekenspfandbriefe		8.195.265			6.948.919
ab) Öffentliche Pfandbriefe		12.313.495			14.259.090
ac) Sonstige Schuldverschreibungen		22.477.130			18.924.403
			42.985.890		40.132.412
b) Andere verbriefte Verbindlichkeiten			7.124.248		6.202.746
Darunter: Geldmarktpapiere	7.124.248			50.110.138	46.335.158
Handelsbestand (21), (35), (45)				10.975.001	14.853.651
Übertrag:				121.650.220	129.272.203

Aktivseite

in Tsd. €

Anhang Ziffer				31.12.2016	31.12.2015
Übertrag:				114.649.103	115.878.318
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (5)				1.025.343	2.301.822
Handelsbestand (6), (14), (35), (45)				16.536.392	22.094.984
Beteiligungen (7), (17), (45)				70.963	96.531
Darunter:					
An Kreditinstituten	48.469				(48.469)
An Finanzdienstleistungsinstituten	–				(16.067)
Anteile an verbundenen Unternehmen (8), (17), (45)				1.767.325	1.780.977
Darunter:					
An Kreditinstituten	855.580				(855.626)
An Finanzdienstleistungsinstituten	–				–
Treuhandvermögen (9)				1.008.830	877.144
Darunter: Treuhandkredite	738.538				(601.772)
Immaterielle Anlagewerte (10), (17)					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			–		
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			38.269		25.081
c) Geschäfts- oder Firmenwert			–		–
d) Geleistete Anzahlungen			–		7.728
				38.269	38.269
Sachanlagen (11), (17)				51.410	52.478
Sonstige Vermögensgegenstände (12)				979.962	1.077.062
Rechnungsabgrenzungsposten (13)					
a) Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			634.683		804.781
b) Andere			25.676		26.300
				660.359	831.081
Summe der Aktiva				136.787.956	145.023.206

Passivseite

in Tsd. €

Anhang Ziffer				31.12.2016	31.12.2015
Übertrag:				121.650.220	129.272.203
Treuhandverbindlichkeiten (22)				1.008.830	877.144
Darunter: Treuhandkredite	738.538				(601.772)
Sonstige Verbindlichkeiten (23)				1.547.049	1.831.715
Rechnungsabgrenzungsposten (24)					
a) Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			716.612		862.280
b) Andere			199.611		200.499
				916.223	1.062.779
Rückstellungen (25)					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			941.737		990.563
b) Steuerrückstellungen			107.727		150.740
c) Andere Rückstellungen			405.149		379.052
				1.454.613	1.520.355
Fonds zur baupartechnischen Absicherung				11.200	9.020
Nachrangige Verbindlichkeiten (26)				2.363.584	2.362.035
Genussrechtskapital (27), (29)				276.000	678.000
Darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	195.000				–
Fonds für allgemeine Bankrisiken (29)				598.623	593.925
Davon: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	124.000				(119.000)
Eigenkapital (29)					
a) Gezeichnetes Kapital					
aa) Stammkapital		588.889			588.889
ab) Kapitaleinlage		1.920.000			1.920.000
ac) Einlagen stiller Gesellschafter		953.338			953.338
			3.462.227		3.462.227
b) Kapitalrücklage			1.546.412		1.546.412
c) Gewinnrücklagen			1.862.975		1.707.391
d) Bilanzgewinn			90.000		100.000
				6.961.614	6.816.030
Summe der Passiva				136.787.956	145.023.206
Eventualverbindlichkeiten (30)					
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen				6.823.641	5.891.808
Andere Verpflichtungen (31)					
a) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			2.753.262		2.795.289
b) Unwiderrufliche Kreditzusagen			19.105.951		18.620.657
				21.859.213	21.415.946

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale,

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

in Tsd. €

Anhang Ziffer				2016	2015
Zinserträge aus (37), (38)					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		2.491.305			2.897.994
Darunter: Zinserträge der Bausparkasse:					
aa) Aus Bauspardarlehen	8.616				(11.180)
ab) Aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	18.044				(18.720)
ac) Aus sonstigen Baudarlehen	94				(133)
b) Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		190.091			205.076
			2.681.396		3.103.070
Zinsaufwendungen			1.759.614		2.123.752
Darunter: für Bauspareinlagen	76.802				(77.552)
				921.782	979.318
Laufende Erträge aus (37)					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			32.758		22.317
b) Beteiligungen			3.082		2.794
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			29.047		42.558
				64.887	67.669
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn- abführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				73.644	63.189
Provisionserträge (37), (39)			246.236		243.195
Darunter: Provisionserträge der Bausparkasse:					
a) Aus Vertragsabschluss und -vermittlung	20.752				(23.565)
b) Aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung	139				(235)
c) Aus der Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	6				-
Provisionsaufwendungen			71.940		75.022
Darunter: für Vertragsabschluss und -vermittlung der Bausparkasse	29.251				(33.602)
				174.296	168.173
Nettoertrag des Handelsbestands (37)				158.194	185.229
Sonstige betriebliche Erträge (37), (40)				135.732	75.774
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		308.359			309.984
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		53.793			61.908
			362.152		371.892
Darunter: für Altersversorgung	9.101				(12.624)
b) Andere Verwaltungsaufwendungen			457.510		415.865
				819.662	787.757
Übertrag:				708.873	751.595

in Tsd. €

Anhang Ziffer				2016	2015
Übertrag:				708.873	751.595
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				14.769	16.598
Sonstige betriebliche Aufwendungen (40)				126.431	186.630
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft (41)				200.905	44.682
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				2.612	21.143
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				18.680	13.303
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				–	–
Aufwendungen aus Verlustübernahme				120	7.124
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				–	–
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				350.580	504.401
Außerordentliche Erträge			–		–
Außerordentliche Aufwendungen			13.234		118.643
Außerordentliches Ergebnis (42)				13.234	118.643
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (43)			90.235		265.758
Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten Sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen			1.526		1.468
				91.761	267.226
Jahresüberschuss				245.585	118.532
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				–	–
Einstellung in Gewinnrücklagen				155.585	18.532
Bilanzgewinn				90.000	100.000

Anhang der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale,

zum 31. Dezember 2016

Der Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Anstalt des öffentlichen Rechts, Frankfurt am Main, eingetragen beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter der Registernummer HRA 29821 und beim Amtsgericht Jena unter der Registernummer HRA 102181, wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) und dem Pfandbriefgesetz (PfandBG) aufgestellt.

Die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind nach den Vorgaben der RechKredV gegliedert. Sie wurden um die für

Pfandbriefbanken und für Bausparkassen vorgeschriebenen Posten ergänzt. Die im Anhang aufzunehmenden Angaben zum Bausparkassengeschäft sind in dem gesondert veröffentlichten Jahresabschluss der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) enthalten.

Darüber hinaus erstellt die Helaba einen Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den International Reporting Standards, wie sie vom International Accounting Standards Board veröffentlicht und durch die Europäische Union in europäisches Recht übernommen wurden. Dieser wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.

(1) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Vermögensgegenstände und Schulden werden nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der besonderen Regelungen für Kreditinstitute (§§ 340 ff. HGB) bewertet.

Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 werden grundsätzlich die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie im Jahresabschluss des Vorjahres angewendet. Änderungen werden jeweils nachfolgend erläutert, sollten sich diese ergeben haben.

Forderungen und Verbindlichkeiten

Forderungen sind mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Außerhalb des Handelsbestands und außerhalb der Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden Unterschiedsbeträge mit Zinscharakter zwischen Nennbetrag und Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und über die Laufzeit periodisiert aufgelöst. Abgezinst begebene Schuldverschreibungen und ähnliche Verbindlichkeiten sowie auf abgezinster Basis erworbene Wertpapiere und Forderungen werden zum Barwert angesetzt.

Durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen wurde sämtlichen erkennbaren Kreditrisiken Rechnung getragen. Zur Abbildung latenter Kreditrisiken in der handelsrechtlichen Rechnungslegung verfolgt die Bank unverändert einen risikoadäquaten Bilanzierungsansatz. Die Bank wendet dabei das Bilanzierungsvorgehen und die Berechnungsmethode der Portfoliowertberichtigung nach IFRS auch für die HGB-Pauschalwertberichtigung an.

Für allgemeine Bankrisiken bestehen – neben dem in der Bilanz ausgewiesenen Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB – auch Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB.

Wertpapiere

Die in den Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere enthaltenen Bestände sind – mit Ausnahme von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB sowie des Anlagevermögens – nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Sie sind folglich mit dem beizulegenden Wert anzusetzen, sofern dieser unterhalb der (fortgeführten) Anschaffungskosten liegt. Der beizulegende Wert entspricht bei aktiven Märkten dem Börsen- oder Marktpreis am Abschlussstichtag. Bei der Analyse des Wertpapierbestands zum Bilanzstichtag wurde ein aktiver Markt für alle Wertpapiere festgestellt. Die gesetzlich vorgeschriebenen Wertaufholungen wurden vorgenommen.

Das Anlagevermögen enthält sowohl Restbestände an ABS-Papieren als auch Anteile an inländischen geschlossenen Investmentkommanditgesellschaften und vergleichbaren ausländischen Strukturen nach § 17 RechKredV in Verbindung mit der Definition von Investmentvermögen nach § 1 KAGB.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten angesetzt. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Sofern die Gründe

für eine Wertminderung in früheren Geschäftsjahren entfallen sind, erfolgen Zuschreibungen bis zur Höhe des Zeitwerts, maximal bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten.

Handelsbestand

Handelsbestände werden in der Bilanz in den Posten Handelsaktiva und -passiva ausgewiesen. Die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand haben sich im Geschäftsjahr nicht geändert. Die Bewertung der Handelsgeschäfte erfolgt einzelgeschäftsbezogen. Finanzinstrumente des Handelsbestands werden gemäß § 340e Abs. 3 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags für Handelsaktiva und zuzüglich eines Risikoaufschlags für Handelspassiva bewertet. Die Höhe, der Zeitpunkt und die Sicherheit zukünftiger Zahlungsströme, als Basis für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts, werden im Wesentlichen vom Zinsumfeld, von den Entwicklungen an den Aktien- und Rentenmärkten sowie den Entwicklungen der Credit Spreads beeinflusst. Die Ermittlung der Risikozu- und -abschläge erfolgt unter Beachtung der Vorgaben der Bankenaufsicht nach den Vorschriften des KWG für sämtliche Handelsbestände, an den aufsichtsrechtlichen Vorgaben zu den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) sowie an den Vorgaben des Art. 365 Capital Requirements Regulation (CRR). Der Risikozu- oder -abschlag wird dabei in Form eines Money-at-Risk (MaR) mit einem Konfidenzniveau von 99 %, einer Haltedauer von zehn Tagen sowie einem Beobachtungszeitraum von einem Jahr errechnet. Die Risikozu- und -abschläge werden für jede Risikokategorie vorgenommen.

Fremde Bonitätsrisiken aus der Erfüllung von OTC-Derivaten werden durch einen kontrahentenbezogenen Bewertungsabschlag (Credit Valuation Adjustment, CVA) berücksichtigt. Das eigene Bonitätsrisiko findet durch die Bildung eines Debit Valuation Adjustments (DVA) Berücksichtigung. CVA und DVA werden an jedem Bilanzstichtag durch die Bewertung des potenziellen Ausfallrisikos unter Berücksichtigung von gestellten beziehungsweise erhaltenen Sicherheiten und des Effekts von Nettingvereinbarungen ermittelt.

Wertänderungen, realisierte Gewinne und Verluste, Provisionen und laufende Erträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands sowie Zinsaufwendungen zur Refinanzierung der Handelsaktivitäten werden im „Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands“ ausgewiesen.

Gemäß § 340e Abs. 4 HGB wird zum Abschlussstichtag ein Betrag, der mindestens zehn vom Hundert der Nettoerträge des Handelsbestands entspricht, dem gesonderten Bestand im Sonderposten für allgemeine Bankrisiken zugeführt. Die Zuführung erfolgt, bis der entsprechende Bestand 50 % des Durchschnitts der letzten fünf vor dem Berechnungstag erzielten jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands erreicht oder eine Auflösung zum Ausgleich von Nettoaufwendungen des Handelsbestands vorgenommen wird. Die Zuführung erfolgt zulasten der Netto-

erträge des Handelsbestands. Die Bank hat im Berichtsjahr eine Zuführung in Höhe von 5 Mio. € vorgenommen.

Die Bank hat Derivate des Handelsbestands aktiv und passiv, die unter Rahmenverträgen je Kontrahent mit einem Credit Support Annex und täglicher Besicherungsermittlung abgeschlossen wurden, gegeneinander verrechnet. Hierbei wurden die Buchwerte der Derivate und die Sicherheitsleistung je Kontrahent in der Verrechnung berücksichtigt. Die Verrechnung umfasst auch Derivate und Sicherheitsleistungen, die über einen zentralen Kontrahenten abgeschlossen wurden.

Die Auswirkungen des BGH-Urteils vom 9. Juni 2016 (Az. IX ZR 314/14 zur Teilunwirksamkeit des Rahmenvertrags für Finanztermingeschäfte, soweit dieser § 104 InsO widerspricht) auf bestehende Rahmenverträge wurden unter Berücksichtigung der Allgemeinverfügung der BaFin zu Nettingvereinbarungen im Anwendungsbereich des deutschen Insolvenzrechts vom 9. Juni 2016 sowie der gemeinsamen Stellungnahme des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz und des Bundesministeriums der Finanzen vom 9. Juni 2016 untersucht. Die Bank erachtet die Bewertungsverfahren für die Ermittlung des bilateralen Credit Value Adjustments weiterhin für angemessen. Auswirkungen auf die bilanzielle Saldierung von bilateralen OTC-Derivate-Verträgen ergeben sich nicht.

Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagewerte

Gegenstände des Sachanlagevermögens und immaterielle Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich außerplanmäßiger Abschreibungen auf niedrigere Zeitwerte ausgewiesen. Planmäßige Abschreibungen werden auf die wirtschaftliche Nutzungsdauer verteilt vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben. Auf die Aktivierung von selbst erstellten immateriellen Vermögensgegenständen hat die Bank verzichtet.

Rückstellungen

Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen sind gemäß den Grundsätzen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des Erfüllungsbetrags der ungewissen Verbindlichkeiten oder der drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften unter Berücksichtigung erwarteter Preis- und Kostensteigerungen zu bilden. Mittel- und langfristige Rückstellungen (Restlaufzeit > 1 Jahr) werden mit den von der Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst. Bei der Ermittlung der Veränderung durch Aufzinsung wird unterstellt, dass eine Veränderung des Abzinsungssatzes erst zum Ende der Periode eintritt. Effekte aus der Aufzinsung werden im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen.

Die Pensionsverpflichtungen werden jährlich durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen (Richttafeln 2005G von

Prof. Dr. Heubeck) künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen sowie der von der Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, zugrunde gelegt werden. Entsprechend dem neugefassten § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB wurden die Pensionsverpflichtungen zum 31. Dezember 2016 mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre bewertet (31. Dezember 2015: mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre). Der daraus resultierende Unterschiedsbetrag in Höhe von 119 Mio. € unterliegt einer Ausschüttungssperre.

Die angewandten Bewertungsparameter sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	31.12.2016	31.12.2015
Zinssatz	4,01 %	3,89 %
Gehaltstrend	2,00 %	2,25 %
Rententrend	1,00 – 2,00 %	1,00 – 2,25 %
Fluktuationsrate	3,00 %	3,00 %

Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögensgegenstände (Wertpapiere), die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen (Deckungsvermögen). Sie werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet. Der Verpflichtungsumfang ergibt sich durch Maximierung der garantierten Leistungszusage mit dem beizulegenden Wert der zugehörigen Wertpapiere zum Abschlussstichtag. Die Vermögensgegenstände und die korrespondierenden Pensionsverpflichtungen werden miteinander verrechnet.

Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen den Versorgungsaufwand und den Zinsaufwand. Der Vorsorgeaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Der Zinsaufwand stellt die Barwerterhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, der sich aus der Annäherung an den Erfüllungszeitpunkt und somit der Verkürzung der Abzinsungsperiode ergibt. Der Zinsaufwand wird mit den Erträgen aus dem Deckungsvermögen saldiert. Sowohl der Zinsaufwand als auch das Ergebnis aus dem Deckungsvermögen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

Ermittlung von Zeitwerten

Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, zu dem ein Vermögenswert zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern (ausgenommen im Fall einer Notabwicklung) getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte.

Der beste Indikator für den beizulegenden Zeitwert von Finanzinstrumenten ist der Marktpreis. Bei Vorliegen eines aktiven Markts werden zur Bewertung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente beobachtbare Marktpreise herangezogen. Dies sind üblicherweise Börsenkurse oder auf dem Interbankenmarkt quotierte Marktpreise. Für den Fall, dass für ein Finanzinstrument kein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, erfolgt die Bewertung mittels anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden, wobei alle zu berücksichtigenden Daten (zum Beispiel Zinskurven, Volatilitäten, Spreads) auf beobachtbaren Marktdaten beruhen und aus externen Quellen entnommen werden. Dabei handelt es sich insbesondere um Discounted-Cashflow-basierte Forward-Pricing- und Swap-Pricing-Modelle oder Optionspreismodelle (zum Beispiel Black-Scholes sowie Varianten davon). Üblicherweise werden diese Bewertungsmethoden bei OTC-Derivaten (einschließlich Kreditderivaten) und nicht an einem aktiven Markt gehandelten, zum beizulegenden Zeitwert angesetzten Finanzinstrumenten verwendet. In den Fällen, bei denen nicht alle zu berücksichtigenden Parameter direkt am Markt beobachtbar sind, werden der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte realistische, auf Marktgegebenheiten beruhende Annahmen zugrunde gelegt. Diese Bewertungsmethode ist insbesondere Grundlage für komplex strukturierte (derivative) Spread-Produkte, bei denen nicht direkt am Markt beobachtbare Korrelationen einen wesentlichen Bewertungsfaktor darstellen. Soweit bei nicht derivativen Finanzinstrumenten keine Marktpreise verfügbar sind, werden so genannte Arranger-Preise herangezogen. Die Bewertung von nicht börsennotierten Beteiligungen beruht auf nicht beobachtbaren Parametern, insbesondere den aus der Unternehmensplanung abgeleiteten Ertragsüberschüssen.

Währungsumrechnung

Die Umrechnung der im Jahresabschluss enthaltenen Vermögensgegenstände und Schulden in fremder Währung sowie der am Bilanzstichtag nicht abgewickelten Devisenkassageschäfte erfolgt gemäß den Grundsätzen in den §§ 256a HGB und 340h HGB. Diese werden zum Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Bei auf Fremdwährung lautenden Devisentermingeschäften des Handelsbestands erfolgt eine Abgrenzung der Swapstellen sowie eine Bewertung der Reststellen. Bei Devisen-Swaps des Nichthandelsbestands erfolgt eine Abgrenzung der Swap-Stellen. Die Bank wendet den Grundsatz der besonderen Deckung gemäß § 340h HGB an. Alle Währungsergebnisse werden erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Derivate

Derivate (Termin- und Optionsgeschäfte im Zins-, Aktien-, Währungs-, Kredit- und Rohwarenbereich sowie Swap-Vereinbarungen) werden bei Geschäftsabschluss dem Handels- oder dem Nichthandelsbestand zugeordnet. Die Berücksichtigung derivativer Finanzinstrumente im Rahmen der handelsrechtlichen Bilanzierung erfolgt auf Basis der einschlägigen Stellungnahmen und Hinweise zur Rechnungslegung des IDW und

nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung. Bei strukturierten Finanzinstrumenten, deren derivative Nebenabreden ein anderes Risikoprofil als das Grundgeschäft aufweisen, werden diese Derivate abgespalten, dem Handelsbestand zugeordnet und getrennt bewertet.

Derivate außerhalb des Handelsbestands und des in Bewertungseinheiten befindlichen Bestands werden zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos im Bankbuch eingesetzt. Bei der Bewertung des Bankbuchs wird für das allgemeine Zinsrisiko nach den Grundsätzen des IDW BFA 3 eine Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen Aktiva und Passiva einschließlich der Zinsderivate durchgeführt. Dabei werden Forderungen, verzinsliche Wertpapiere, Verbindlichkeiten und Derivate des Bankbuchs nicht hinsichtlich Marktpreisrisiken einzeln imparitätisch bewertet, sondern in einem Refinanzierungsverbund gesehen. Die Notwendigkeit zur Bildung einer Drohverlustrückstellung aus dem Refinanzierungsverbund war – unter Anwendung einer periodischen (GuV-orientierten) Betrachtungsweise – im Berichtsjahr nicht gegeben.

Laufende Erträge und Aufwendungen aus Swap-Geschäften des Nichthandelsbestands werden zeitanteilig abgegrenzt und die Abgrenzung unter den sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Bewertungseinheiten

Die Helaba hat im Bankbuch Bewertungseinheiten gemäß § 340a HGB in Verbindung mit § 254 HGB gebildet, die sich aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve und den zugehörigen zu Sicherungszwecken abgeschlossenen Zins-Swaps zusammensetzen. Die Bewertungseinheiten bestehen aus Asset-Swap-Kombinationen in Form von Mikro-Bewertungseinheiten. Die Absicherung bezieht sich ausschließlich auf Zinsänderungsrisiken. Für die sich zwischen Grundgeschäft und Sicherungs-

instrument ausgleichenden Wertänderungen wird die Einfrierungsmethode angewendet. Die Grundgeschäfte werden stets zu 100 % des Nominalvolumens für die gesamte Restlaufzeit abgesichert. Die prospektive Wirksamkeit der Bewertungseinheiten ist aufgrund der Übereinstimmung wesentlicher wertbestimmender Faktoren gegeben. Die Ermittlung der prospektiven Effektivität erfolgt unter Verwendung der Regressionsanalyse. Die gegenläufigen Wert- und Zahlungsstromänderungen haben sich am Bilanzstichtag weitestgehend ausgeglichen und werden sich voraussichtlich auch weiterhin ausgleichen. Bis zum vorgesehenen Ende der Bewertungseinheiten (Zeitpunkt der Fälligkeit von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument) werden sich die Wertänderungen aus den abgesicherten Risiken nahezu vollständig ausgleichen. Für Verlustüberhänge aus dem ineffektiven Teil der Sicherungsbeziehung bildet die Bank eine Drohverlustrückstellung. Im Berichtsjahr resultierte hieraus eine aufwandswirksame Zuführung in Höhe von 0,8 Mio. € (2015: Auflösung 11,1 Mio. €).

Latente Steuern

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang unter Ausnutzung des Wahlrechts des § 274 HGB bilanziell nicht angesetzt wird. Die aktiven latenten Steuern beruhen auf Differenzen zwischen dem handels- und steuerrechtlichen Bilanzansatz der Forderungen gegen Kunden, Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen, passiven Rechnungsabgrenzungen, Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen und sonstigen Rückstellungen. Bei der Bewertung der latenten Steuern wurden die unternehmensindividuellen Steuersätze herangezogen. Im Inland ergibt sich für die Bank bei einem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von 452 % ein kombinierter Ertragsteuersatz von 31,7 %. Latente Steuern in den ausländischen Berichtseinheiten werden mit den dort geltenden statuarischen Steuersätzen bewertet.

(2) Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2016	31.12.2015
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an angeschlossene Sparkassen	6.634	7.891
Forderungen an verbundene Unternehmen	6.708	6.723
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	14	42
Der Unterposten – Andere Forderungen – enthält:		
Nachrangige Forderungen	37	11
Davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Täglich fällig	1.119	1.158
Restlaufzeiten:		
Bis drei Monate	5.675	9.263
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	971	1.448
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.967	2.240
Mehr als fünf Jahre	2.399	865
Als Deckung verwendet	1.197	707

in Mio. €

(3) Forderungen an Kunden

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an verbundene Unternehmen	747	651
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	117	571
Nachrangige Forderungen	190	517
Davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	6	12
Restlaufzeiten:		
Bis drei Monate	5.199	4.843
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	8.286	8.402
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	35.994	37.712
Mehr als fünf Jahre	29.163	27.359
Mit unbestimmter Laufzeit	3.277	3.846
Als Deckung verwendet	18.459	19.080

(4) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Verbriefte Forderungen:		
An verbundene Unternehmen	–	–
An Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Von den börsenfähigen Wertpapieren sind:		
Börsennotiert	15.601	14.333
Nicht börsennotiert	1.065	870
Restlaufzeiten:		
Im Folgejahr fällig werdende Beträge	3.831	2.570
Nachrangige Vermögensgegenstände	3	3
Im Rahmen von Offenmarktgeschäften sind in Pension gegeben	–	2.254
Buchwert der Wertpapiere im Anlagebestand	66	80
Beizulegender Wert der Wertpapiere im Anlagebestand	66	79
Vorübergehende Wertminderung der Wertpapiere im Anlagebestand	1	2

Die Bank schätzt die Wertminderung der Wertpapiere im Anlagebestand als nicht dauerhaft ein und rechnet daher mit einer vollständigen Rückzahlung der Wertpapiere bei Fälligkeit.

(5) Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Von den börsenfähigen Wertpapieren sind:		
Börsennotiert	15	–
Nicht börsennotiert	18	7

Der Posten beinhaltet Anteile an zwei (31. Dezember 2015: drei) ausschließlich von der Helaba gehaltenen Wertpapier-sondervermögen (Mischfonds beziehungsweise reine Rentenfonds) mit einem Buchwert von insgesamt 1 Mrd. €

(31. Dezember 2015: 2 Mrd. €). Im Rahmen der langfristigen Investitionsabsicht der Helaba investieren diese Sondervermögen überwiegend in zinstragende Wertpapiere.

Zum Bilanzstichtag erfolgte die Bewertung bei allen Anteilen zu einem eventuellen niedrigeren Marktwert. Es bestanden keine wesentlichen Kurswertreserven am Bilanzstichtag. Die Erträge aus erhaltenen Ausschüttungen in 2016 betragen insgesamt 4,8 Mio. € (2015: 5,3 Mio. €).

Entsprechend § 17 RechKredV in Verbindung mit der Definition von Investmentvermögen gemäß § 1 KAGB enthält dieser Posten auch Anteile an inländischen geschlossenen Investmentkommanditgesellschaften und vergleichbaren ausländischen Strukturen in Höhe von 28 Mio. €. Im Vorjahr entfielen auf solche Investmentvermögen 46 Mio. €.

(6) Handelsbestand (aktiv)

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Derivative Finanzinstrumente	7.995	7.571
Forderungen	1.304	1.290
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.140	13.042
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	97	192
Nachrangige Vermögensgegenstände	–	–
Sonstige Vermögensgegenstände	–	–

Der Rückgang des Handelsbestands (aktiv) resultiert im Wesentlichen aus dem planmäßigen Abbau des Bestands an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren. Daneben ist eine Saldierung von Derivaten des

Handelsbestands (passiv) sowie zugehöriger Sicherheitsleistungen berücksichtigt, die zu einer Verrechnung in Höhe von 5,8 Mrd. € (31. Dezember 2015: 5,6 Mrd. €) führt.

(7) Beteiligungen

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Von den Wertpapieren sind:		
Börsenfähig	18	18
Börsennotiert	–	–

(8) Anteile an verbundenen Unternehmen

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Von den Wertpapieren sind:		
Börsenfähig	104	104
Börsennotiert	–	–

(9) Treuhandvermögen

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an Kreditinstitute	194	151
Forderungen an Kunden	545	451
Beteiligungen	56	60
Anteilsbesitz an verbundenen Unternehmen	–	–
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	202	202
Sonstige Vermögensgegenstände	12	13

(10) Immaterielle Anlagewerte

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Erworbene standardisierte Software	38	25

(11) Sachanlagen

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
In diesem Posten sind enthalten:		
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	12	12
Betriebs- und Geschäftsausstattung	33	33

(12) Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Wesentliche Posten sind:		
Zinsforderungen aus Swap-Vereinbarungen	528	633
Sonstige	452	444

(13) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft sind in diesem Posten enthalten:		
Agien aus Forderungen	254	323
Upfront-Payments aus eigenen Emissionen	283	380
Disagien aus Verbindlichkeiten und begebenen Schuldverschreibungen	99	102

(14) Echte Pensionsgeschäfte

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
In Pension gegebene Vermögensgegenstände des Handelsbestands	–	2.090
In Pension gegebene Vermögensgegenstände der Liquiditätsreserve	–	736

(15) Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Für nachfolgende Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände in angegebener Höhe übertragen:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.338	4.934
Handelspassiva	5.888	5.199

Darin enthalten sind entliehene Wertpapiere in Höhe von 0 Mio. € (31. Dezember 2015: 891 Mio. €), die an Kreditinstitute im Zusammenhang mit echten Pensionsgeschäften weiterübertragen wurden.

(16) Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung	26.825	29.407

(17) Anlagenspiegel

in Mio. €

	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen	Wertpapiere des Anlagevermögens	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Anlagevermögen gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten						
Stand zum 1.1.2016	150	150	138	113	1.861	2.412
Zugänge	13	6	1	–	63	83
Wechselkursveränderungen	–	1	–	–	–	1
Umgliederungen	–	–	–	–	–	–
Abgänge	22	18	33	3	75	151
Stand zum 31.12.2016	141	139	106	110	1.849	2.345
Ab- und Zuschreibungen						
Stand zum 1.1.2016	117	98	12	16	80	323
Zuschreibungen	–	–	–	1	–	1
Planmäßige Abschreibungen	8	7	–	24	2	41
Außerplanmäßige Abschreibungen	–	–	–	–	–	–
Wechselkursveränderungen	–	–	–	–	–	–
Umgliederungen	–	–	–	–	–	–
Abgänge	22	18	–	–	–	40
Stand zum 31.12.2016	103	87	12	39	82	323
Buchwerte						
Zum 1.1.2016	33	52	126	97	1.781	2.089
Zum 31.12.2016	38	52	94	71	1.767	2.022

(18) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	10.221	10.848
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	4.636	4.503
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	48	25
Täglich fällig	6.786	6.810
Restlaufzeiten:		
Bis drei Monate	1.716	5.444
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	3.289	5.345
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	10.067	11.150
Mehr als fünf Jahre	10.204	9.229

(19) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	649	661
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4	62
Täglich fällig	8.709	9.426
Restlaufzeiten:		
Bis drei Monate	2.515	1.932
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.626	2.239
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.282	3.568
Mehr als fünf Jahre	7.879	8.682

(20) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Restlaufzeiten des Unterpostens – Begebene Schuldverschreibungen:		
Im Folgejahr fällig werdende Beträge	10.208	7.214
Restlaufzeiten des Unterpostens – Andere verbrieft Verbindlichkeiten:		
Bis drei Monate	4.044	4.165
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	3.080	1.837
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	–	–
Mehr als fünf Jahre	–	–

(21) Handelsbestand (passiv)

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Derivative Finanzinstrumente	3.003	2.775
Verbindlichkeiten	7.943	12.049
Risikoaufschlag	29	29

Die Saldierung von Derivaten des Handelsbestands (aktiv) sowie zugehöriger Sicherheitsleistungen führte zu einem Ver-

rechnungseffekt zum 31. Dezember 2016 in Höhe von 9,5 Mrd. € (31. Dezember 2015: 9,0 Mrd. €).

(22) Treuhandverbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	126	1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	814	803
Sonstige Verbindlichkeiten	69	73

(23) Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Wesentliche Posten sind:		
Ausgleichsposten aus der Devisenbewertung	1.034	1.260
Zinsverpflichtungen aus Swap-Vereinbarungen des Nichthandelsbestands	335	374
Zinsen für Genussrechte und stille Einlagen	79	79
Erhaltene Optionsprämien des Nichthandelsbestands	7	4

(24) Passive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft sind in diesem Posten enthalten:		
Agien aus Verbindlichkeiten	385	460
Upfront-Payments aus eigenen Emissionen	277	334
Disagien aus dem Darlehensgeschäft	55	68

(25) Rückstellungen

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellungen nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen zehn Geschäftsjahre (4,01 %) und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen sieben Geschäftsjahre (3,23 %) beträgt zum Bilanzstichtag 119 Mio. €. Dieser Betrag unterliegt einer Ausschüttungssperre.

Eine Unterdeckung der ausgewiesenen Pensionsrückstellungen aufgrund der Anwendung von Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB besteht zum Bilanzstichtag nicht mehr (31. Dezember 2015: 13 Mio. €).

Die Anschaffungskosten der gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit Rückstellungen verrechneten Vermögensgegenstände betragen 30 Mio. € (31. Dezember 2015: 27 Mio. €), der beizulegende

Zeitwert 35 Mio. € (31. Dezember 2015: 31 Mio. €). Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beläuft sich auf 35 Mio. € (31. Dezember 2015: 33 Mio. €). In der Gewinn- und Verlustrechnung wurden Erträge aus diesen Vermögensgegenständen in Höhe von 1,6 Mio. € (2015: 0,8 Mio. €) mit Aufwendungen aus den korrespondierenden Schulden in Höhe von 0,1 Mio. € (2015: 1,7 Mio. €) verrechnet.

Die anderen Rückstellungen wurden im Wesentlichen für dem Personalbereich zuzuordnende Sachverhalte und für Bonitäts- und Länderrisiken im außerbilanziellen Kreditgeschäft gebildet. Rückstellungen für Prozessrisiken werden gebildet, wenn eine Inanspruchnahme wahrscheinlich ist. Weitere Rückstellungsbeträge entfallen auf diverse der Höhe oder dem Grunde nach ungewisse Verbindlichkeiten.

(26) Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Mittelaufnahmen, die jeweils 10 % der Gesamtposition übersteigen, sind wie folgt ausgestaltet:

Währungsbetrag in Mio.	Währung	Aktueller Zinssatz in %	Fällig in	Vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung
–	EUR	–	–	–

Die Bedingungen der Nachrangigkeit dieser Mittel entsprechen den Anforderungen des Kreditwesengesetzes für die an-

rechenbaren Eigenmittel. Eine Umwandlung in Kapital oder andere Schuldformen ist weder vereinbart noch vorgesehen.

Im Ausweis sind anteilige Zinsen in Höhe von 33 Mio. € (31. Dezember 2015: 31 Mio. €) enthalten. Für nachrangige Mittelauf-

nahmen betrug der Zinsaufwand im Geschäftsjahr 82 Mio. € (2015: 128 Mio. €).

(27) Genussrechtskapital

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbriefte Genussrechte	256	358
Namensgenussrechte	20	320

Die Genussrechte wurden im Hinblick auf die bei Begebung bestehenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Berücksichtigungsfähigkeit als Eigenmittel für bankaufsichtsrechtliche Meldungen ausgestaltet. Die Entstehung der Ansprüche auf Ertrag und Rückzahlungen ist abhängig vom

Vorliegen entsprechender Gewinne. An etwaigen Verlusten nehmen die Gläubiger entsprechend den jeweiligen Bedingungen der Genussrechte teil. Der Posten beinhaltet 18 Genussrechte.

(28) Von den Schulden lauten auf Fremdwährung

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Von den Schulden lauten auf Fremdwährung	13.382	12.436

(29) Eigene Mittel

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Gezeichnetes Kapital	3.462	3.462
a) Stammkapital	589	589
b) Kapitaleinlage	1.920	1.920
c) Einlagen stiller Gesellschafter	953	953
Kapitalrücklage	1.546	1.546
Gewinnrücklagen	1.863	1.707
Einschließlich des Genussrechtskapitals,	276	678
des Fonds für allgemeine Bankrisiken	599	594
sowie nachrangiger Verbindlichkeiten	2.364	2.362
beliefen sich die aus der Bilanz ersichtlichen haftenden Eigenmittel auf	10.110	10.350

Zur Gewinnverwendung wird eine Ausschüttung in Höhe von 90 Mio. € sowie eine Einstellung in die Gewinnrücklagen in Höhe von 155 Mio. € vorgeschlagen.

(30) Eventualverbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
In diesem Posten sind enthalten:		
Kreditbürgschaften	2.729	2.584
Sonstige Bürgschaften und Gewährleistungen	4.095	3.308

Die Helaba schätzt das Risiko, dass die Kreditnehmer ihren Verpflichtungen nicht nachkommen und mit Inanspruchnahmen zu rechnen ist, als gering ein. Avalkredite unterliegen dem Risikovorsorgeprozess der Bank. In einzelnen Fällen, in denen ein Verlust aus der zu erwartenden Inanspruchnahme wahrscheinlich ist, hat die Helaba entsprechende Rückstellungen gebildet.

In den Eventualverbindlichkeiten enthalten ist das in Anspruch genommene Zahlungsversprechen aus dem Anteil der Bankenabgabe in Höhe von 18 Mio. €.

(31) Andere Verpflichtungen

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
In diesem Posten sind enthalten:		
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	2.753	2.795
Unwiderrufliche Kreditzusagen für Buchkredite	19.106	18.621

Aufgrund der durchgeführten Bonitätsanalysen geht die Helaba davon aus, dass die Kreditnehmer ihren Verpflichtungen nachkommen und somit nicht mit Inanspruchnahmen zu

rechnen ist. In einzelnen Fällen, in denen ein Verlust aus der zu erwartenden Inanspruchnahme wahrscheinlich ist, wurden Rückstellungen gebildet.

(32) Pfandbriefe und Deckungsrechnung**Gesamtübersicht gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG**

in Mio. €

	Nennwert		Barwert	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Hypothekendarfandbriefe				
Deckungsmasse	13.380	12.003	14.203	12.882
Pfandbriefumlauf	9.871	8.614	10.226	8.976
Überdeckung	3.509	3.389	3.977	3.905
Risikobarwert internes Modell	–	–	3.564	3.577
Öffentliche Pfandbriefe				
Deckungsmasse	20.872	22.228	23.332	24.609
Pfandbriefumlauf	17.385	20.364	19.118	22.284
Überdeckung	3.486	1.864	4.214	2.325
Risikobarwert internes Modell	–	–	3.906	1.771

Zum Geschäftsjahresende befindet sich kein Derivat in Deckung.

Der Risikobarwert gemäß Barwertverordnung gibt den barwertigen Deckungssaldo nach Stresstest an. Für die Simulation von Zinsrisiken wurde das interne Modell MaRC² herangezogen; die Simulation von Währungsrisiken erfolgte auf Basis des dynamischen Verfahrens.

**Aufgliederung der Deckungswerte nach Zinsbindungs-
fristen und Aufgliederung der Pfandbriefe nach
Restlaufzeiten gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG**

in Mio. €

	Deckungsmasse		Pfandbrief	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Zinsbindungsfristen/Restlaufzeiten				
Hypothekendarfandbriefe				
Bis 1 Jahr	2.402	1.751	2.642	370
Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	1.498	2.040	1.481	2.627
Mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	2.213	1.630	2.014	1.496
Mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1.899	2.092	2.004	2.014
Mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	1.141	1.067	399	185
Mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	4.166	3.375	1.114	1.520
Über 10 Jahre	61	48	217	403
Öffentliche Pfandbriefe				
Bis 1 Jahr	2.842	3.318	2.976	4.123
Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	2.707	2.611	2.075	2.926
Mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	1.785	2.739	3.208	2.079
Mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	2.546	1.765	1.502	3.209
Mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	1.741	2.447	1.340	1.493
Mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	5.995	5.791	4.083	4.032
Über 10 Jahre	3.256	3.558	2.201	2.500

Weitere Deckungswerte gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG

in Mio. €

	Weitere Deckung	
	31.12.2016	31.12.2015
Hypothekendarfandbriefe		
Deckungsmasse	13.380	12.003
Davon: weitere Deckung	233	233
Öffentliche Pfandbriefe		
Deckungsmasse	20.872	22.228
Davon: weitere Deckung	145	298

**Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypotheken-
darfandbriefe nach Nutzungsart**

Davon Aufgliederung wohnwirtschaftlich genutzt:

in Mio. €

Land	Wohnungen		Einfamilien- häuser		Mehrfamilien- häuser		Bauplätze und Rohbauten		Gesamt	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Deutschland	53	44	64	56	1.958	2.119	–	–	2.075	2.219

Davon Aufgliederung gewerblich genutzt:

in Mio. €

Land	Bürogebäude		Handelsgebäude		Industriegebäude		Sonstige Gebäude		Bauplätze und Rohbauten		Gesamt	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Deutschland	2.507	2.963	3.023	2.865	193	221	279	302	5	7	6.007	6.358
Belgien	14	14	–	–	–	–	–	–	–	–	14	14
Frankreich	937	618	186	130	–	–	–	–	–	–	1.123	748
Luxemburg	70	71	–	–	–	–	–	–	–	–	70	71
Schweden	30	31	40	158	–	–	–	–	–	–	69	189
Niederlande	52	112	41	59	–	–	–	–	–	–	93	171
Österreich	–	–	121	115	–	–	–	4	–	–	121	119
Polen	481	178	394	183	54	54	–	–	–	–	929	415
Tschechien	51	112	180	265	–	–	–	–	–	–	231	377
Großbritannien	262	256	–	–	–	–	–	–	–	–	262	256
USA	1.519	804	78	28	–	–	–	–	–	–	1.598	832
Gesamt	5.923	5.159	4.063	3.803	247	275	279	306	5	7	10.517	9.550

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekendarlehen nach Größenklassen

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Bis 0,3 Mio. €	158	198
Größer 0,3 Mio. € bis 1 Mio. €	141	157
Größer 1 Mio. € bis 10 Mio. €	1.341	1.450
Größer 10 Mio. €	11.508	9.964
Weitere Deckung	233	233

Der Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen betrug 12 Tsd. € (31. Dezember 2015: 45 Tsd. €) und betraf inländische Schuldner. Im Geschäftsjahr traten weder

Zwangsversteigerungs- noch Zwangsverwaltungsfälle auf noch mussten Grundstücke zur Vermeidung von Verlusten übernommen werden.

Zinsrückstände aus dem Hypothekengeschäft

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Gewerblich	–	–
Wohnwirtschaftlich	–	–
Gesamtbetrag	–	–

Aufgliederung der Deckungswerte für öffentliche Pfandbriefe nach Schuldner

in Mio. €

Land	Staat		Regionale Gebietskörperschaft		Örtliche Gebietskörperschaft		Öffentlich- rechtliche Kreditinstitute/ Sonstige		Summe	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Deutschland	498	573	3.803	3.054	10.910	12.525	4.032	4.235	19.243	20.387
Frankreich inklusive Monaco	–	–	537	414	–	–	–	–	537	414
Großbritannien/Nordirland	356	400	–	–	–	–	–	–	356	400
Luxemburg	6	7	–	–	–	–	–	–	6	7
Spanien	–	–	381	464	–	–	–	–	381	464
Österreich	–	–	9	12	–	–	–	–	9	12
Schweiz	–	–	47	–	–	–	147	246	193	246
Gesamt	860	980	4.777	3.944	10.910	12.525	4.179	4.481	20.725	21.930

Die mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen beliefen sich bei den öffentlichen Pfandbriefen auf einen Gesamtbetrag von 0 Tsd. € (31. Dezember 2015: 500 Tsd. €).

(33) Derivative Finanzinstrumente des Nichthandelsbestands

Die Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten werden getrennt nach Handels- und Nichthandelsbeständen vorgenommen.

Die Darstellung des Geschäfts mit derivativen Produkten des Nichthandelsbestands erfolgt entsprechend den Publizitätsanforderungen gemäß § 285 Nr. 19 HGB in Verbindung mit

§ 36 RechKredV. Derivative Finanzinstrumente im Nichthandelsbestand werden zur Absicherung beziehungsweise zur Steuerung von Risiken von Bankbuchgeschäften abgeschlossen (Aktiv-/Passivsteuerung).

Das Nominalvolumen derivativer Geschäfte des Nichthandelsbestands hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 4,8 % erhöht.

Darstellung der Volumina

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Zinsrisiken	150.669	141.510	5.110	3.692
Zins-Swaps	134.906	126.577	5.019	2.271
Forward Rate Agreements	–	–	–	–
Zinsoptionen	8.545	7.424	16	1.418
Käufe	467	393	16	0
Verkäufe	8.078	7.031	0	1.418
Caps, Floors	3.421	5.721	75	3
Börsenkontrakte	3.797	1.788	0	0
Sonstige Zinstermingeschäfte	–	–	–	–
Währungsrisiken	23.479	24.720	247	1.141
Devisentermingeschäfte	7.280	7.525	122	73
Währungs-Swaps/Zins-Währungs-Swaps	16.199	17.195	125	1.068
Devisenoptionen	–	–	–	–
Käufe	–	–	–	–
Verkäufe	–	–	–	–
Aktien- und sonstige Preisrisiken	–	–	–	–
Aktienoptionen	–	–	–	–
Käufe	–	–	–	–
Verkäufe	–	–	–	–
Börsenkontrakte	–	–	–	–
Kreditderivate	865	702	0	2
Käufe	210	35	0	1
Verkäufe	655	667	0	1
Rohwarenrisiken	–	–	–	–
Rohwaren-Swaps	–	–	–	–
Rohwarenoptionen	–	–	–	–
Gesamt	175.013	166.932	5.357	4.835

Neben den Nominalvolumina sind die positiven und negativen Marktwerte getrennt ausgewiesen. Netting- oder Collateralvereinbarungen finden hier keine Berücksichtigung.

Die Marktwerte sind aufgrund des Absicherungscharakters der Geschäfte stets im Zusammenhang mit den zugrunde liegenden Geschäften zu sehen.

Den Marktwerten stehen zum Teil noch nicht vereinnahmte Prämien- und Sonderzahlungsflüsse sowie Zinsabgrenzungen aus Derivaten gegenüber, die in der Bilanz unter den sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise Verbindlichkeiten sowie unter den aktiven beziehungsweise passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen sind. Dabei beläuft sich der Betrag der insgesamt im Zusammenhang mit Derivaten stehenden Aktiva auf 837 Mio. € (31. Dezember 2015: 1.020 Mio. €), der im Zusammenhang mit Derivaten stehenden Passiva auf 1.659 Mio. € (31. Dezember 2015: 1.962 Mio. €).

Fristengliederung der Nominalwerte

in Mio. €

	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Bis drei Monate	12.748	5.849	6.795	7.613	–	–
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	18.904	17.041	4.473	2.630	–	–
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	73.588	71.993	9.158	11.178	–	–
Mehr als fünf Jahre	45.429	46.627	3.053	3.299	–	–
Gesamt	150.669	141.510	23.479	24.720	–	–

in Mio. €

	Kreditderivate		Rohwarenderivate		Gesamt	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Bis drei Monate	62	–	–	–	19.605	13.462
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	803	57	–	–	24.180	19.728
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	–	645	–	–	82.746	83.816
Mehr als fünf Jahre	–	–	–	–	48.482	49.926
Gesamt	865	702	–	–	175.013	166.932

Bei den Zinsgeschäften ist das Volumen sowohl im kurzfristigen als auch im mittelfristigen Laufzeitbereich angestiegen. Beim Zinsgeschäft beträgt der Anteil des kurzfristigen Lauf-

zeitbereichs (bis ein Jahr Restlaufzeit) am gesamten Geschäft dieser Risikokategorie nunmehr 21,0% (31. Dezember 2015: 16,2%).

Kontrahentengliederung

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2016
Banken in der OECD	75.827	80.261	3.566	3.610
Banken außerhalb der OECD	11	13	0	1
Öffentliche Stellen in der OECD	7.132	15.763	685	342
Sonstige Kontrahenten	92.043	70.895	1.106	882
Gesamt	175.013	166.932	5.357	4.835

Die Kontrahentengliederung dient der Darstellung der mit dem derivativen Geschäft verbundenen Adressenausfallrisiken. Die Helaba schließt derivative Geschäfte vorwiegend mit OECD-Banken und zentralen Clearing-Stellen ab.

Ein wesentlicher Teil der Geschäfte mit sonstigen Kontrahenten entfällt auf Börsenkontrakte sowie OTC-Transaktionen

über zentrale Clearing-Stellen; bezogen auf das Nominalvolumen beträgt deren Anteil 99,2 % (31. Dezember 2015: 98,8 %).

Der überwiegende Anteil der positiven Marktwerte und damit der Wiedereindeckungsrisiken konzentriert sich wie schon in den Vorjahren auf OECD-Banken.

(34) Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands

Die Darstellung des Geschäfts mit derivativen Produkten erfolgt entsprechend den Publizitätsanforderungen gemäß § 285 Nr. 20 HGB in Verbindung mit § 36 RechKredV.

Das Nominalvolumen derivativer Geschäfte des Handels hat sich gegenüber dem Vorjahr um 13,7 % verringert. Die Verringerung beruht im Wesentlichen auf Fälligkeiten von Forward Rate Agreements und Zins-Swaps. Dem steht eine moderate Steigerung des Volumens der Devisentermingeschäfte gegenüber.

Darstellung der Volumina

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2016
Zinsrisiken	276.922	339.111	12.058	11.074
Zins-Swaps	229.531	269.309	10.827	9.076
Forward Rate Agreements	2.920	18.268	1	4
Zinsoptionen	24.188	29.203	1.142	1.918
Käufe	9.240	13.482	1.067	39
Verkäufe	14.948	15.721	75	1.879
Caps, Floors	13.723	13.009	86	67
Börsenkontrakte	6.453	9.312	1	7
Sonstige Zinstermingeschäfte	107	10	1	2
Währungsrisiken	50.985	43.187	1.603	1.250
Devisentermingeschäfte	41.872	34.047	852	754
Währungs-Swaps/Zins-Währungs-Swaps	8.451	8.387	743	488
Devisenoptionen	662	753	8	8
Käufe	328	374	8	0
Verkäufe	334	379	–	8
Aktien- und sonstige Preisisiken	3.627	3.346	142	136
Aktienoptionen	2.735	2.338	123	118
Käufe	1.548	1.354	123	–
Verkäufe	1.187	984	–	118
Börsenkontrakte	892	1.008	19	18
Kreditderivate	4.962	4.483	32	30
Käufe	2.589	2.192	2	30
Verkäufe	2.373	2.291	30	–
Rohwarenrisiken	147	141	4	4
Rohwaren-Swaps	53	40	4	4
Rohwarenoptionen	94	101	–	–
Gesamt	336.643	390.268	13.839	12.494

Neben den Nominalvolumina sind die positiven und negativen Marktwerte getrennt ausgewiesen. Netting- oder Collateralvereinbarungen finden hier keine Berücksichtigung.

Fristengliederung der Nominalwerte

in Mio. €

	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Bis drei Monate	20.265	27.499	22.166	17.703	353	584
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	25.842	71.250	14.185	12.168	689	861
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	116.137	117.512	11.634	10.880	2.434	1.826
Mehr als fünf Jahre	114.678	122.850	3.000	2.436	151	76
Gesamt	276.922	339.111	50.985	43.187	3.627	3.347

in Mio. €

	Kreditderivate		Rohwarenderivate		Gesamt	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Bis drei Monate	68	87	47	50	42.899	45.923
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	508	551	32	46	41.256	84.876
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.253	3.761	68	45	134.526	134.024
Mehr als fünf Jahre	133	84	–	–	117.962	125.446
Gesamt	4.962	4.483	147	141	336.643	390.269

Beim Zinsgeschäft beträgt der Anteil des kurzfristigen Laufzeitbereichs (bis ein Jahr Restlaufzeit) am gesamten Geschäft dieser Risikokategorie nunmehr 16,6 % (31. Dezember 2015:

29,1 %). Bei den währungsbezogenen Geschäften wurde das Volumen im kurzfristigen Laufzeitbereich leicht gesteigert.

Kontrahentengliederung

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2016
Banken in der OECD	141.953	145.913	5.204	8.328
Banken außerhalb der OECD	10	–	–	–
Öffentliche Stellen in der OECD	26.774	32.096	3.991	1.368
Sonstige Kontrahenten	167.906	212.260	4.644	2.798
Gesamt	336.643	390.269	13.839	12.494

Die Kontrahentengliederung dient der Darstellung der mit dem derivativen Geschäft verbundenen Adressenausfallrisiken.

Ein wesentlicher Teil der Geschäfte mit sonstigen Kontrahenten entfällt auf Börsenkontrakte sowie OTC-Transaktionen über zentrale Clearing-Stellen; bezogen auf das Nominalvolumen beträgt deren Anteil 65,1 % (31. Dezember 2015: 73,5 %).

Der Anteil der Derivate des Handelsbestands am gesamten Derivatevolumen ist gegenüber dem Vorjahr mit 65,8 % leicht zurückgegangen (31. Dezember 2015: 70,0 %).

Wie in den vergangenen Jahren bilden Zinskontrakte den Schwerpunkt der Handelstätigkeit. Hier entfallen 64,8 % (31. Dezember 2015: 70,6 %) des Gesamtbestands auf den Handelsbestand. Bei den Währungsrisiken betreffen 68,5 % (31. Dezember 2015: 63,6 %), bei den Kreditderivaten 85,2 % (31. Dezember 2015: 86,5 %) der Kontrakte den Handelsbestand.

(35) Handelsprodukte

in Mio. €

	Aktiv		Passiv		Nettoertrag des Handelsbestands	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Derivative Finanzinstrumente	7.995	7.572	3.004	2.775	-12	113
Zinshandel	6.716	6.455	2.177	2.103	-20	122
Aktienhandel	90	105	75	109	-19	-8
Devisenhandel	1.186	1.001	735	550	21	-7
Kreditderivate	2	3	14	12	0	-
Rohwaren	1	8	3	1	6	6
Forderungen/Verbindlichkeiten	1.304	1.289	7.974	12.049	-3	-42
Schuldscheindarlehen	1.140	907	-	-	6	19
Tages- und Termingelder	13	90	6.139	7.189	0	-22
Repos/Reverse Repos/Wertpapierleihe	3	30	-	25	0	-
Begebene Geldmarktpapiere/verbriefte Verbindlichkeiten	-	-	1.569	4.535	-4	-12
Begebene Aktien/Indexzertifikate	-	-	149	149	-6	-10
Sonstiges	148	262	117	151	1	-17
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.140	13.042	15	30	171	123
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	97	192	-	-	25	19
Sonstiges					-18	-28
Provisionen					-18	-28
Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e HGB					-5	-
Gesamt	16.536	22.095	10.993	14.854	158	185

Bei der Angabe der Aktiva und Passiva aus derivativen Finanzinstrumenten wurde die bilanzielle Saldierung sowohl im Berichtsjahr als auch bei den Vorjahreswerten berücksichtigt.

Bei den Handelsaktiva wurden insgesamt 5,8 Mrd. € (31. Dezember 2015: 5,6 Mrd. €) bei den Handelspassiva 9,5 Mrd. € (31. Dezember 2015: 9,0 Mrd. €) saldiert.

(36) Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB

Per 31. Dezember 2016 beträgt der Buchwert der in Bewertungseinheiten einbezogenen Wertpapiere 11.965 Mio. € (31. Dezember 2015: 10.640 Mio. €).

Für nicht vollständig ausgeglichene Bewertungseffekte aus dem abgesicherten Risiko wird eine Drohverlustrückstellung gebildet. Für bonitätsinduzierte Wertsteigerungen der Grundgeschäfte wurde im Berichtsjahr eine Zuschreibung vorgenommen.

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Bonitätsinduzierte Zuschreibungen auf Wertpapiere	13	-11
Veränderung Drohverlustrückstellung für nicht vollständig ausgeglichene zinsinduzierte Bewertungseffekte	-1	11

(37) Gliederung nach geografischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Posten Zinserträge, Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen,

Provisionserträge, Nettoertrag des Handelsbestands sowie Sonstige betriebliche Erträge verteilt sich auf die folgenden Märkte:

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Deutschland	2.813	3.380
Europäische Union ohne Deutschland	210	192
Übriges Ausland	265	212

(38) Zinsergebnis

Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften beinhalten in der abgelaufenen Periode negative Zinsen in Höhe von

–19 Mio. €, die Zinsaufwendungen enthalten einen Ertrag von 19 Mio. €.

(39) Provisionserträge

Diese Position enthält im Wesentlichen Provisionserträge aus Bürgschaften und Garantien sowie aus dem Zahlungsverkehr. Weitere Komponenten bilden Provisionserträge aus Dienstleis-

tungen, die gegenüber Dritten für die Verwaltung und Vermittlung von Wertpapiergeschäften und sonstigen Bankdienstleistungen erbracht wurden.

(40) Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

In der Position Sonstige betriebliche Erträge werden in der Bank im Berichtsjahr unter anderem Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 75 Mio. € (2015: 11 Mio. €), aus Vermietung und Verpachtung in Höhe von 25 Mio. € (2015: 26 Mio. €) und Kostenerstattungen aus Auftragsarbeiten für Dritte in Höhe von 20 Mio. € (2015: 18 Mio. €) ausgewiesen.

Der Aufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen beträgt 53 Mio. € (2015: 142 Mio. €). Die Aufwendungen für nicht eingegenutzte Gebäude belaufen sich im Berichtsjahr auf 9 Mio. € (2015: 10 Mio. €).

Der Posten enthält periodenfremde Erträge in Höhe von 8 Mio. € und periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 3 Mio. €.

(41) Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorgen im Kreditgeschäft werden in dieser Position ausgewiesen. Beim Ausweis der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpa-

piere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft haben wir von der Möglichkeit der Überkreuzkompensation gemäß § 340f HGB Gebrauch gemacht.

(42) Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis in Höhe von 13 Mio. € (2015: 119 Mio. €) resultiert, analog zum Vorjahr, ausschließlich aus Rückstellungszuführungen und umfasst die notwendige Do-

tierung der Pensionsrückstellungen in Höhe von 1/15 des Unterschiedsbetrags aus der geänderten Rückstellungsbewertung aufgrund der erstmaligen Anwendung des BilMoG.

(43) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Ertragsteuern entfallen im Wesentlichen auf die Besteuerung der in Deutschland sowie in den USA (Niederlassung New York) steuerpflichtigen Ergebnisse.

(44) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestehen Einzahlungsverpflichtungen der Bank auf das gezeichnete Kapital bei 17 Gesellschaften in Höhe von insgesamt 28 Mio. €. Hiervon entfallen 11 Mio. € auf verbundene Unternehmen.

Die Bank ist als unbeschränkt haftender Gesellschafter an der GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main, und der Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG, Mainz, beteiligt.

Aus der Anwachsung der Tochterunternehmen IHB und Helaba Trust hat die Bank als Rechtsnachfolgerin die Verpflichtungen der Tochterunternehmen übernommen.

Weiterhin ist die Bank in der Mithaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. angehörender Gesellschafter. Für den Fall der Inanspruchnahme eines früheren Gewährträgers der DekaBank im Rahmen der für die Gewährträgerhaftung geltenden Bestandsschutzregelungen gemäß Brüsseler Verständigung I ist die Helaba zu einem internen anteiligen Haftungsausgleich verpflichtet. Die Träger der DekaBank am 18. Juli 2005 haften für die Erfüllung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bestehender Verbindlichkeiten der DekaBank. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten gilt dies nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht.

Den Sicherungseinrichtungen der deutschen Sparkassenorganisation ist die Bank über ihre Mitgliedschaft in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Diese Sicherungseinrichtung hat institutssichernde Wirkung, das heißt, sie ist darauf angelegt, die angeschlossenen Institute selbst in ihrem Bestand zu schützen. Im Fall des Eintritts von Stützungsfällen besteht eine Nachschussverpflichtung.

Des Weiteren ist die Helaba dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen angeschlossen. Er gewährleistet eine zusätzliche, neben den bestehenden Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge und entfaltet nicht nur instituts-, sondern auch gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von der Helaba und den Sparkassen sukzessive dotiert, bis 5 % der Bemessungsgrundlage (anrechnungspflichtige Positionen gemäß der Solvabilitätsverordnung) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur erstmaligen vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrags.

Bezüglich der Helaba Asset Services (vormals: Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International) sowie der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, trägt die Helaba dafür Sorge, dass die jeweilige Gesellschaft, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen kann.

Zur Abwicklung von Clearing-Geschäften sowie für außerbilanzielle Ziehungsrisiken waren Wertpapiere im Wert von 7.081 Mio. € hinterlegt. Der Kurswert der Papiere für das besicherte Geldhandelsgeschäft betrug 0 Mio. €. Nach ausländischen Bestimmungen waren Wertpapiere mit einem Kurswert von umgerechnet 1.847 Mio. € als Sicherheitsleistung gebunden.

Die Helaba hat sich verpflichtet, im Falle der Zahlungsunfähigkeit der LBS Immobilien GmbH beziehungsweise der OFB Projektentwicklung GmbH (beides verbundene Unternehmen) deren Ausgleichsbeträge zur jeweiligen Zusatzversorgungskasse zu tragen.

Für den Fall, dass Kapitaleinlagen zurückgezahlt werden, können Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 205 Mio. € entstehen.

Weitere Verpflichtungen im Sinne des § 285 Nr. 3 HGB bestehen insbesondere aus langfristigen Immobilienmiet- und Leasingverträgen bankbetrieblich genutzter Immobilien. Für die von der Helaba mit Vertrags- beziehungsweise Kündigungsfristen von 1,5 bis zu 13,5 Jahren genutzten Immobilien sind für 2017 Zahlungsverpflichtungen für Miet- und Leasingraten in Höhe von 45,5 Mio. € zu erwarten. Sonstige finanzielle Verpflichtungen entstehen im geschäftsüblichen Rahmen zudem aus diversen Miet-, Nutzungs- und Serviceverträgen sowie aus Beratungsvereinbarungen.

Über das von der Helaba initiierte Asset-Backed-Commercial-Paper-Programm OPUSALPHA werden Forderungen aus der Geschäftstätigkeit von und für Kunden verbrieft. Die Emissionsgesellschaft OPUSALPHA Funding Limited wird im Konzernabschluss der Helaba vollkonsolidiert.

Die für das OPUSALPHA-Programm insgesamt bereitgestellte Liquiditätslinie beträgt 2.797 Mio. € (31. Dezember 2015: 2.426 Mio. €), davon sind am 31. Dezember 2016 1.875 Mio. € (31. Dezember 2015: 1.453 Mio. €) in Anspruch genommen.

Für die OPUSALPHA-Gesellschaften agiert die Helaba als Dienstleister und ist Zusagen zur Liquiditätsversorgung bis maximal zur Höhe bestehender Ankaufozusagen eingegangen und nachrangigen Haftungen ausgesetzt, wenn die seitens Dritter getragenen Risiken, zum Beispiel in Form von Ankaufoabschlägen oder Garantien, nicht ausreichen sollten.

Zum 31. Dezember 2016 bestehen für fremde Verbriefungsplattformen Liquiditätslinien in Höhe von 65 Mio. € (31. Dezember 2015: 65 Mio. €).

Die Bank hat sich gegenüber mehreren Tochtergesellschaften mittels Freistellungserklärungen verpflichtet, diese von Risiken aus bestimmten Rechtsgeschäften freizustellen.

Bei einem ausländischen Pensionsfonds für Pensionszusagen einer ausländischen Niederlassung besteht nach lokalen Bewertungsmodalitäten eine Unterdeckung, für die entsprechende Vorsorge getroffen wurde. Die Unterdeckung ist ab 2015 durch Einzahlungen in das korrespondierende Planvermögen zu begleichen; dabei erfolgt ein regelmäßiger Abgleich zwischen den Planvermögenswerten nach Einzahlungen und den Auswirkungen aufgrund der Anpassung der lokalen Bewertungsparameter. Nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften beläuft sich der Verpflichtungsumfang der mittelbaren Pensionsverpflichtung (vor Berücksichtigung des bestehenden Planvermögens) auf 72 Mio. €.

Zum Bilanzstichtag bestehen Verpflichtungen aus bedingten und unbedingten Termingeschäften

- im Währungsbereich (Devisentermin- und -optionsgeschäfte, Währungs- und Zins-Währungs-Swaps),
- im Zinsbereich (Termin- und Optionsgeschäfte mit festverzinslichen Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, Forward Rate Agreements, Finanz-Swaps und Optionen darauf, Zins-Futures einschließlich Optionen auf diese Geschäfte sowie Zinsbegrenzungsvereinbarungen),
- im Bereich sonstiger Preisrisiken (Aktien- und Aktienindex-Terminkontrakte/-Optionen),
- im Bereich von Bonitätsrisiken (Kreditderivate),
- im Bereich von Rohwarenrisiken (Commodity Swaps und Optionen).

Unter Risikogesichtspunkten werden im Handelsbestand überwiegend geschlossene Positionen geführt, die sich aus verschiedenen Geschäftsarten zusammensetzen. Sofern derivative Instrumente im Nichthandelsbuch gehalten werden, dienen die Geschäfte im Wesentlichen der Absicherung von Marktrisiken auf der Zins- beziehungsweise Währungsseite.

(45) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Über Geschäftsbeziehungen der Helaba zu nahestehenden Unternehmen und Personen ist nach § 285 Nr. 21 HGB zu berichten. Diese Geschäftsbeziehungen erfolgen zu marktüblichen Bedingungen. Ergänzend zu dem nach § 285 Nr. 21 HGB geforderten Mindestumfang berichten wir umfassend über die Geschäftsbeziehungen zum Kreis der nahestehenden Personen nach Maßgabe internationaler Rechnungslegungsvorschriften (IAS 24). Bezüglich des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen, des Landes Hessen sowie des Freistaates Thüringen als Gesellschafter und Träger sind die Voraussetzungen für eine Befreiung von der Berichterstattung zu nahestehenden Unternehmen als öffentliche Stellen gegeben; von der entsprechenden Regelung wird grundsätzlich Gebrauch gemacht, sofern es sich nicht um wesentliche Geschäftsvolumina handelt. Die nachfolgenden Angaben betreffen die Geschäftsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen,

den assoziierten Unternehmen und Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Helaba-Konzerns, dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen als Gesellschafter sowie den Tochterunternehmen des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen. Ebenso sind die Angaben zu den nach § 285 Nr. 21 HGB definierten Personen in Schlüsselpositionen der Helaba einschließlich deren naher Familienangehöriger sowie von diesen Personen beherrschter Unternehmen in den nachstehenden Aufstellungen enthalten.

Zum 31. Dezember 2016 bestanden folgende Forderungen und Verbindlichkeiten sowie außerbilanzielle Verpflichtungen des Helaba-Konzerns gegenüber nahestehenden Unternehmen und Personen:

in Mio. €

	Verbundene Unternehmen	Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	Gesellschafter der Helaba	Sonstige nahestehende Unternehmen	Gesamt
Aktiva	5.021	652	2.682	–	8.355
Forderungen an Kreditinstitute	1.178	3	–	–	1.181
Forderungen an Kunden	1.007	645	1.458	–	3.110
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	–	–	130	–	130
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.025	–	–	–	1.025
Handelsaktiva	7	3	1.094	–	1.104
Beteiligungen	22	–	–	–	22
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.752	–	–	–	1.752
Sonstige Aktivposten	30	1	–	–	31
Passiva	6.069	330	2.042	4	8.445
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.694	–	142	–	4.836
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	832	293	1.681	4	2.810
Handelspassiva	3	–	79	–	82
Sonstige Passivposten	540	37	140	–	717
Eventualverbindlichkeiten	33	84	49	–	166

Für den 31. Dezember 2015 ergaben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	Verbundene Unternehmen	Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	Gesellschafter der Helaba ¹⁾	Sonstige nahestehende Unternehmen	Gesamt
Aktiva	5.709	932	1.910	–	8.551
Forderungen an Kreditinstitute	1.606	3	–	–	1.609
Forderungen an Kunden	803	852	1.116	–	2.771
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	–	–	334	–	334
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.302	–	–	–	1.302
Handelsaktiva	4	9	460	–	473
Beteiligungen	–	68	–	–	68
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.749	–	–	–	1.749
Sonstige Aktivposten	245	–	–	–	245
Passiva	5.905	88	1.717	4	7.714
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.575	–	189	–	4.764
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	798	62	1.303	4	2.167
Handelspassiva	2	–	125	–	127
Sonstige Passivposten	530	26	100	–	656
Eventualverbindlichkeiten	19	4	22	–	45

¹⁾ Vorjahreszahlen um einen Teil der dem Land Hessen zuzurechnenden Kundenbeziehungen angepasst.

Auf Forderungen an Tochtergesellschaften und Gemeinschaftsunternehmen bestehen Wertberichtigungen in Höhe von 41 Mio. € (31. Dezember 2015: 12 Mio. €).

Die Forderungen an sonstige nahestehende Personen umfassen Kredite an Vorstandsmitglieder in Höhe von 0 Mio. € (31. Dezember 2015: 0,1 Mio. €) und Kredite an Verwaltungsratsmitglieder in Höhe von 0,5 Mio. € (31. Dezember 2015: 0,3 Mio. €).

Die von der Bank gezahlten Gesamtbezüge des Vorstands beliefen sich auf 4,7 Mio. € (2015: 4,9 Mio. €). Dem Verwaltungsrat wurden 0,9 Mio. € (2015: 0,9 Mio. €) und den Beiräten wie im vorangegangenen Jahr 0,1 Mio. € vergütet. Darüber hinaus werden an die Mitglieder des Verwaltungsrats als Arbeitnehmer Bezüge in Höhe von insgesamt 2,5 Mio. € (2015: 2,5 Mio. €) gezahlt. An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden 3,1 Mio. € (2015: 3,0 Mio. €) gezahlt. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis waren 53,7 Mio. € (2015: 55,5 Mio. €) zurückgestellt.

(46) Beschäftigte im Jahresdurchschnitt

	Weiblich		Männlich		Gesamt	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Bank	1.139	1.175	1.566	1.604	2.705	2.779
WIBank – Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen	234	237	169	174	403	411
Landesbausparkasse	163	168	113	119	275	287
Gesamtbank	1.536	1.580	1.847	1.896	3.383	3.476

(47) Organe der Bank

Verwaltungsrat

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Dr. Werner Henning

Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
– Erster stellvertretender
Vorsitzender –

Dr. Thomas Schäfer

Staatsminister
Hessisches Ministerium
der Finanzen
Wiesbaden
– Zweiter stellvertretender
Vorsitzender –

Alexander Wüerst

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Köln
Köln
– seit 18. April 2016 –
– Dritter stellvertretender
Vorsitzender seit 27. Juni 2016 –

Andreas Bausewein

Oberbürgermeister
Stadt Erfurt
Erfurt

Dr. Annette Beller

Mitglied des Vorstands
B. Braun Melsungen AG
Melsungen

Ingo Buchholz

Vorsitzender des Vorstands
Kasseler Sparkasse
Kassel

Patrick Burghardt

Oberbürgermeister
Stadt Rüsselsheim
Rüsselsheim

Georg Fahrenschon

Präsident
Deutscher Sparkassen- und
Giroverband e. V.
Berlin

Stefan Hastrich

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Weilburg
Weilburg
– seit 23. November 2016 –

Ulrich Heilmann

Vorsitzender des Vorstands
Kyffhäusersparkasse
Artern-Sondershausen
Sondershausen
– bis 31. August 2016 –

Bertram Hilgen

Oberbürgermeister
Stadt Kassel
Kassel

Günter Högner

Vorsitzender des Vorstands
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden
– seit 11. März 2016 –

Dr. Christoph Krämer

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Iserlohn
Iserlohn

Manfred Michel

Landrat
Landkreis Limburg-Weilburg
Limburg an der Lahn

Frank Nickel

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege

Clemens Reif

Mitglied des Hessischen
Landtags
Wiesbaden

Thorsten Schäfer-Gümbel

Mitglied des Hessischen
Landtags
Wiesbaden

Helmut Schmidt

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Saale-Orla
Schleiz
– seit 11. März 2016 –

Uwe Schmidt

Landrat
Landkreis Kassel
Kassel

Dr. Hartmut Schubert

Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt

Wolfgang Schuster

Landrat
Lahn-Dill-Kreis
Wetzlar

Dr. Eric Tjarks

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Bensheim
Bensheim

Ulrich Zinn

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Grünberg
Grünberg
– bis 31. März 2016 –

Arnd Zinnhardt

Mitglied des Vorstands
Software AG
Darmstadt

Von den Bediensteten der Bank entsandt

Thorsten Derlitzki
Bankangestellter
Frankfurt am Main
– Vierter stellvertretender
Vorsitzender –

Frank Beck
Bankprokurist
Frankfurt am Main

Brigitte Berle
Bankangestellte
Frankfurt am Main
– bis 31. Mai 2016 –

Werner Dölitzscher
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main
– bis 30. September 2016 –

Gabriele Fuchs
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Anke Glombik
Bankprokuristin
Erfurt
– seit 1. Oktober 2016 –

Thorsten Kiwitz
Stellvertretender
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

Christiane Kutil-Bleibaum
Abteilungsleiterin
Düsseldorf

Annette Langner
Bankprokuristin
Frankfurt am Main

Susanne Noll
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Hans Peschka
Stellvertretender
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main
– bis 30. Juni 2016 –

Jürgen Pilgenröther
Bankangestellter
Frankfurt am Main
– seit 1. Juni 2016 –

Birgit Sahliger-Rasper
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Susanne Schmiedebach
Bankprokuristin
Düsseldorf

Thomas Sittner
Bankangestellter
Frankfurt am Main
– seit 1. Juli 2016 –

Mitglieder des Vorstands

Herbert Hans Grüntker
– Vorsitzender –

Thomas Groß
– stellvertretender Vorsitzender –

Jürgen Fenk

Dr. Detlef Hosemann

Rainer Krick
– bis 31. Juli 2016 –

Klaus-Jörg Mulfinger

Dr. Norbert Schraad

(48) Verzeichnis des Anteilsbesitzes

Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 285 Nr. 11 und § 340a

Abs. 4 Nr. 2 HGB

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis	
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €	
1	1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		7,1	0	1)
2	AARON Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i. L., Oberursel	50,00	50,00		-2,3	2	
3	Airport Office One GmbH & Co. KG, Schönefeld	100,00	0,00		0,0	-5	
4	Arealogics GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	1	
5	BGT-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0	1)
6	BHT Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Bauhof Maintal KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	0,9	78	
7	BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH, Kassel	100,00	0,00		0,0	0	1)
8	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		4,6	788	
9	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt GZH Gemeindezentrum Hünstetten KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,3	164	
10	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt MGK Marstall-Gebäude Kassel KG, Kassel	50,00	50,00	66,67	0,5	58	
11	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Sparkassenfiliale Seeheim-Jugenheim KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,9	220	
12	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt TFK II Tiefgarage Kassel 2. BA KG, Kassel	33,33	33,33	66,67	1,9	231	
13	BIL Leasing GmbH & Co. Objekt Verwaltungsgebäude Halle KG i. L., München	100,00	0,00	0,21	0,0	36	
14	BM H Beteiligungs-Managementgesellschaft Hessen mbH, Wiesbaden	100,00	100,00		1,4	535	
15	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	21,03	21,03		18,2	930	
16	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	31,50	31,50		24,6	1.208	
17	Bürogebäude Darmstädter Landstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	-2	
18	BWT Beteiligungsgesellschaft für den Wirtschaftsaufbau Thüringens mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,2	3	
19	Comtesse BTH Limited, London, Vereinigtes Königreich	2,66	2,66	25,10	13,0	-2.128	
20	CP Campus Projekte GmbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,2	-138	
21	DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG, Potsdam	94,89	0,00		36,7	1.470	
22	Dritte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		k. A.	k. A.	

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis	
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €	
23	Dritte OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-53	
24	Einkaufszentrum Wittenberg GmbH, Leipzig	50,00	0,00		-0,8	-110	
25	Erste ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1	-40	
26	Erste OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		k. A.	k. A.	
27	Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		70,4	28	
28	FAM-Grundstücksverwaltungs- und Beteili- gungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	5	
29	FinTech Community Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		k. A.	k. A.	
30	FMZ Fulda Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	0	
31	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		10,8	647	
32	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	100,00	100,00		117,7	3.463	
33	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	100,00	100,00		833,2	52.500	
34	FRAWO Frankfurter Wohnungs- und Sied- lungs-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,2	0	1)
35	G & O Alpha Hotelentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1	-2	
36	G & O Alpha Projektentwicklungs-GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,2	-17	
37	G & O Alpha Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1	5	
38	G & O Baufeld Alpha 2. BA GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1	1.213	
39	G & O Gateway Gardens Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0	-2	
40	G & O Gateway Gardens Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,3	1.324	
41	G & O Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0	1	
42	G&O MK 15 Bauherren GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0	-4	
43	G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		23,4	0	1)
44	Galerie Lippe GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	78,00	0,00		-0,7	-950	
45	gatelands Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Schönefeld	75,00	0,00		-0,9	-42	
46	gatelands Verwaltungs GmbH, Schönefeld	75,00	0,00		0,0	2	
47	GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH, Erfurt	100,00	0,00		0,3	0	1)
48	GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,3	0	1)
49	GIMPRO Beteiligungs- und Geschäftsführungs- gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,2	3	
50	GlZS GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	33,33	33,33		18,3	-6.684	
51	GlZS Verwaltungs-GmbH, Frankfurt am Main	33,33	33,33		0,0	-10	
52	GOB Dritte E & A Grundbesitz GmbH, Frankfurt am Main	47,00	0,00		-3,2	-276	
53	GOB Projektentwicklung E & A GmbH & Co. Siebte Rhein-Main KG, Frankfurt am Main	8,84	0,00		15,7	61	

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis	
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €	
54	GOB Projektentwicklung Fünfte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	8,84	0,00		k. A.	k. A.	
55	GOB Projektentwicklungsgesellschaft E & A mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,0	1	
56	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	33,33	0,00		5,6	-949	
57	Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,1	43	
58	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,3	-86	
59	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-15	
60	GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Frankfurt am Main	100,00	5,10		71,5	5.225	
61	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		949,9	0	1)
62	GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, Frankfurt am Main	100,00	0,00		363,9	37.315	
63	GWH Bauprojekte GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		13,6	0	1)
64	HaemoSys GmbH, Jena	38,33	0,00		-4,8	-524	
65	Hafenbogen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	-1.529	
66	HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG, Pullach	49,34	49,34		13,5	-6.932	
67	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland I GmbH & Co. KG, Pullach		0,00		0,0	-217	
68	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland II GmbH & Co. KG, Pullach		0,00		0,0	-217	
69	HANNOVER LEASING Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	49,34	49,34		0,1	2	
70	Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-81	
71	Haus am Zentralen Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		7,0	677	
72	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	100,00	100,00		54,6	591	
73	Helaba Gesellschaft für Immobilienbewertung mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	0	
74	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		13,0	0	1)
75	Helaba Projektbeteiligungsgesellschaft für Immobilien mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,0	0	
76	Helaba Representação Ltda., São Paulo, Brasilien	100,00	99,00		k. A.	k. A.	
77	Helaba-Assekuranz-Vermittlungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		0,7	367	
78	Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG, Pullach	5,92	0,00		-131,3	4.603	
79	Hello Darmstadt Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-73	
80	Hessen Kapital I GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		34,1	-436	
81	Hessen Kapital II GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		6,6	369	
82	Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel	37,11	37,11		65,0	3.484	
83	HeWiPPP II GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		2,5	48	
84	Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		-6,1	1.657	

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis	
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €	
85	Horus AWG GmbH, Pöcking	50,00	0,00		-0,1	-114	
86	HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	9	
87	Innovationsfonds Hessen-Verwaltungsgesell- schaft mbH i.L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	0	
88	Kalypso Projekt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-7	
89	KHR Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbe- schaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Kulturhalle Rödermark KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	3,2	437	
90	Komplementärselskabet Logistica CPH ApS, Kastrup, Dänemark	52,00	52,00		0,0	-3	
91	Königstor Verwaltungs-GmbH, Kassel	100,00	0,00		0,0	0	
92	Kornmarkt Arkaden Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-43	
93	Kornmarkt Arkaden Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-2,5	-512	
94	Kornmarkt Arkaden Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	2	
95	Kornmarkt Arkaden Vierte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1	-60	
96	Kornmarkt Arkaden Zweite GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,5	-277	
97	LB(Swiss) Investment AG, Zürich, Schweiz	100,00	0,00		11,3	1.552	
98	LBS Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,6	39	
99	LHT MSIP, LLC, Wilmington, USA	100,00	0,00		6,2	382	
100	LHT Power Three LLC, Wilmington, USA	100,00	100,00		50,8	2.595	
101	LHT TCW, LLC, Wilmington, USA	100,00	0,00		24,1	1.461	
102	LHT TPF II, LLC, Wilmington, USA	100,00	0,00		22,2	544	
103	Liparit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Benary Vermietungs KG, Mainz	21,62	0,00		5,6	1.559	
104	Logistica CPH K/S, Kastrup, Dänemark	53,33	53,33		-0,9	-715	
105	Logistikzentrum Rodgau GmbH, Schönefeld	25,00	0,00		-0,9	-149	
106	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesell- schaft mbH & Co. Bad Homburg v.d.H. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,4	5	
107	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesell- schaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	0,00		0,1	2	
108	MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	0	1)
109	MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH, Frankfurt am Main	99,99	0,00		6,8	1.122	
110	MBG H Mittelständische Beteiligungsgesell- schaft Hessen mbH, Wiesbaden	32,52	32,52		10,0	131	
111	Merian GmbH Wohnungsunternehmen, Frankfurt am Main	94,90	0,00		22,0	1.325	
112	Mittelhessenfonds GmbH, Wiesbaden	100,00	100,00		-2,5	54	
113	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	38,56	38,56		22,5	997	
114	Montindu S.A./N.V., Brüssel, Belgien	100,00	99,97		14,9	202	
115	MS „EAGLE STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg		0,00		0,0	-3.678	
116	MS „ESSEX STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg		0,00		0,0	-4.180	

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis	
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €	
117	Multi Park Mönchhof Dritte GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	50,00	0,00		0,7	1.658	
118	Multi Park Mönchhof GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	50,00	0,00		0,0	-9	
119	Multi Park Mönchhof Main GmbH & Co. KG, Neu-Isenburg	50,00	0,00		0,0	-63	
120	Multi Park Verwaltungs GmbH, Neu-Isenburg	50,00	0,00		0,0	-1	
121	Neunte P 1 Projektgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,1	57	
122	Nötzli, Mai & Partner Family Office AG, Zürich, Schweiz	100,00	0,00		0,3	-39	
123	OFB & Procom Objekt Neu-Ulm GmbH & Co. KG, Neu-Ulm	50,00	0,00		-2,4	-1.647	
124	OFB & Procom Rüdesheim GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		-0,1	-114	
125	OFB Berlin Projekt GmbH, Berlin	100,00	0,00		0,0	1	
126	OFB Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		5,8	227	
127	OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,1	0	1)
128	OFB Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-3	
129	Office One Verwaltung GmbH, Schönefeld	100,00	0,00		0,0	1	
130	Procom & OFB Projektentwicklung GmbH, Hamburg	50,00	0,00		0,0	-1	
131	Projekt Erfurt B38 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-1	
132	Projekt Feuerbachstraße Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	70,00	0,00		0,0	1	
133	Projekt Hirschgarten MK8 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,4	-252	
134	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	30,00	0,00		-1,2	-220	
135	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	30,00	0,00		k. A.	k. A.	
136	Projektentwicklung Königstor GmbH & Co. KG, Kassel	100,00	0,00		0,3	535	
137	Projektentwicklung Lutherplatz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-1,1	-1.112	
138	Projektentwicklung Neuwerkstraße 17 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		k. A.	k. A.	
139	Projektgesellschaft ILP Erfurter Kreuz mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-2	
140	PVG GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	0	1)
141	Riedemannweg 59-60 GbR, Berlin	32,00	32,00		-4,0	198	
142	Rotunde – Besitz- und Betriebsgesellschaft der S-Finanzgruppe bR, Erfurt	60,00	60,00	33,00	0,6	48	
143	S-Beteiligungsgesellschaft Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,2	129	
144	SKYGARDEN Arnulfpark Verwaltungs GmbH, Grünwald	50,00	0,00		0,0	0	
145	sono west Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	70,00	0,00		9,4	-549	
146	Sparkassen-Marktservice Beteiligungs GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	40,00		7,9	-8	
147	Sparkassen-Marktservice Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	50,00	40,00		0,0	-3	
148	SQO Stadt Quartier Offenburg GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,1	-70	

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis	
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €	
149	Stresemannquartier GmbH & Co. KG, Berlin	50,00	0,00		4,5	-605	
150	Systemo GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,9	-93	
151	TE Beta GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,4	94	
152	TE Gamma GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	8	
153	TE Kronos GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,7	1.615	
154	TF H III Technologiefonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Wiesbaden	25,00	25,00		k. A.	k. A.	
155	TF H Technologie-Finanzierungsfonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (TF H GmbH) i. L., Frankfurt am Main	66,67	66,67	66,66	0,7	7	
156	TFK Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Tiefgarage Friedrichsplatz Kassel KG i. L., Kassel	33,33	33,33	66,67	1,5	-1	
157	uniQus Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-693	
158	Unterstützungseinrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0	
159	Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,3	0	1)
160	Verso Grundstücksentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		-0,2	-263	
161	Verso Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		1,0	960	
162	Vierte Airport Bureau-Center KG Airport Bureau Verwaltungs GmbH & Co., Berlin	31,98	31,98		-3,2	-33	
163	Vierte OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		k. A.	k. A.	
164	Vierte OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		k. A.	k. A.	
165	Westhafen Haus GmbH & Co. Projektentwicklungs-KG, Frankfurt am Main	50,00	0,00		-0,2	0	
166	WoWi Media GmbH & Co. KG, Hamburg	23,72	0,00	19,24	2,8	16	
167	Zweite ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,0	-11	
168	Zweite OFB Friedrichstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		k. A.	k. A.	
169	Zweite OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	0,00		0,1	33	

Anteilsbesitz an großen Kapitalgesellschaften größer 5 % Kapitalanteil

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis	
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €	
170	Deutscher Sparkassen Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Stuttgart	5,41	5,41		141,0	13.719	

¹⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.
k. A.: Es liegt kein festgestellter Jahresabschluss vor.

(49) Liste der Mandate in Aufsichtsgremien gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Mandate der Vorstandsmitglieder

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Herbert Hans Grüntker	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Jürgen Fenk	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Erster stellvertretender Vorsitzender
	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Thomas Groß	Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart	Mitglied
	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Präsident
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
Dr. Detlef Hosemann	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	Mitglied
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Vorsitzender
	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
Klaus-Jörg Mulfinger	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
	Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Mitglied

Mandate anderer Mitarbeiter

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Jörg Hartmann	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dieter Kasten	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dirk Mewesen	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Mitglied
Dr. Ulrich Pähler	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Stellvertretender Vorsitzender
Dr. Michael Reckhard	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	Mitglied
Klaus Georg Schmidbauer	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	Mitglied
André Stolz	Nassauische Sparkasse, Wiesbaden	Mitglied

(50) Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2016 nicht ergeben.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 28. Februar 2017

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale**Der Vorstand**

Grüntker	Groß	Fenk
Dr. Hosemann	Mulfinger	Dr. Schraad

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und

die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale beschrieben sind.“

Frankfurt am Main/Erfurt, den 28. Februar 2017

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Grüntker	Groß	Fenk
Dr. Hosemann	Mulfinger	Dr. Schraad

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale sowie

die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 28. Februar 2017

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Burkhard Eckes
Wirtschaftsprüfer

Peter Flick
Wirtschaftsprüfer

Lagebericht der
Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

Lagebericht der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

I. Grundlagen

Rechtliche und organisatorische Struktur

Die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) ist eine rechtlich unselbstständige, aber selbstständig bilanzierende Einrichtung der Helaba. Sie ist Bestandteil des Verbundgeschäfts der Helaba, in dem die Verbundaktivitäten der Helaba gebündelt sind.

Gemäß den „Grundsätzen für die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen“ besteht ein Bausparkassen-Fachbeirat, dem Vertreter der hessischen und thüringischen Sparkassen angehören und der die Zusammenarbeit der Bausparkasse mit dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen sowie den Sparkassen im Geschäftsgebiet fördern soll.

Geschäftsmodell

Die LBS ist im Rahmen ihres Geschäftsmodells ein regional tätiges, in der Helaba und der S-Finanzgruppe eingebundenes Finanzdienstleistungsunternehmen „rund um die Immobilie“,

zu deren Aufgabe die bedarfsorientierte Betreuung der Kunden in den Bereichen Bausparen, Finanzierung, Immobilien und Altersvorsorge gehört.

Ziele und Strategien

Der Baufinanzierungsmarkt ist von intensivem Wettbewerb mit spürbar zunehmender Marktpräsenz von Direktbanken, Internetanbietern und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sowie dem damit verbundenen Druck auf die Konditionen geprägt. Die LBS setzt in ihrer Vertriebsstrategie auf die tiefe regionale Verwurzelung der Sparkassen. Das Gemeinschaftsgeschäft als strategisches Geschäftsfeld der LBS trägt wesentlich dazu bei, die vorhandenen Kundenpotenziale der Sparkassen intensiv zu nutzen.

Die Strategie der LBS fokussiert eine einheitliche Ausrichtung aller Aktivitäten auf die nachhaltige Stärkung der Ertragskraft bei konservativem Risikoprofil als Voraussetzung für eine kontinuierliche Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Die Übernahme von Risiken erfolgt grundsätzlich unter Beachtung der Risikotragfähigkeit mit dem Ziel des Erwirtschaftens eines angemessenen und nachhaltigen Ertrags.

Die LBS hat in 2016 im Rahmen einer Machbarkeitsstudie ihr Ergebnisverbesserungspotenzial geprüft, da sie wie alle Bausparkassen die Null- bzw. Negativzinsphase besonders deutlich spürt. Darüber hinaus wurde eine Ausgliederung der rechtlich unselbstständigen Bausparkasse aus der Helaba untersucht. Als Zwischenergebnis ist festzuhalten, dass die Ergebnisverbesserungsmaßnahmen zur Optimierung der Abläufe und die Reduzierung der Verwaltungsaufwendungen der LBS Priorität haben. Das umfasst auch die Auslagerung von Geschäftsprozessen an Dienstleister der Sparkassen-Finanzgruppe, an eine andere LBS-Gesellschaft oder innerhalb des Helaba-Konzerns. Im Ergebnis bleibt die LBS weiterhin als rechtlich unselbstständige Bausparkasse in der Helaba. Dazu gehört die Überprüfung einer künftigen Konzentration der LBS an zwei Standorten (Produktions- und Stabsstandort).

Steuerungssystem

Die konsequente Ausrichtung der LBS auf das Erwirtschaften eines angemessenen und nachhaltigen Ertrags unter Beachtung ihres konservativen Risikoprofils spiegelt sich auch im internen Steuerungssystem wider. Steuerungsgrößen für die operative Geschäftsentwicklung sind das Bruttoneugeschäft

und die das Betriebsergebnis vor Steuern maßgeblich mitbestimmenden Komponenten Zins- und Provisionsüberschuss sowie der Verwaltungsaufwand. Darüber hinaus setzt die LBS zur Planung, Steuerung und Kontrolle der Geschäftstätigkeit wertorientierte Kennzahlen, wie die Cost-Income-Ratio (Ver-

waltungsaufwand im Verhältnis zu der Summe aus Zins-, Provisionsüberschuss und Saldo der sonstigen ordentlichen Erträge/Aufwendungen), die Liquiditätskennziffern nach

Liquiditätsverordnung (LiQV) und Capital Requirements Regulation (CRR) sowie den Zinsrisikokoeffizienten für das Zinsänderungsrisiko ein.

II. Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland im Jahr 2016 war durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum gekennzeichnet. Die reale Wirtschaftsleistung stieg nach ersten Berechnungen im Berichtsjahr um 1,9 %. Wie schon im Vorjahr trugen vor allem die privaten und die staatlichen Ausgaben mit einem Anstieg um 2,5 % zur positiven Entwicklung der deutschen Wirtschaft entscheidend bei. Angesichts sehr niedriger Zinsen, verbesserter Einkommenserwartungen und starker Rentenanpassung wuchsen die privaten Konsumausgaben. Auch bei staatlichen Konsumausgaben war aufgrund hoher Zuwanderung und der daraus resultierenden Kosten für die notwendige Bereitstellung von Dienstleistungen im Gesundheits- und Bildungsbereich ein Anstieg zu verzeichnen. Ein bedeutender Wachstumsbeitrag ging zudem von preisbereinigt um 3,1 % gestiegenen Bauinvestitionen aus.

Bei der Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort Deutschland setzte sich der anhaltende Aufwärtstrend fort und erreichte den höchsten Stand seit 1991. Den ersten Berechnungen zufolge waren in 2016 1,0 % mehr erwerbstätig als im Vorjahr.

Die lockere Geldpolitik sowie die historisch niedrigen Zinsen prägten nach wie vor das deutsche Finanzsystem und unterstützten den konjunkturellen Verlauf. Die Europäische Zentralbank (EZB) erhöhte das monatliche Ankaufovolumen im Rahmen des Anleiheankaufprogramms und weitete es auf Unternehmensanleihen des Investment-Grade-Segments aus. Zudem entschied die EZB die Zinssätze für die Hauptrefinanzierung auf 0,0 % zu senken.

Die sehr günstigen Finanzierungsbedingungen, die insgesamt positive Wirtschaftslage mit entsprechenden Beschäftigungs- und Arbeitsmarktaussichten und mit steigender Bevölkerungszahl verbundene Wohnungsknappheit in vielen Städten und deren Umland führen zu einer hohen Nachfrage nach Wohneigentum in Deutschland. Die Anlage in Wohnimmobilien, die als Sachwerte langfristigen Schutz vor Inflation bieten, genießt unverändert eine hohe Akzeptanz am Markt. Auch für Kapitalanleger sind die Immobilien – insbesondere im Rhein-Main-Gebiet – eine attraktive Anlageform. Ein Indiz dafür ist die seit 2009 stetig wachsende Zahl der Baugenehmigungen. Die Zahl der genehmigten Wohnungen stieg von Januar bis November 2016 gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 340.000 und übertraf damit den entsprechenden Vorjahreswert um 23,0 %. Neben einem dynamisch wachsenden Neubaumarkt sind auch die Modernisierungsinvestitionen in einen alternden Wohnungsbestand sowie die Investitionen in eine energetische Sanierung weiterhin gestiegen.

Die Perspektiven für die Bauwirtschaft sind weiterhin günstig. So ist der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe nach Angaben des Statistischen Bundesamts in den ersten elf Monaten 2016 um 13,8 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum gestiegen.

Die wichtigen ökonomischen Rahmenbedingungen wie Wirtschaftslage, Arbeitsmarkt und hohe Wohnungsimmobiliennachfrage in Hessen und Thüringen bilden ein positives Umfeld für Bausparen und Baufinanzieren. Deren Einbezug in die staatlich geförderte Altersvorsorge, die eine Nutzung von Bausparverträgen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum vorsieht, wirkte sich im Geschäftsjahr positiv aus.

Vertragsentwicklung

Mit insgesamt 66.760 (2015: 88.434) neu abgeschlossenen Verträgen über eine Bausparsumme von 2.667 Mio. € (2015: 2.900 Mio. €) blieb die LBS volumenbezogen um 8,1 % unter ihrem Vorjahresergebnis, jedoch über dem der Bausparbranche (-13,4 %). Die Entwicklung des Bruttoneugeschäfts blieb unter den im Prognosebericht 2015 beschriebenen Erwartungen. Die durchschnittliche Bausparsumme pro abgeschlossenen Bausparvertrag stieg um 21,8 %, da die LBS das Finanzierungsgeschäft weiter forcierte.

In Hessen wurden 51.074 Bausparverträge (2015: 65.685) mit einem Bausparvolumen von 2.182 Mio. € (2015: 2.318 Mio. €) vermittelt. In Thüringen wurden 15.686 Bausparverträge (2015: 22.749) über ein Bausparvolumen von 485 Mio. € (2015: 582 Mio. €) akquiriert.

Das eingelöste Neugeschäft lag mit 67.282 Bausparverträgen (2015: 83.161) über eine Bausparsumme von 2.517 Mio. € (2015: 2.603 Mio. €) ebenfalls unter dem Vorjahresniveau: In Hessen

wurden 51.088 Neuverträge (2015: 61.126) über 2.041 Mio. € (2015: 2.070 Mio. €) eingelöst, in Thüringen 16.194 Neuverträge (2015: 22.035) über 476 Mio. € (2015: 533 Mio. €). Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einem Rückgang nach Bausparsumme von 1,4 % in Hessen und 10,7 % in Thüringen. Im Geschäftsjahr wurden 42,7 % der Erstverträge mit Bausparern unter 25 Jahren abgeschlossen.

Erfolgreicher S-Verbund

Für Neuabschlüsse haben sich traditionell die hessischen und thüringischen Sparkassen als wichtigste Vertriebspartner erwiesen. Mit 2,2 Mrd. € Bausparsumme beziehungsweise 87,0 % (2015: 85,0 %) ist der Vermittlungsanteil der Sparkassen (inklusive Gemeinschaftsgeschäft) unverändert hoch.

Vertragsbestand

Das durch die LBS betreute Bausparvolumen ist mit 20.205 Mio. € (2015: 19.846 Mio. €) und 796.992 Bausparverträgen (2015: 804.452) im Vergleich zum Vorjahr volumenbezogen um 1,8 % gestiegen.

Zuteilungsentwicklung

Seit 22 Jahren liegt die für eine Zuteilung notwendige Zielbewertungszahl der LBS konstant bei 224 und ist damit gleich der in den ABB verankerten Mindestbewertungszahl. Im Berichtsjahr wurden 36.400 Verträge über eine Bausparsumme von 823,8 Mio. € zugeteilt.

Mit einem stückzahlbezogenen Marktanteil von 33,9 % beziehungsweise 30,3 % in Hessen und Thüringen behauptete die LBS eine Spitzenposition in ihrem Geschäftsgebiet.

Von den Zuflüssen zur Zuteilungsmasse entfielen auf den Spargeldeingang einschließlich vermögenswirksamer Leistungen, Wohnungsbauprämie und Zinsgutschriften 805,1 Mio. € (+0,8 %) und auf Tilgungen 96,8 Mio. € (–20,9 %). Insgesamt wurden der Zuteilungsmasse 904,0 Mio. € (–1,9 %) zugeführt. Diesen Zuführungen standen Entnahmen in Höhe von 622,3 Mio. € (–14,2 %) gegenüber. Damit erhöhte sich die Zuteilungsmasse zum Jahresende um 281,7 Mio. €.

Kreditgeschäft

Die Auszahlungen der außerkollektiven Kredite gingen gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Mio. € (–1,6 %) auf 145,2 Mio. € zurück. Die Auszahlungen von Bauspardarlehen sanken vor dem Hintergrund des nach wie vor niedrigen Zinsniveaus nach im Vorjahr –35,9 % nur noch um 5,7 Mio. € (–23,2 %) auf 18,9 Mio. €.

Ertragslage

Die Ertragslage ist geprägt durch die belastende, weiter anhaltende Nullzinspolitik der EZB, die entlastend wirkende gesetzliche Änderung zur Ermittlung der Pensionsrückstellungen und die vorsorgenden Maßnahmen in Erwartung eines Anhaltens des historischen Zinstiefs.

Zinserträge

Die Zinserträge reduzierten sich um 13,1 Mio. € auf 139,7 Mio. €. Mindernd wirkte der im Jahresdurchschnitt rückläufige Bestand an Bauspardarlehen. Der Jahresdurchschnittsbestand an Bauspardarlehen ist um 54,4 Mio. € (–19,4 %) gefallen. Auch die durchschnittliche Verzinsung der Bauspardarlehen für das Jahr

2016 ist um 17 Basispunkte auf 3,81 % (2015: 3,98 %) gesunken. Die rückläufigen Mengen- und Zinseffekte führten zu einer Belastung der Zinserträge aus Bauspardarlehen. Die Zinserträge im außerkollektiven Kreditgeschäft reduzierten sich ebenfalls um 0,8 Mio. € auf 18,1 Mio. €. Während der zinswirksame durchschnittliche Bestand um 56,5 Mio. € (+9,6 %) im Vergleich zum Vorjahr stieg, sank die Durchschnittsverzinsung der außerkollektiven Darlehen auf 2,82 % (2015: 3,21 %).

Der erhöhte Anlagenbedarf am Kapitalmarkt infolge der um 233,3 Mio. € (+5,5 %) gestiegenen Bauspareinlagen und des rückläufigen Darlehensgeschäfts wirkte sich positiv auf den Zinsertrag aus. Belastend wirkte jedoch das weiterhin historisch niedrige Marktzinsniveau am Geld- und Kapitalmarkt. In Erwartung eines weiter anhaltenden Zinstiefs hat die LBS im Geschäftsjahr die Rückgabe von Termingeldern verringert und damit um 5,6 Mio. € (2015: 9,7 Mio. €) geringere Erträge aus Vorfälligkeitsentgelten (Ausgleichszahlungen) realisiert. Die Zinserträge aus Geldanlagen inklusive dispositiver Maßnahmen sanken um insgesamt 9,9 Mio. € (–8,1 %).

Zinsaufwand

Positiv wirkte die Tarifpolitik der letzten Jahre auf den Zinsaufwand. Aufgrund des Zuflusses an Bauspareinlagen und trotz der vorgenommenen Einzahlungsbeschränkungen in Rendite-tarifen stieg der Jahresdurchschnittsbestand an Bauspareinlagen in 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 174,7 Mio. € auf 4,3 Mrd. €. Dieser Mengeneffekt wurde jedoch durch die geringere Durchschnittsverzinsung der Bauspareinlagen teilkompensiert. Die durchschnittliche Verzinsung für das Jahr 2016 reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,09 Prozentpunkte auf 1,77 %. Die gegenläufigen Mengen- und Zinseffekte führten zu einem Anstieg des Zinsaufwands für Bauspareinlagen um 0,8 Mio. € auf 76,8 Mio. €.

Durch die Rückgabe von Refinanzierungsmitteln bei gleichzeitiger Wiederaufnahme auf aktuellem Zinsniveau wurde der Zinsaufwand zugunsten der Zukunft um 11,9 Mio. € belastet.

Die kollektive Zinsspanne, berechnet als Differenz aus durchschnittlichen Verzinsungen der Bauspardarlehen und der Bauspareinlagen, lag in 2016 bei 2,03 %.

Das Zinsergebnis sank um 23,2 Mio. €, zum überwiegenden Teil bedingt durch die mit den vorzeitigen Rückgaben von Refinanzierungsmitteln und Termingeldern verbundenen Vorfälligkeitsentgelte (Ausgleichszahlungen).

Provisionsergebnis

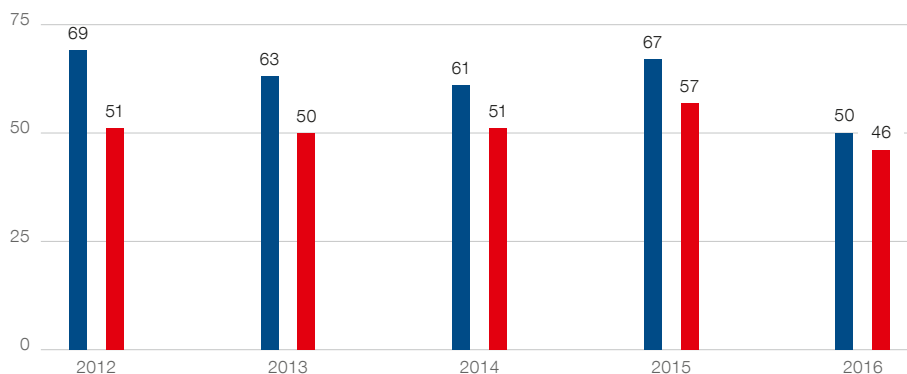
Das Provisionsergebnis hat sich um 2,1 Mio. € auf –6,3 Mio. € verbessert und entsprach somit unseren Erwartungen. Die Provisionsaufwendungen gingen, bedingt durch das gesunkene Bruttoneugeschäft, um 4,6 Mio. € (–11,9 %) zurück. Die Provisionserträge verzeichneten ebenfalls einen Rückgang um 2,5 Mio. € (–9,1 %) auf 27,6 Mio. €.

Verwaltungsaufwendungen

Dem Ergebnis aus Zinsüberschuss, Provisionsergebnis und sonstigen Erträgen in Höhe von 49,6 Mio. € (26,2 %) standen 45,6 Mio. € (–19,3 %) aus Verwaltungsaufwand inklusive Abschreibung auf Sachanlagen und sonstigem Aufwand gegenüber. Der Personalaufwand verminderte sich um 0,8 Mio. € auf 21,8 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken insbesondere aufgrund der durch gesetzliche Änderung zur Ermittlung der Pensionsrückstellungen induzierten, im Vergleich zum Vorjahr um 12,3 Mio. € geringeren Zinsanteils aus der Zuführung zu Pensionsrückstellungen auf 5,9 Mio. € (–63,6 %). Auf den um 0,2 Mio. € auf 17,8 Mio. € gestiegenen Sachaufwand wirkten belastend die um 1,3 Mio. € höheren Gebäudekosten. Die Umstellung auf 30%ige Zahlungsverpflichtung bei der gesetzlichen Einlagensicherung entlastete dagegen den Sachaufwand um 0,5 Mio. €. Die Abschreibungen auf Anlagen nahmen leicht auf 0,2 Mio. € zu. Die Verwaltungsaufwendungen nahmen damit die im letzten Jahr prognostizierte Entwicklung.

Wesentliche GuV-Komponenten

in Mio. €



■ Zins-/Provisionsergebnis/sonstige Erträge (inklusive Spezialfonds)
 ■ Verwaltungsaufwand/AfA/sonstige Aufwendungen (ohne Steuerumlage)

Das Vorsteuerergebnis lag um 4,6 Mio. € unter dem Vorjahresniveau (2,6 Mio. €) und somit unter dem erwarteten Wert aus dem Prognosebericht des Vorjahres. Induziert wurde dies insbesondere durch eine zur Stärkung der Zukunft freiwillige Dotierung des Fonds zur baupartetechnischen Absicherung mit

2,2 Mio. €, die vorzeitige Rückgabe von Refinanzierungsmitteln, die auf niedrigem Zinsniveau wieder aufgenommen wurden, und geringere Rückgaben von Termingeldanlagen. Die Cost-Income-Ratio stieg um 11,9 Prozentpunkte auf 91,1 % (2015: 79,2 %) und entsprach damit der erwarteten Entwicklung.

Finanzlage

Als Nichthandelsbuchinstitut ordnet die LBS ihre gesamten Geschäftspositionen dem Anlagebuch zu. Als Bausparkasse unterliegt die LBS im Rahmen des Spezialbankenprinzips neben den allgemeinen Bestimmungen des Kreditwesengesetzes (KWG) den Regelungen des Bausparkassengesetzes (BSpKG). Insbesondere wird durch § 4 Abs. 3 BSpKG die Anlage verfügbarer Gelder geregelt. Die Bausparkasse ist verpflichtet, zur Gewährleistung ihrer Liquidität flüssige Mittel in ausreichender Höhe zu halten. Zum Zeitpunkt der Anlage verfügbarer Gelder erfolgen diese Geldanlagen daher ausschließlich im Sinne des BSpKG als Liquiditätsreserve im Rahmen einer „Buy and hold“-Strategie. Verkäufe vor Fälligkeit erfolgen ausschließlich zur Optimierung der Depotstruktur, zur aktiven Steuerung des Zinsänderungsrisikos, zur Einhaltung vorgegebener Limite der Geschäftsleitung zur Begrenzung von Marktpreisrisiken oder unter Liquiditätsgesichtspunkten.

Die Eigenkapitalstruktur ist durch die Gewinnrücklagen als größten Posten geprägt. Im Eigenkapital der LBS sind keine stillen Einlagen oder nachrangiges Haftkapital enthalten. Die

Ausstattung mit Eigenmitteln ist für weiteres Wachstum im Aktivgeschäft ausreichend.

Die LBS berechnet die Eigenmittelanforderungen mittels eines auf internen Ratings basierenden Ansatzes (IRBA). Die Gesamtkapitalquote gemäß Art. 92 CRR stieg in 2016 – auf anhaltend hohem Niveau – auf 56,1 % (2015: 55,2 %). Die Kernkapitalquote erhöhte sich ebenfalls um 1,0 Prozentpunkte auf 55,8 %.

Die Liquiditätskennziffer nach LiqV bewegte sich in 2016 zwischen 1,19 und 1,81 und wurde per 31. Dezember 2016 mit 1,19 erfüllt. Die LBS konnte ihre Zahlungsverpflichtungen jederzeit erfüllen.

Die Finanzlage der LBS ist geordnet. Die Bausparkasse kann jederzeit ihrer Verpflichtung zur planmäßigen Zuteilung der Bausparsummen gerecht werden.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme liegt mit 5,41 Mrd. € um 0,2 Mrd. € über dem Vorjahreswert. Die Bauspareinlagen erhöhten sich auf 4.492 Mio. €. Bei Baudarlehen war ein Anstieg um 11,9 Mio. € auf 852 Mio. € und bei Geldanlagen ein Anstieg um 207 Mio. € auf 4.535 Mio. € zu verzeichnen. Der Anteil der Baudarlehen an der Bilanzsumme sank auf 15,7 %. Die Vor- und Zwischenfinanzierungskredite stiegen im Geschäftsjahr um 9,8 % auf 651 Mio. € und sind weitgehend fristenkongruent refinanziert. Die Vermögenslage der LBS ist geordnet. Insgesamt haben sich

in der Vermögensstruktur bei nahezu unverändertem Geschäftsvolumen keine nennenswerten Strukturverschiebungen ergeben.

Die anhaltende Nullzinspolitik einerseits und die weiterhin wirkende Finanzkrise andererseits bewirkten, dass die Kunden das Bausparen wie in Vorjahren auch als sichere Geldanlage fokussierten.

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

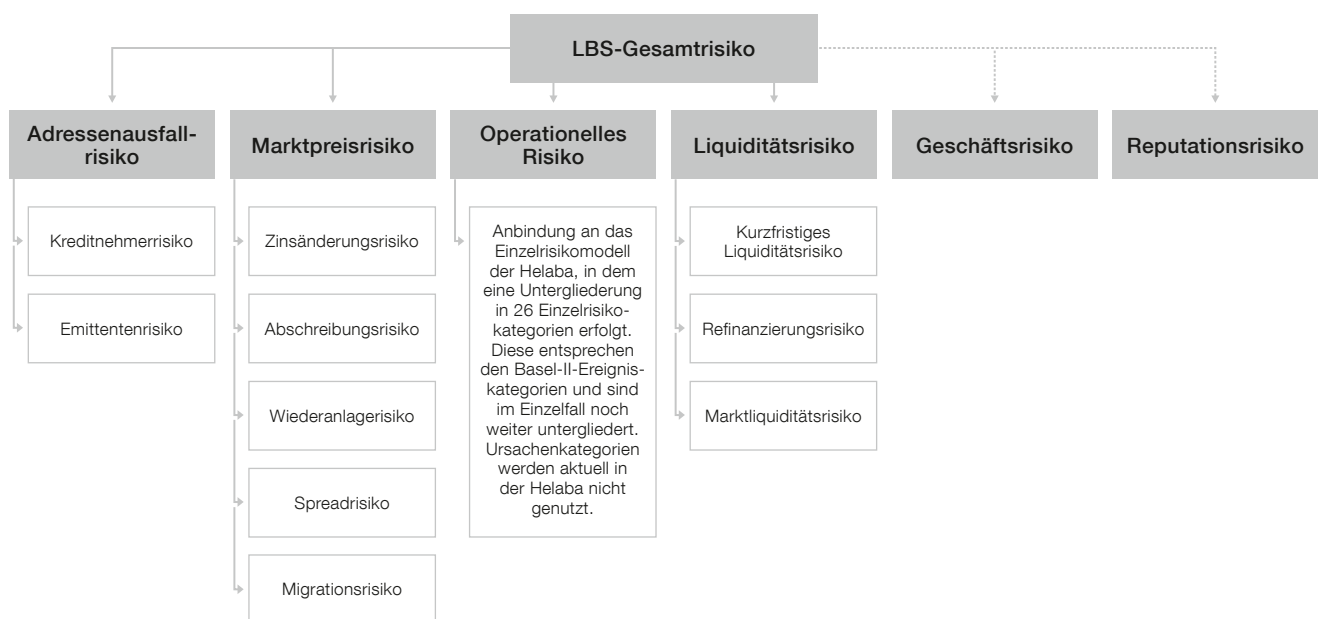
Risikomanagement

Das strategische Risikomanagement der LBS ist darauf ausgerichtet, ihr konservatives Risikoprofil zu sichern beziehungsweise nach Möglichkeit weiter zu optimieren.

Das Risikomanagement der LBS umfasst mit der Risikoidentifikation, -quantifizierung, -steuerung sowie dem -controlling/reporting vier aufeinander aufbauende prozessuale Elemente. Im Rahmen der Risikoidentifikation werden die für die LBS wesentlichen Risiken identifiziert und davon ausgehend klassifiziert. Die Risikoquantifizierung umfasst die quantitative und qualitative Messung und Bewertung von Risiken mittels geeigneter Modelle und Methoden. Die Risikosteuerung stellt sich als Gesamtheit der Maßnahmen dar, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der von der Geschäftsleitung vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen. Anpassungen oder Beibehaltung von Limiten werden positive Wirkungen (Chancen) zum Beispiel auf Prozesse, Geschäfts-, Ertrags- und Kostenentwicklungen gegenübergestellt. Im Rahmen des Risikocontrollings findet ein

ausführliches Reporting hinsichtlich der bestehenden Risiken/Chancen an die jeweils zuständigen Kompetenzträger statt. Der hierzu implementierte Risikoausschuss wird vierteljährlich mittels eines umfassenden Risikoberichts über die Gesamtrisikolage und -tragfähigkeit, Ergebnisse aus Stress-Szenarien aller wesentlicher Risiken, eventuelle Maßnahmen im Risikomanagement, Besonderheiten im Berichtszeitraum, Entwicklungen zum Vorquartal, Limitauslastungen und Änderungen wesentlicher Parameter, die den Verfahren zur Risikobeurteilung zugrunde liegen, informiert. Für definierte bedeutende Vorkommnisse und Schadensfälle ist ein Ad-hoc-Meldeverfahren eingerichtet, um Geschäftsleitung, Vorstand und interne Revision unverzüglich zu informieren.

Die LBS unterscheidet mit Blick auf die unterschiedlichen Steuerungserfordernisse zwischen den Risikoarten Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts-, operationelles, Geschäfts- und Reputationsrisiko. Diese Risikoarten sind durch folgende Detailrisiken konkretisiert:



Risikostrategie

Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsgemäß und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken in der LBS fest.

Die Risikostrategie ist Teil der Geschäftsstrategie und gestaltet diese bezüglich des Umgangs mit Risiken aus.

Die Risikostrategie konkretisiert sich für die als wesentlich eingestuften Risiken in den Teilrisikostراتيجien der Risikoarten Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelles Risiko. Des Weiteren bestehen Regelungen für die Geschäfts- und Reputationsrisiken, die wegen Überschneidungen mit dem als wesentlich eingestuften Marktpreisrisiko als nicht wesentlich eingestuft werden.

In einem ergänzenden Risikohandbuch sind Definitionen, Organisation, Instrumente zur Risikoerfassung, -bewertung und -steuerung, Reporting sowie die zugrunde liegenden schriftlich fixierten Regelungen für die einzelnen Risikoarten dokumentiert. Außerdem sind hier der Risikomanagementprozess und die Risikomanagementstruktur beschrieben.

Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der aktuell gültigen Risikostrategie im Einklang mit der Erreichung der Unternehmensziele – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmöglichem Schutz des Vermögens der LBS und der Erfüllung der Aufgaben – eingegangen werden.

Zur ordnungsgemäßen Durchführung des Geschäftsbetriebs und damit auch als Grundlage für die Umsetzung der Risikostrategie hat die LBS den Mitarbeitern Arbeitsanweisungen, Handbücher und Prozessbeschreibungen vorgegeben.

Adressenausfallrisiko

Grundlage für die Übernahme von Risiken aus dem Kreditgeschäft als ein wesentliches Geschäftsfeld der LBS ist die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken.

Die Übernahme von Kreditrisiken erfolgt mit dem Ziel, unter Beachtung der Risikotragfähigkeit einen angemessenen Ertrag zu erwirtschaften. Die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird jährlich beziehungsweise ad hoc bei gravierenden Änderungen der Rahmenbedingungen überprüft und an die aktuellen Gegebenheiten angepasst.

Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft

Die LBS betreibt als Geschäftsschwerpunkt die private Baufinanzierung als standardisiertes Kundengeschäft. Der Gesamtkreditbestand einschließlich Handelsgeschäften und unwideruflicher Kreditzusagen beträgt 5.441,0 Mio. €. Davon entfallen mit 196,6 Mio. € Bauspardarlehen und 655,5 Mio. € außerkollektiven Krediten insgesamt 852,1 Mio. € mit einem Anteil von 15,7 % an der Bilanzsumme (5.410,8 Mio. €) auf das traditionelle Kreditgeschäft. 91,1 % der Baudarlehen wurden an unselbstständige Privatpersonen vergeben. 63,4 % der Baudarlehen sind durch Grundpfandrechte gesichert.

Im risikorelevanten Kreditgeschäft erfolgt im Zuge des Kreditbewilligungsprozesses eine Kreditentscheidung durch die Spezialkreditbearbeitung (Marktfolge). In diesen Fällen nimmt die LBS die prozessabhängige Erleichterungsregel nach BTO 1.1 TZ 4 der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) bei Drittinitiiierung in Anspruch und verzichtet auf das Marktvotum. Die Risikoklassifizierung der Kredite des Mengengeschäfts erfolgt mittels LBS-Kunden-Scoring bezie-

hungsweise Helaba-Rating-Verfahren auf Einzelkundenebene. Im Rahmen der Risikosteuerung werden Analysen des Adressenausfallrisikos anhand fester und/oder dynamischer Auswertungen des Datenbestands der LBS vorgenommen. Die Bewilligung und Verwaltung von Krediten der LBS durch die hessischen und thüringischen Sparkassen sowie durch die Sparkasse Worms-Alzey-Ried im Rahmen der „Finanzierung aus einer Hand“ erfolgt im Treuhandweg auf der Basis der geschlossenen Verträge und ergänzenden Richtlinien unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben.

Das Gesamtvolumen an Einzelwertberichtigungen für Baudarlehen verringerte sich um 1,3 Mio. € auf 4,7 Mio. €. Die Ausfallquote ist die Summe aus Direktabschreibungen und Verbrauch von Risikovorsorgen im Verhältnis zum Kreditvolumen und belief sich auf 0,11 %. Die größte 2016 neu vorgenommene Einzelwertberichtigung für ein Engagement betrug 50,3 Tsd. €. Ausfälle im Rahmen von Handelsgeschäften waren nicht zu verzeichnen.

Emittentenrisiko

Der Anteil der Handelsgeschäfte im Sinne der MaRisk an der Bilanzsumme zum 31. Dezember 2016 beträgt mit nominal 4.394 Mio. € 81,2 %. Davon sind 95,2 % in Tages- und Termingeldern mit Ursprungslaufzeiten von bis zu 15 Jahren bei der Helaba angelegt.

Die Geldanlagepolitik der LBS ist konservativ. Zur Vermeidung von Risiken aus dem Adressenausfall eines Emittenten beschränkt sich deren Auswahl bei Schuldscheindarlehen und Namenspapieren fast ausschließlich auf Landesbanken, Förderinstitute sowie deutsche Bundesländer und bei festverzinslichen Wertpapieren auf Titel des Bundes und deutsche Pfandbriefe.

Marktpreisrisiko

Marktpreisrisiken beschränken sich für die LBS speziell auf Risiken aus der Veränderung von Lage und Struktur der Zinskurve (Zinsänderungsrisiko). Aktienkursrisiken werden nicht eingegangen. Währungskursrisiken dürfen nach dem BSpKG nicht eingegangen werden.

Das Zinsänderungsrisiko bezieht sich auf das handelsrechtliche (GuV-bezogene) und betriebswirtschaftliche (barwertige) Risiko, das aufgrund von Zinsveränderungen auftreten kann.

Zinsänderungsrisiko

Veränderungen der Marktzinsen wirken sich durch verändertes Verhalten des Bausparkkollektivs, im Wiederanlagerisiko aus fälligen Geldanlagen und auf den Wert von Aktiv-/Passivvorläufen aus. Das Zinsänderungsrisiko aus dem Verhalten des Bausparkkollektivs beschreibt die Gefahr, dass sich das Bausparkkollektiv aufgrund von Marktzinsänderungen anders als prognostiziert verhält. Damit wird der geplante Zinsüberschuss beeinflusst. Regelmäßig im Anschluss an die Bewertungsstichtage der LBS (Quartalsenden) wird eine Kollektivprognose erstellt. Hierbei beträgt der Prognosezeitraum bis zu fünf Jahre. Um veränderte Tendenzen im Verhalten der Bausparer frühzeitig zu erkennen, wird jeweils die Vorquartalsprognose mit den Ist-Daten verglichen und analysiert.

Das Zinsänderungsrisiko aus Aktiv-/Passivvorläufen bezieht sich auf das handelsrechtliche und betriebswirtschaftliche Risiko, das aufgrund von Zinsveränderungen bei einem bewusst eingegangenen Aktiv- oder Passivvorlauf auftreten kann. Für diese strategischen Positionsnahmen werden für die einzelnen Positionen auf Basis der aktuellen Kapitalmarktzinsen wie auch

auf Basis verschiedener Zinsszenarien betriebswirtschaftliche Mark-to-Market-Bewertungen (Aktiv- und Passivvorlauf) vorgenommen sowie die Cost of Carrys (Passivvorlauf) und die nicht erzielten Erträge aus Fristentransformation (Aktivvorlauf), die beide direkt den Zinsüberschuss beeinflussen, ausgewiesen. Die strategische Positionsnahme aus Vorläufen wird nicht nach Volumen oder Risiko limitiert, weil die Ergebnisse bereits im Zinsüberschuss impliziert sind.

Das Wiederanlagerisiko resultiert aus der Fälligkeit von Geldanlagen. Werden die Anlagen fällig, kann die frei werdende Liquidität in Abhängigkeit von der Entwicklung des Zinsniveaus am Kapitalmarkt unter Umständen nur zu einem geringeren Zinssatz wiederangelegt werden.

Die Steuerung des Risikos, dass bei einem niedrigen Zinsniveau viel Liquidität und bei einem hohen Zinsniveau wenig freie Gelder zur Anlage zur Verfügung stehen, erfolgt über die jährliche Festlegung der Anlagestrategie.

Abschreibungsrisiko

Das Abschreibungsrisiko umfasst das Risiko, aufgrund eines Zinsanstiegs und der daraus resultierenden Kursverluste handelsrechtliche Niederstwertabschreibung auf den eigenen festverzinslichen Wertpapierbestand zum Jahresende vornehmen

zu müssen. Modellgestützt werden Simulationen des voraussichtlichen Abschreibungsbedarfs unter Berücksichtigung des aktuellen Zinsniveaus und verschiedener Zinsszenarien vorgenommen.

Zinsänderungsrisiko (betriebswirtschaftlich)

Das betriebswirtschaftliche Zinsänderungsrisiko beschreibt das Risiko einer negativen Wertentwicklung, das bei sich verändernden Kapitalmarktzinsen aufgrund von Fristeninkongruenzen zwischen der Aktiv- und Passivseite eintritt.

Zur Erfassung, Bewertung und Steuerung des Risikos werden sämtliche Zinsbuch-Cashflows ermittelt und diskontiert. Die Barwertermittlung bei Ad-hoc-Parallelverschiebungen des Zinsniveaus erfolgt mit den seitens der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vorgegebenen Parametern. Das zinssensitive Kundenverhalten findet durch entspre-

chende Cashflow-Darstellung der kollektiven Geldabflüsse (Guthabenauszahlung nach Kündigung, Guthabenauszahlung nach Zuteilung, Auszahlung Bauspardarlehen) und kollektiven Geldzuflüsse (Eingang Spargeld, Eingang Tilgung) Berücksichtigung im Zinsbuch.

Das Zinsänderungsrisiko ist zum 31. Dezember 2016 erwartungsgemäß aktivisch, wobei der Zinsrisikokoeffizient 12,4 beträgt.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken resultieren insbesondere aus bankalltäglichen betrieblichen Aktivitäten und sind somit inhärenter Bestandteil des geschäftlichen Handelns. Im Sinne regulatorischer Vorgaben definiert die LBS das operationelle Risiko als „das Risiko von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden“. Diese Definition beinhaltet auch IT- und Rechtsrisiken, nicht aber eventuelle strategische Risiken.

Grundlage für die systematische Klassifizierung von operationellen Risiken ist das Helaba-Risikomodell, das zwischen den vier Risikoklassen interne Verfahren, Menschen, Systeme sowie externe Ereignisse differenziert.

Basierend auf den Anforderungen der Bankenaufsicht verfolgt die LBS einen integrierten Gesamtansatz für das Management von operationellen Risiken mit dem Ziel, diese auf Basis von Risikoszenarien und Schadensfällen zu messen und zu steuern.

Liquiditätsrisiko

Die kurz- und langfristige Liquiditätsplanung bildet die Grundlage zur Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit sowie zur Vermeidung unerwarteter Verluste aus dem Fehlen und notwendigen Beschaffen von Geldmitteln zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen.

Als kurzfristiges Liquiditätsrisiko wird die Gefahr bezeichnet, dass die LBS aufgrund von fehlenden liquiden Mitteln den Zahlungsverpflichtungen (Kreditauszahlungsverpflichtung, Zinszahlungen, Tilgung von Refinanzierungsmitteln) gar nicht oder nicht vollständig nachkommen könnte oder die Liquiditätskennziffer nach LiqV unter 1,0 und/oder nach CRR unter 0,7 (2016) bzw. 0,8 (2017) läge.

Risikoerfassung, -bewertung und -steuerung erfolgen modellgestützt im Rahmen einer kurzfristigen Liquiditätsprognose, die auf die voraussichtliche Liquiditätsentwicklung mindestens der nächsten neun bis zwölf Monate abstellt. Dabei werden sämtliche definitiv bekannten Liquiditätszuflüsse und -abflüsse (unter anderem Fälligkeiten, Zinszahlungen, Geldanlagen/-aufnahmen) sowie auf Erfahrungswerten basierenden Liquiditätsgrößen (unter anderem Spargeldzugang/-abgang, Kreditauszahlungen) betrachtet.

Die langfristige Liquiditätsvorausschau (Refinanzierungsrisiko) erfasst ergänzend alle Geldeingänge und -ausgänge über einen Zeithorizont bis zehn Jahre. Sie berücksichtigt die Liquiditätszuflüsse und -abflüsse aus dem Bausparkollektiv, aus Tages- und Termingeldanlagen sowie Wertpapieren und Wertpapier-spezialfonds, Refinanzierungsaufnahmen und -rückzahlungen einschließlich der zuzuordnenden Zinserträge und -aufwendungen sowie betriebsbedingte Zahlungen. Das Refinanzierungsrisiko wird in Szenarien ermittelt, für die aus Liquiditätssicht Mindestüberlebensperioden ermittelt werden.

Das Refinanzierungsrisiko beinhaltet die Verschlechterung der eigenen Refinanzierungsbedingungen im Sinne einer ausreichenden und kostengünstigen Refinanzierungsbasis.

Als Bausparkasse refinanziert sich die LBS insbesondere über die kollektiven Bauspareinlagen und über die Helaba.

Das Liquiditätsrisiko reduziert sich in diesem Sinne letztendlich auf ein Bonitätsrisiko. Werden Risiken (Adressenausfall-, Marktpreis-, operationelle und sonstige Risiken) schlagend, wirkt sich dies nachteilig auf die Bonität und damit auf den Zugang zum Kapitalmarkt aus. Das Management der anderen Risiken beeinflusst damit gleichzeitig das Liquiditätsrisiko.

Das Marktliquiditätsrisiko birgt die Gefahr einer unzureichenden Marktliquidität, das heißt, dass Positionen aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder wegen Marktstörungen nicht zu fairen oder nahezu fairen Preisen liquidiert werden können. Die LBS wählt bei einer Anlage in festverzinslichen Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen

den Emittenten sowie das Produkt unter anderem mit Blick auf die Fungibilität des Assets aus, wobei eine Investition generell mit der Absicht erfolgt, sie nicht vorzeitig zu liquidieren. Das Marktliquiditätsrisiko fließt in die Liquiditätsprognosen ein und wird bei der Messung des strukturellen Liquiditätsrisikos berücksichtigt.

Geschäftsrisiko

Die LBS stuft das Geschäftsrisiko als nicht wesentlich ein, da sie die beiden darunter subsumierten wesentlichen Einzelrisiken – Kollektiv- und Marktabsatzrisiko – im als wesentlich eingestuften Marktpreisrisiko abbildet.

Das Kollektivrisiko ist das Risiko, dass sich das Bausparkollektiv in Abhängigkeit von den Veränderungen des Risikoparameters Marktzins anders als prognostiziert verhält. Das Marktabsatzrisiko beinhaltet die Attraktivität des Bausparprodukts, die in Abhängigkeit von der Veränderung des Risikoparameters Marktzins zu einem Neugeschäftseinbruch führen kann.

Risikotragfähigkeit

Ziel der Risikotragfähigkeitsrechnung ist, dass die Risikodeckungspotenziale der LBS ihre wesentlichen Risiken laufend abdecken und damit die nachhaltige und dauerhafte Unternehmensfortführung gesichert ist. Zum Nachweis werden mögliche Risikopotenziale und verfügbare Risikodeckungspotenziale quantifiziert und gegenübergestellt.

Zur Beurteilung ihrer Risikotragfähigkeit unterscheidet die LBS zwischen einer periodischen (bilanziellen) Stichtags- und einer rollierenden 12-Monats-Sicht.

Das Risikodeckungspotenzial bestimmt sich auf Basis erwarteter Ergebnis- und bilanzieller Eigenkapitalgrößen. Die Komponenten des Risikodeckungspotenzials werden entsprechend ihrer Verfügbarkeit, ihrem Vorsorgecharakter und regulatorischen Mindestanforderungen priorisiert.

Um die Risikotragfähigkeitsrechnung auf Stabilität zu überprüfen, führt die LBS gezielte Berechnungen in zwei Ansätzen (Fortführungs- und Liquidationsansatz) durch und betrachtet hierbei jeweils ein Basis- und zwei Stress-Szenarien. Die Stress-Tests werden auf historischer Sicht des einzelnen Risikos und auf hypothetischer Sicht risikoartenübergreifend auf Instituts-ebene durchgeführt und die Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit betrachtet. Die Ergebnisse werden in der Risikoberichterstattung mit ihrer potenziellen Auswirkung auf die Risikosituation und das Risikodeckungspotenzial dargestellt.

Die Risikoberechnung in den Szenarien erfolgt für alle Risikoarten separat. Die Risikotragfähigkeit ist gegeben, wenn das Risikopotenzial durch das Risikodeckungspotenzial jederzeit unter Berücksichtigung der regulatorisch benötigten Eigenmittel abgedeckt ist.

Für die operative Steuerung der Risikotragfähigkeit und die damit verbundene dauerhafte Sicherung der Unternehmensfortführung wird ausgehend vom ermittelten Risikodeckungspotenzial der Anteil festgelegt, der zur Absorption von Risiken eingesetzt werden soll. Dieser festgelegte Anteil am Risikodeckungspotenzial, die Risikodeckungsmasse, entspricht dem Gesamtrisikolimit der LBS, das auf die einzelnen Risikoarten alloziert wird.

Die Entscheidung zur Festlegung des Anteils am Risikodeckungspotenzial kann dabei direkt auf die Kennzahlen des Risikomonitorings im Rahmen des Haftungsverbunds der LBS-Gruppe und damit auf die dort definierten einzelnen Ampelstufen wirken. Im Umkehrschluss sind die im Rahmen des Risikomonitorings festgelegten Ziele auch im Entscheidungsprozess zur Festlegung des Anteils am Risikodeckungspotenzial von Bedeutung.

Die Risikoquantifizierung zu den Quartalsstichtagen ergab, dass auch im Maximal-Belastungsfall (hypothetisches Stress-Szenario) das Risikopotenzial weniger als 50 % des zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenzials auslastet.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Zur Sicherstellung der langfristigen Erfüllbarkeit der abgeschlossenen Bausparverträge erstellt die LBS vierteljährlich eine Kollektivprognose (Quartalsprognose) sowie jährlich eine laufende Kollektivüberwachung (LKÜ). Die LKÜ und der zugehörige kollektive Lagebericht werden der BaFin übermittelt und enthalten eine Beschreibung der Ausgangslage, Szenarien mit Ergebnisdarstellung und deren Analyse sowie eine Gesamt-

bewertung. Gemäß dem kollektiven Lagebericht 2015 ist die Verfügbarkeit ausreichender Mittel für die Zuteilung der Bausparverträge dauerhaft sichergestellt.

Das Gesamtinstitutslimit in der Risikotragfähigkeitsrechnung war im abgelaufenen Jahr (Quartalsbasis) eingehalten.

Auslastung Gesamtinstitutslimit

Stichtag	Fortführungsansatz Stichtagssicht 31.12.2016	Fortführungsansatz Rollierende 12-Monats-Sicht
31.03.2016	35 %	40 %
30.06.2016	32 %	49 %
30.09.2016	29 %	54 %
31.12.2016	44 %	44 %

Die Kennzahl nach LiqV lag per 31. Dezember 2016 bei 1,19. Die Gesamtkapitalquote gemäß CRR betrug 56,13 % (nach delegierter Verordnung seit dem 30. September 2016). Das zur Risikoabdeckung vorhandene Eigenkapital war jederzeit ausreichend.

Ausblick auf das Jahr 2017

Ähnlich wie im Vorjahr geht die LBS davon aus, dass die anhaltend gute Lage auf dem Arbeitsmarkt mit positiven Perspektiven für Einkommen und Arbeitsplatzsicherheit, moderate Einkommenszuwächse und die hohe Zuwanderung günstige Rahmenbedingungen für eine Ausweitung der Wohnungsbauinvestitionen bilden.

Aufgrund der beschlossenen weiteren Lockerung des geldpolitischen Kurses der EZB rechnet die LBS nicht mit einem Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik. Das damit verbundene anhaltende Niedrigzinsniveau bei gleichzeitiger Wohnungsknappheit in großen Städten und deren Umland wird dazu führen, dass die Nachfrage nach Wohnimmobilien unverändert hoch bleibt. Angesichts des gleichzeitig andauernden Trends steigender Immobilienpreise sind bezahlbare Lösungen mit entsprechenden Finanzierungsangeboten gefragt. Die Bausparverträge bieten hierbei eine zins sichere und kalkulierbare Grundlage für die Durchführung eines Bauvorhabens beziehungsweise für die Anschlussfinanzierung und werden abgeschlossen, um das niedrige Zinsniveau langfristig zu sichern. Deshalb ist Bausparen für einen großen Teil der Bevölkerung, der die beste Altersvorsorge zunehmend in der entschuldeten Immobilie sieht, weiterhin attraktiv. Der altersgerechte Umbau aufgrund der demografischen Entwicklung lässt in den nächsten Jahren zusätzliches Wachstumspotenzial erwarten. Die

vergleichsweise niedrige Eigentumsquote in Deutschland, die staatliche Sparförderung (Arbeitnehmersparzulage und Wohnungsbauprämie) und die Einbeziehung des selbstgenutzten Wohneigentums in die staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge („Wohn-Riester“) eröffnen aufgrund des vorhandenen Interesses ein weiteres hohes Potenzial für das Bausparen. Die Nachfrage nach Finanzierungen werden auch die Klimaschutzinteressen sowie die zu erwartenden energetisch erforderlichen Modernisierungsinvestitionen aufgrund des alternden Wohnbestands belegen.

Andererseits besteht unverändert das Risiko, dass die Verbraucher das Eigentum statt mit Bausparverträgen auf anderem Wege günstig finanzieren und die Darlehen der Altтарifgenerationen nicht abgerufen werden. Zusätzlich zum weiter gesunkenen Kapitalmarktzinsniveau könnten sich die steigenden regulatorischen Neuerungen und Auflagen und der damit verbundene Aufwand für die Digitalisierung von Prozessen belastend auswirken. Den bevorstehenden Herausforderungen wird die LBS auch weiterhin mit einem stringenten Kostenmanagement, ergebnisstabilisierenden Kollektivmaßnahmen sowie einer hohen Effizienz begegnen. Die getätigte Investition in eine gemeinsame IT (Bausparkassensystem „OSPlus-LBS“) und Investitionen in die Internetfiliale der Sparkassen lassen mittelfristig eine höhere Produktivität erwarten. Mit passgenauen

Bausparprodukten und vertriebsstrategischen Maßnahmen wird die enge und erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Sparkassen weiter intensiviert sowie der LBS-Außendienst in potenzialstarken Regionen stärker positioniert. Mit der Verabschiedung der Novelle des Bausparkassengesetzes Ende 2015 zu flexibleren Verwendungsmöglichkeiten des Fonds zur baupartechnischen Absicherung und zu erweiterten Handlungsmöglichkeiten im Wohnungsbaufinanzierungsgeschäft kann die LBS auf die veränderten Rahmenbedingungen besser reagieren.

Für das Geschäftsjahr 2017 erwartet die LBS ein Bruttoneugeschäft auf Vorjahresniveau. Verbunden mit der weiteren Absenkung der durchschnittlichen Bauspareinlagenverzinsung, ebenfalls fortgeführten dispositiven Ertragsmaßnahmen sowie der erfolgten Absenkung des Zinsaufwands aus Refinanzierungsmitteln geht die LBS in einem Umfeld mit Weiterführung der Nullzinspolitik durch die EZB von einem Zinsüberschuss über dem Vorjahresniveau aus. Die Prognose der Zahlen basiert auf der Kollektivsimulation, die in der Regel einen Zeitraum von 20 Jahren umfasst. Die Ausgangsbasis für die Kollektivsimulation bildet der vollständige Vertragsbestand; die Ände-

rungen des Verhaltens der Bausparer werden dabei im Zeitablauf berücksichtigt. Zur Prognose der zukünftigen Zinsentwicklung werden die Forward-Zinssätze verwendet, die sich aus der zum Stichtag der Prognoseerstellung gültigen Zinsstruktur ableiten. Die LBS erwartet für das Geschäftsjahr 2017 durch die geplanten Neuanlagen ein aktivisches Zinsänderungsrisiko. Die Kennzahl nach LiqV wird im Zielbereich über 1,15 (Mindestanforderung 1,0) erwartet, für die 2015 parallel eingeführte LCR wird von einem Wert über 100 % (Mindestanforderung 80 %) ausgegangen.

Im Vergleich zum Vorjahr geht die LBS von einem leicht rückläufigen Provisionsergebnis aus. Im Verwaltungsaufwand und sonstigen betrieblichen Aufwand ist nach den positiven Einmaleffekten 2016 wieder mit Steigerungen aus den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen inklusive Zinsaufwand sowie den Aufwendungen für die gesetzliche Einlagensicherung zu rechnen. Aus der Entscheidung über eine Reorganisation wird ein einmaliger Aufwand erwartet, der nach Teilkompensation zu einem prognostizierten negativen Jahresergebnis von rund 5 Mio. € führen wird.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 28. Februar 2017

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Grüntker	Fenk	Groß
Dr. Hosemann	Mulfinger	Dr. Schraad

Jahresabschluss der
Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

Jahresbilanz der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen,

zum 31. Dezember 2016

– in der Bilanz der Gesamtbank enthalten –

Aktivseite

in Tsd. €

				2016	2015
Forderungen an Kreditinstitute					
a) Bauspardarlehen			0		0
d) Andere Forderungen			4.469.037		4.226.784
Darunter: täglich fällig	197.921				(141.754)
				4.469.037	4.226.784
Forderungen an Kunden					
a) Baudarlehen					
aa) Aus Zuteilungen (Bauspardarlehen)		196.622			242.818
ab) Zur Vor- und Zwischenfinanzierung		651.221			592.863
ac) Sonstige		4.274			4.494
Darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	540.201				(525.671)
			852.117		840.175
b) Andere Forderungen			22.240		58.841
				874.357	899.016
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) Von öffentlichen Emittenten				55.476	55.140
Darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	55.476				
Immaterielle Anlagewerte					
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			9.653		0
d) Geleistete Anzahlungen			0		7.728
				9.653	7.728
Sachanlagen				270	306
Sonstige Vermögensgegenstände				1.433	1.172
Rechnungsabgrenzungsposten				531	636
Summe der Aktiva				5.410.757	5.190.782

Passivseite

in Tsd. €

				2016	2015
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) Bauspareinlagen			35.511		28.066
Darunter: auf zugeteilte Verträge	5.384				(5.277)
b) Andere Verbindlichkeiten			541.428		540.302
Darunter: täglich fällig	9.681				(10.337)
				576.939	568.368
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Einlagen aus dem Bauspargeschäft					
aa) Bauspareinlagen		4.456.077			4.230.271
Darunter:					
Auf gekündigte Verträge	43.458				(47.612)
Auf zugeteilte Verträge	85.086		4.456.077		(81.320)
					4.230.271
b) Andere Verbindlichkeiten					
ba) Täglich fällig		6.446			6.811
			6.446		6.811
				4.462.523	4.237.082
Sonstige Verbindlichkeiten				7.407	7.865
Rechnungsabgrenzungsposten				1.937	2.346
Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			105.827		118.759
c) Andere Rückstellungen			10.665		11.713
				116.492	130.472
Fonds zur bauspartechnischen Absicherung				11.200	9.020
Fonds für allgemeine Bankrisiken				25.000	25.000
Eigenkapital					
a) Gewinnrücklagen			207.900		207.900
d) Bilanzgewinn			1.359		2.729
				209.259	210.629
Summe der Passiva				5.410.757	5.190.782
Andere Verpflichtungen					
Unwiderrufliche Kreditzusagen				30.201	31.952

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen,

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016
– in der GuV der Gesamtbank enthalten –

in Tsd. €

				2016	2015
Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften					
aa) Bauspardarlehen	8.615				11.180
ab) Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	18.044				18.720
ac) Sonstigen Baudarlehen	94				133
ad) Sonstigen Kredit- und Geldmarktgeschäften	112.851				122.745
		139.604			152.778
b) Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		124			0
			139.728		152.778
Zinsaufwendungen					
a) Für Bauspareinlagen		76.802			77.552
b) Andere Zinsaufwendungen		20.702			9.818
			97.504		87.370
				42.224	65.408
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren				0	4.800
Provisionserträge					
a) Aus Vertragsabschluss und -vermittlung		20.752			23.565
b) Aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung		139			235
c) Aus Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten		5			0
d) Andere Provisionserträge		6.691			6.312
			27.587		30.112
Provisionsaufwendungen					
a) Provisionen für Vertragsabschluss und -vermittlung		29.251			33.602
b) Andere Provisionsaufwendungen		4.677			4.906
			33.928		38.508
				-6.341	-8.396
Sonstige betriebliche Erträge				16.966	5.433
Übertrag:				52.849	67.245

in Tsd. €

				2016	2015
Übertrag:				52.849	67.245
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		18.351			18.694
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		3.459			3.924
Darunter: für Altersversorgung	438		21.810		22.618
					879
b) Andere Verwaltungsaufwendungen			17.739		17.584
				39.549	40.202
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				218	87
Sonstige betriebliche Aufwendungen				5.780	16.145
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				3.915	5.938
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				3.387	4.873
Außerordentliche Erträge			0		16.071
Außerordentliche Aufwendungen			2.028		18.215
Außerordentliches Ergebnis				-2.028	-2.144
Jahresüberschuss				1.359	2.729
Bilanzgewinn				1.359	2.729

Anhang der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen,

zum 31. Dezember 2016

Allgemeine Angaben, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) ist eine rechtlich unselbstständige Einrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main/Erfurt (Helaba), eingetragen in den Handelsregistern Frankfurt am Main, HRA 29821, und Jena, HRA 102181, und ist verpflichtet, nach § 18 Abs. 3 BSpKG einen gesonderten Jahresabschluss zu erstellen, der im Jahresabschluss der Helaba enthalten ist. Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach dem Handelsgesetzbuch sowie den ergänzenden Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt unter Beachtung aller zulässigen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung wurden um die für Bausparkassen vorgeschriebenen Posten ergänzt.

Im gesetzlichen Formblatt vorgesehene, aber nicht belegte Posten sind nicht aufgeführt.

Forderungen sind mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt worden. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit den ihrer Restlaufzeit entsprechenden von der Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst worden.

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren ist Umlaufvermögen und nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die immateriellen Anlagewerte und das Sachanlagevermögen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, ausgewiesen. Erbrachte Eigenleistungen für die Erstellung eines immateriellen Vermögensgegenstands wurden aktiviert.

Die LBS macht von dem Wahlrecht nach § 6 Abs. 2a Satz 1 EStG Gebrauch und aktiviert die Wirtschaftsgüter über 410 € und unter 1.000 €. Sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bilanziert.

Die von Ausfallrisiken betroffenen Forderungen an Kunden und die in den sonstigen Vermögensgegenständen enthaltenen Forderungen an den Außendienst sind durch Einzelwertberichtigungen in ausreichender Höhe berücksichtigt. Die LBS wendet dabei das Bilanzierungsvorgehen und die Berechnungsmethode der Portfoliowertberichtigung nach IFRS an. Für die besonderen Risiken von Kreditinstituten bestehen Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB. Alle Wertberichtigungen und Vorsorgereserven sind aktivisch abgesetzt.

Für Einnahmen bzw. Ausgaben vor dem Bilanzstichtag, die Erträge bzw. Aufwendungen für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen, hat die LBS Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.

Die Pensionsverpflichtungen werden zum Bilanzstichtag durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen (Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Heubeck) künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen sowie der von der Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, zugrunde gelegt werden.

Die angewandten Bewertungsparameter sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	31.12.2016
Zinssatz	4,01 %
Gehaltstrend	2,00 %
Rententrend	1,00 % – 2,00 %
Fluktuationsrate	3,00 %

Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögenswerte (Wertpapiere), die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von

Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen (Deckungsvermögen). Sie werden gem. § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert (Rücknahmepreis) bewertet und

mit den korrespondierenden Pensionsverpflichtungen verrechnet. Sofern der beizulegende Zeitwert dieser Vermögensgegenstände den Wertansatz der Rückstellungen übersteigt, ist dieser Betrag auf der Aktivseite als „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ auszuweisen.

Aufgrund der Anwendung des § 253 Abs. 6 HGB n. F. beträgt der Unterschiedsbetrag der bilanzierten Pensionsverpflichtungen, der sich aus der Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz für zehn statt sieben Geschäftsjahre ergibt, zum 31. Dezember 2016 11,9 Mio. €.

Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen den Vorsorgeaufwand und den Zinsaufwand. Der Vorsorgeaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Der Zinsaufwand stellt die Barwerterhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, der sich aus dem Näherrücken des Erfüllungszeitpunkts und somit der Verkürzung der Abzinsungsperiode ergibt. Der Zinsaufwand wird mit den Aufwendungen und Erträgen aus dem Deckungsvermögen saldiert. Sowohl der Zinsaufwand als auch das Ergebnis aus dem Deckungsvermögen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

Negative Zinsen auf finanzielle Vermögensgegenstände im sonstigen Kredit- und Geldmarktgeschäft werden im Zinsertrag ausgewiesen, da negative Zinsen den Ertrag aus den Geldanlagen reduzieren. Die LBS hat einen Betrag in Höhe von 63 Tsd. € (2015: 17 Tsd. €) gezahlt.

Negative Zinsen auf andere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden im Zinsaufwand ausgewiesen. Die LBS hat 4 Tsd. € (2015: 0 Tsd. €) erhalten.

Die noch nicht fälligen Forderungen aus Abschlussgebühren der LBS-Wohn-Riester-Verträge (Tarif Classic Riester, Varianten FR und SR) wurden laufzeitgerecht abgezinst. Der Barwert der Gebühren wird vollständig im Jahr des Vertragsabschlusses vereinnahmt. Zum 31. Dezember 2016 wurden noch nicht fällige Forderungen aus Riesterabschlussgebühren in Höhe von 5,9 Mio. € (2015: 6,2 Mio. €) aktiviert.

Zur Sicherstellung der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs erfolgt mittels einer Berechnung auf Basis eines barwertigen Ansatzes eine Prüfung, ob eine Drohverlustrückstellung nach § 340a i.V.m. § 249 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 HGB gebildet werden muss. Diese Berechnung ergab, dass eine Rückstellungsbildung nicht erforderlich ist.

Im Bewertungsergebnis sind Aufwände für Versicherungen gegen Kreditausfälle in Höhe von 0,5 Mio. € (2015: 0,4 Mio. €) enthalten.

Angaben und Erläuterungen zur Bilanz und GuV

Gegenüber der Helaba bestehen Forderungen in Höhe von 4.320,3 Mio. € (2015: 4.021,4 Mio. €) und Verbindlichkeiten in Höhe von 531,7 Mio. € (2015: 530,0 Mio. €).

Gliederung nach Restlaufzeiten

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Andere Forderungen an Kreditinstitute		
Täglich fällig	197,9	141,8
Bis drei Monate	117,1	170,0
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	206,0	116,0
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.154,0	1.089,0
Mehr als fünf Jahre	2.794,0	2.710,0
Forderungen an Kunden		
Bis drei Monate	36,8	81,3
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	76,1	88,1
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	369,7	384,7
Mehr als fünf Jahre	391,7	345,0

In den Forderungen an Kunden sind keine Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Restlaufzeiten aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten wurden bis Zuteilung ermittelt.

Die Zins- und Tilgungsrückstände einschließlich Tilgungssatzleistungen mit mehr als drei Monatsraten betrugen bei Baudarlehen einschließlich der gekündigten Engagements 3,0 Mio. € (2015: 3,8 Mio. €).

Die Dekafonds-Anteile aus der Entgeltumwandlung und zur Absicherung der Rückstellung für Altersteilzeit werden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB als Deckungsvermögen mit den entsprechenden Rückstellungen verrechnet.

Die in der Position Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere enthaltene Bundesschatzanweisung in Höhe von 55,5 Mio. € ist in 2017 fällig und börsennotiert.

Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten (AK/HK) der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen haben sich im Geschäftsjahr 2016 (GJ) in Tsd. € wie folgt entwickelt:

	Immaterielle Anlagewerte		Sachanlagen
	Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	Geleistete Anzahlungen	
AK/HK zu Beginn des GJ (gesamt)	21.840	7.728	3.608
Zugänge gesamter AK/HK (GJ)	2.088	0	29
Abgänge gesamter AK/HK (GJ)	21.682	0	271
Umbuchungen gesamter AK/HK (GJ)	7.728	-7.728	0
AK/HK zum Ende des GJ (gesamt)	9.974	0	3.366
Abschreibungen zu Beginn des GJ (gesamt)	21.840	0	3.301
Abschreibungen (GJ)	164	0	55
Änderungen der gesamten Abschreibungen im Zusammenhang mit Abgängen (gesamt)	21.683	0	260
Abschreibungen am Ende des GJ (gesamt)	321	0	3.096
Stand GJ (Buchwert)	9.653	0	270
Stand Vorjahr (Buchwert)	0	7.728	306

In dem Posten Sonstige Vermögensgegenstände werden im Wesentlichen gezahlte Provisionsvorschüsse an und Provisionsrückforderungen gegen den Außendienst ausgewiesen.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten besteht im Wesentlichen aus bereits geleisteten Zinszahlungen für eine unwiderrufliche Kreditzusage.

Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ohne Bauspareinlagen

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Täglich fällig	9,7	10,3
Bis drei Monate	15,3	13,4
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	54,7	55,0
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	284,8	280,9
Mehr als fünf Jahre	176,9	180,6

Die aufgenommenen Fremdgelder in Höhe von 531,7 Mio. € (2015: 530,0 Mio. €) dienen ausschließlich der Refinanzierung des außerkollektiven Geschäfts.

In dem Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind im Wesentlichen Provisionsverbindlichkeiten gegenüber dem Außendienst enthalten.

Im Posten Passive Rechnungsabgrenzungsposten sind 1,8 Mio. € (2015: 2,1 Mio. €) Disagio aus Forderungen enthalten. Bei dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten für Darlehensgebühren erfolgte im Berichtsjahr eine Auflösung in Höhe von 0,1 Mio. € (2015: 0,2 Mio. €).

Aufgrund der letztmaligen Anwendung von Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB ist die ausgewiesene Pensionsrückstellung zum Bilanzstichtag in voller Höhe dotiert (2015: Unterdeckung 2,0 Mio. €).

Die Anschaffungskosten der gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit Rückstellungen verrechneten Vermögensgegenstände betragen 1,8 Mio. € (2015: 1,7 Mio. €), der beizulegende Zeitwert 2,2 Mio. € (2015: 2,0 Mio. €). Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beläuft sich auf 2,2 Mio. € (2015: 2,3 Mio. €). In der Gewinn- und Verlustrechnung wurden Aufwendungen in Höhe von 6,2 Tsd. € (2015: 129,1 Tsd. €) mit Erträgen in Höhe von 95,8 Tsd. € (2015: 54,6 Tsd. €) aus diesen Vermögensgegenständen bzw. Schulden aus der Entgeltumwandlung verrechnet.

Die Vorjahreswerte in der Gewinn- und Verlustrechnung wurden hinsichtlich der Verrechnung angepasst.

Die Rückstellungen für die Bonifikation des Vertriebs und für die Rückerstattung der Abschlussgebühren bei Darlehensverzicht weisen den größten Anteil an den anderen Rückstellungen auf.

Der versteuerte Fonds zur baupartechnischen Absicherung dient der langfristigen Sicherung des Kollektivs. Dem Fonds wurden im Berichtsjahr 2,2 Mio. € freiwillig zugeführt; er ist mit 11,2 Mio. € dotiert.

Die rechtsverbindlichen Auszahlungsverpflichtungen setzen sich zusammen

in Mio. €

	31.12.2016	31.12.2015
Aus Zuteilungen	0,6	1,2
Zur Vor- und Zwischenfinanzierung	29,2	30,3
Sonstigen Baudarlehen	0,4	0,5
Summe	30,2	32,0

Aus diesen wird die LBS mit hoher Wahrscheinlichkeit nahezu vollständig in Anspruch genommen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten vor allem Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen in Höhe von 11,7 Mio. € (2015: 2,6 Mio. €), als Anschaffungsnebenkosten aktivierte Eigenleistungen für die Erstellung eines immateriellen Vermögensgegenstands in Höhe von 0,9 Mio. € (2015: 0,9 Mio. €), Erträge aus der Auflösung von Bausparkonten in Höhe von 0,1 Mio. € (2015: 0,6 Mio. €) und die Erträge aus der Zeitschrift „Das Haus“ in Höhe von 0,4 Mio. € (2015: 0,5 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen bestehen im Wesentlichen aus dem Aufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 2,9 Mio. € (2015: 15,6 Mio. €) und Ausgleichszahlungen an den Außendienst in Höhe von 0,2 Mio. € (2015: 0,4 Mio. €). Die im Wege der Umlage mit der Helaba

verrechnete Steuererstattung in Höhe von 3,3 Mio. € (2015: 0,1 Mio. €) erhöht in voller Höhe das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Gemäß § 18 Abs. 2 und 3 Einlagensicherungsgesetz und auf Grundlage des Beschlusses der Sicherungseinrichtung der Landesbausparkassen hat die LBS 2016 erstmals von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, 30 % der zu leistenden Finanzmittel in Form von Zahlungsverpflichtungen bereitzustellen. Hierdurch wurde der Sachaufwand um 0,5 Mio. € entlastet.

Mit Wirkung auf das außerordentliche Ergebnis hat die LBS von dem Wahlrecht gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB letztmals Gebrauch gemacht und im Jahr 2016 für die Rückstellung für laufende Pensionen oder Anwartschaften auf Pensionen 2,0 Mio. € (2015: 18,2 Mio. €) zugeführt.

Sonstige Angaben

Für das Geschäftsjahr 2016 wurden für die Abschlussprüfung 174 Tsd. € (2015: 216 Tsd. €) und für sonstige Leistungen 102 Tsd. € (2015: 25 Tsd. €), die von Konzernunternehmen der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erbracht wurden, berechnet.

Die Bezüge der Mitglieder der Organe der Helaba, welche auch für die LBS zuständig sind, wurden von der Bank gezahlt. Die Mitglieder der Organe sind im Anhang der Helaba aufgeführt.

Baudarlehen an Mitglieder des Verwaltungsrats (Personen im Sinne des § 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 RechKredV) bestehen in Höhe von 32 Tsd. € (2015: 56 Tsd. €).

Die Bezüge für die Mitglieder des LBS-Fachbeirats beliefen sich auf insgesamt 25 Tsd. € (2015: 26 Tsd. €).

Die LBS beschäftigte 2016 im Jahresdurchschnitt 275 Mitarbeiter, davon 163 weibliche und 112 männliche.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 28. Februar 2017

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Grüntker	Fenk	Groß
Dr. Hosemann	Mulfinger	Dr. Schraad

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main/Erfurt, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Landesbank Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main/Erfurt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und

rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 28. Februar 2017

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Flick	ppa. Dr. Jürgen Kuhlmann
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Beirat der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

im Geschäftsjahr 2016

Vorsitzender

Gerhard Grandke
Geschäftsführender Präsident des
Sparkassen- und Giroverbands
Hessen-Thüringen

Mitglieder

Wolfgang Asche
Vorsitzender des Vorstands der
Kreissparkasse Nordhausen

Michael Baumann
Mitglied des Vorstands der
Nassauischen Sparkasse, Wiesbaden
(seit 22.11.2016)

Stephan Bruhn
Stv. Vorsitzender des Vorstands der
Frankfurter Sparkasse

Erhard Bückemeier
Vorsitzender des Vorstands der
Sparkasse Jena-Saale-Holzland, Jena

Andreas Fabich
Mitglied des Vorstands der
Nassauischen Sparkasse, Wiesbaden
(bis 31.08.2016)

Thomas Fügmann
Landrat des
Saale-Orla-Kreises

Manfred Görig
Landrat des
Vogelsbergkreises

Stv. Vorsitzender

Bernd Woide
Landrat des Kreises Fulda

Sven Hauschild
Mitglied des Vorstands der
Sparkasse Arnstadt-Ilmenau, Ilmenau

Gerhard Heß
Mitglied des Vorstands der
Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg, Bad Hersfeld

Stephan Hofmann
Mitglied des Vorstands der
Sparkasse Wetzlar

Jochen Johannink
Stv. Vorsitzender des Vorstands der
Kasseler Sparkasse

Marc Semmel
Mitglied des Vorstands der
Sparkasse Werra-Meißner, Eschwege
(seit 28.09.2016)

Manfred Vögtlin
Stv. Vorsitzender des Vorstands der
Sparkasse Bensheim

Jürgen Zich
Mitglied des Vorstands der
Kreissparkasse Schlüchtern
(bis 31.05.2016)

Statistische Angaben zum Bauspargeschäft

Bewegung der Zuteilungsmasse im Jahr 2016

A. Zuführungen

in Tsd. €

I. Vortrag aus dem Vorjahr (Überschuss): noch nicht ausgezahlte Beträge	4.019.621
II. Zuführungen im Geschäftsjahr	
1. Sparbeträge (einschl. verrechneter Wohnungsbauprämien)	726.435
2. Tilgungsbeträge ¹⁾ (einschl. verrechneter Wohnungsbauprämien)	96.759
3. Zinsen auf Bauspareinlagen	78.636
4. Fonds zur bauspartechnischen Absicherung	2.180
5. Sonstige	
a) Fremdgeld und eigene Mittel	0
Insgesamt	4.923.631

B. Entnahmen

in Tsd. €

I. Entnahmen im Geschäftsjahr	
1. Zugeteilte Summen, soweit ausgezahlt	
a) Bauspareinlagen	252.345
b) Baudarlehen	50.453
2. Rückzahlung von Bauspareinlagen auf noch nicht zugeteilte Bausparverträge	319.476
3. Fonds zur bauspartechnischen Absicherung	0
4. Sonstige	
a) Fremdgeld und eigene Mittel	0
II. Überschuss der Zuführungen (noch nicht ausgezahlte Beträge) am Ende des Geschäftsjahres ²⁾	4.301.357
Insgesamt	4.923.631

Anmerkungen:

¹⁾ Tilgungsbeträge sind auf die reine Tilgung entfallende Anteile der Tilgungsbeiträge.²⁾ In dem Überschuss der Zuführungen sind unter anderem enthalten:

a) die noch nicht ausgezahlten Bauspareinlagen auf zugeteilte Verträge in Tsd. €: 90.470

b) die noch nicht ausgezahlten Baudarlehen aus Zuteilungen in Tsd. €: 632

Bestandsbewegung im Jahr 2016

Tarifgruppe I (Tarife A, B, C, D)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahres	2.159	64.513	375	10.774	2.534	75.287
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	1	128	–	–	1	128
2. Übertragung	3	91	2	74	5	165
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	46	1.623	–	–	46	1.623
4. Teilung	–	–	–	–	0	–
5. Zuteilung	–	–	62	2.264	62	2.264
6. Sonstiges	6	163	–	–	6	163
Insgesamt	56	2.005	64	2.338	120	4.343
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	62	2.264	–	–	62	2.264
2. Herabsetzung	–	13	–	–	–	13
3. Auflösung	231	7.564	29	931	260	8.495
4. Übertragung	3	91	2	74	5	165
5. Zusammenlegung	–	–	–	–	–	–
6. Vertragsablauf	–	–	106	3.095	106	3.095
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	46	1.623	46	1.623
8. Sonstiges	6	163	–	2	6	165
Insgesamt	302	10.095	183	5.725	485	15.820
D. Reiner Zugang/Abgang	–246	–8.090	–119	–3.387	–365	–11.477
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	1.913	56.423	256	7.387	2.169	63.810
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	42	968	2	41	44	1.009
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2016 (Geschäftsjahr)			–			–
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2016			–			–
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €			374			2.093
Über 10.000 bis 25.000 €			678			9.910
Über 25.000 bis 50.000 €			484			15.770
Über 50.000 bis 150.000 €			356			24.740
Über 150.000 bis 250.000 €			19			3.198
Über 250.000 bis 500.000 €			2			712
Über 500.000 €			–			–
Insgesamt			1.913			56.423
IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 29.419 €						

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 24.568 €

Bestandsbewegung im Jahr 2016

Tarifgruppe III (Tarife Classic S, L, Vario E, U, R)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahres	45.338	819.720	10.596	262.369	55.934	1.082.089
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	2	151	–	–	2	151
2. Übertragung	165	3.350	21	366	186	3.716
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	1.256	22.086	–	–	1.256	22.086
4. Teilung	28	–	1	–	29	–
5. Zuteilung	–	–	1.762	34.661	1.762	34.661
6. Sonstiges	68	1.312	16	461	84	1.773
Insgesamt	1.519	26.899	1.800	35.488	3.319	62.387
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	1.762	34.661	–	–	1.762	34.661
2. Herabsetzung	–	871	–	5	–	876
3. Auflösung	4.038	78.310	591	12.714	4.629	91.024
4. Übertragung	165	3.350	21	366	186	3.716
5. Zusammenlegung	–	–	–	–	–	–
6. Vertragsablauf	–	–	2.573	61.575	2.573	61.575
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	1.256	22.086	1.256	22.086
8. Sonstiges	74	1.481	11	303	85	1.784
Insgesamt	6.039	118.675	4.452	97.049	10.491	215.724
D. Reiner Zugang/Abgang	–4.520	–91.776	–2.652	–61.561	–7.172	–153.337
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	40.818	727.944	7.944	200.808	48.762	928.752
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	172	3.376	15	630	187	4.006
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2016 (Geschäftsjahr)			2			77
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2016			–			–
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €			13.452			109.815
Über 10.000 bis 25.000 €			21.283			340.867
Über 25.000 bis 50.000 €			4.428			150.837
Über 50.000 bis 150.000 €			1.604			114.141
Über 150.000 bis 250.000 €			41			7.592
Über 250.000 bis 500.000 €			9			3.158
Über 500.000 €			1			1.534
Insgesamt			40.818			727.944
IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 19.047 €						

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen				Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
				Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahres				106.028	2.318.373	15.923	371.500	121.951	2.689.873
B. Zugang im Geschäftsjahr durch									
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)				818	52.999	–	–	818	52.999
2. Übertragung				267	5.615	30	749	297	6.364
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung				6.271	113.770	–	–	6.271	113.770
4. Teilung				67	–	2	–	69	–
5. Zuteilung				–	–	11.059	275.151	11.059	275.151
6. Sonstiges				307	18.426	41	1.063	348	19.489
Insgesamt				7.730	190.810	11.132	276.963	18.862	467.773
C. Abgang im Geschäftsjahr durch									
1. Zuteilung				11.059	275.151	–	–	11.059	275.151
2. Herabsetzung				–	75.515	–	287	–	75.802
3. Auflösung				8.596	220.085	4.540	152.948	13.136	373.033
4. Übertragung				267	5.615	30	749	297	6.364
5. Zusammenlegung				1	–	–	–	1	–
6. Vertragsablauf				–	–	2.985	72.503	2.985	72.503
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung				–	–	6.271	113.770	6.271	113.770
8. Sonstiges				380	22.754	26	655	406	23.409
Insgesamt				20.303	599.120	13.852	340.912	34.155	940.032
D. Reiner Zugang/Abgang				–12.573	–408.310	–2.720	–63.949	–15.293	–472.259
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres				93.455	1.910.063	13.203	307.551	106.658	2.217.614
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets				322	8.894	31	1.002	353	9.896
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen									
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2016 (Geschäftsjahr)						11			828
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2016						1			102
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands									
	Bis	10.000 €			40.003				342.396
Über	10.000 bis	25.000 €			37.974				672.250
Über	25.000 bis	50.000 €			10.734				436.472
Über	50.000 bis	150.000 €			4.334				367.232
Über	150.000 bis	250.000 €			331				62.237
Über	250.000 bis	500.000 €			74				24.241
	Über	500.000 €			5				5.235
Insgesamt						93.455			1.910.063
IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 20.792 €									

Bestandsbewegung im Jahr 2016

Tarifgruppe V (Tarife Classic2007 S, B, F, N, Classic Young)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahres	321.682	7.364.597	11.597	285.897	333.279	7.650.494
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	248	14.835	–	–	248	14.835
2. Übertragung	730	15.795	37	994	767	16.789
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	10.851	187.586	–	–	10.851	187.586
4. Teilung	121	–	2	–	123	–
5. Zuteilung	–	–	20.595	433.862	20.595	433.862
6. Sonstiges	766	48.584	29	667	795	49.251
Insgesamt	12.716	266.800	20.663	435.523	33.379	702.323
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	20.595	433.862	–	–	20.595	433.862
2. Herabsetzung	–	76.443	–	375	–	76.818
3. Auflösung	20.873	479.432	6.693	169.405	27.566	648.837
4. Übertragung	730	15.795	37	994	767	16.789
5. Zusammenlegung	3	–	–	–	3	–
6. Vertragsablauf	–	–	1.777	48.771	1.777	48.771
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	10.851	187.586	10.851	187.586
8. Sonstiges	1.167	72.028	19	326	1.186	72.354
Insgesamt	43.368	1.077.560	19.377	407.457	62.745	1.485.016
D. Reiner Zugang/Abgang	–30.652	–810.760	1.286	28.067	–29.366	–782.693
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	291.030	6.553.838	12.883	313.964	303.913	6.867.801
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	574	18.042	21	472	595	18.514
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2016 (Geschäftsjahr)			118			8.851
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2016			1			68
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €			150.381			1.501.775
Über 10.000 bis 25.000 €			87.475			1.614.289
Über 25.000 bis 50.000 €			33.962			1.366.865
Über 50.000 bis 150.000 €			16.799			1.470.537
Über 150.000 bis 250.000 €			1.884			360.019
Über 250.000 bis 500.000 €			457			150.191
Über 500.000 €			72			90.162
Insgesamt			291.030			6.553.838
IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 22.598 €						

					Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
					Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen										
A. Bestand am Ende des Vorjahres					92.906	2.414.510	484	11.276	93.390	2.425.786
B. Zugang im Geschäftsjahr durch										
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)					141	7.212	–	–	141	7.212
2. Übertragung					134	6.160	1	10	135	6.170
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung					203	9.033	–	–	203	9.033
4. Teilung					35	–	–	–	35	–
5. Zuteilung					–	–	1.177	36.662	1.177	36.662
6. Sonstiges					185	12.555	3	86	188	12.641
Insgesamt					698	34.960	1.181	36.758	1.879	71.718
C. Abgang im Geschäftsjahr durch										
1. Zuteilung					1.177	36.662	–	–	1.177	36.662
2. Herabsetzung					–	28.477	–	40	–	28.517
3. Auflösung					4.808	125.735	359	12.398	5.167	138.133
4. Übertragung					134	6.160	1	10	135	6.170
5. Zusammenlegung					–	–	–	–	–	–
6. Vertragsablauf					–	–	123	2.894	123	2.894
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung					–	–	203	9.033	203	9.033
8. Sonstiges					374	24.128	2	60	376	24.188
Insgesamt					6.493	221.162	688	24.435	7.181	245.597
D. Reiner Zugang/Abgang					–5.795	–186.202	493	12.323	–5.302	–173.879
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres					87.111	2.228.308	977	23.599	88.088	2.251.907
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets					167	6.260	1	10	168	6.270
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen										
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2016 (Geschäftsjahr)							161			9.759
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2016							–			–
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands										
	Bis	10.000 €				43.371				433.527
Über	10.000	bis	25.000 €			23.629				439.778
Über	25.000	bis	50.000 €			11.845				471.018
Über	50.000	bis	150.000 €			7.356				632.746
Über	150.000	bis	250.000 €			668				127.212
Über	250.000	bis	500.000 €			194				66.948
	Über	500.000 €				48				57.079
Insgesamt							87.111			2.228.308
IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 25.564 €										

Bestandsbewegung im Jahr 2016

Tarifgruppe VII (Tarife Classic2014 S, B, F, FL, N, Classic Young)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahres	130.018	3.676.261	188	3.673	130.206	3.679.934
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	10.819	378.070	–	–	10.819	378.070
2. Übertragung	160	4.720	–	–	160	4.720
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	49	1.474	–	–	49	1.474
4. Teilung	26	–	–	–	26	–
5. Zuteilung	–	–	549	12.730	549	12.730
6. Sonstiges	128	7.248	2	20	130	7.268
Insgesamt	11.182	391.512	551	12.750	11.733	404.262
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	549	12.730	–	–	549	12.730
2. Herabsetzung	–	44.404	–	–	–	44.404
3. Auflösung	7.183	186.899	180	5.126	7.363	192.025
4. Übertragung	160	4.720	–	–	160	4.720
5. Zusammenlegung	–	–	–	–	–	–
6. Vertragsablauf	–	–	50	674	50	674
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	49	1.474	49	1.474
8. Sonstiges	437	24.242	1	10	438	24.252
Insgesamt	8.329	272.995	280	7.284	8.609	280.279
D. Reiner Zugang/Abgang	2.853	118.516	271	5.466	3.124	123.982
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	132.871	3.794.777	459	9.139	133.330	3.803.916
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	211	8.440	1	20	212	8.460
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2016 (Geschäftsjahr)			2.309			98.623
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2016			–			–
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €			63.383			633.409
Über 10.000 bis 25.000 €			33.910			633.626
Über 25.000 bis 50.000 €			20.344			818.049
Über 50.000 bis 150.000 €			13.336			1.168.216
Über 150.000 bis 250.000 €			1.343			259.186
Über 250.000 bis 500.000 €			444			149.021
Über 500.000 €			111			133.270
Insgesamt			132.871			3.794.777
IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 28.530 €						

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen					Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
					Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahres					3.281	142.377	–	–	3.281	142.377
B. Zugang im Geschäftsjahr durch										
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)					48.157	1.763.790	–	–	48.157	1.763.790
2. Übertragung					20	1.394	–	–	20	1.394
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung					2	26	–	–	2	26
4. Teilung					5	–	–	–	5	–
5. Zuteilung					–	–	39	805	39	805
6. Sonstiges					1.037	61.906	–	–	1.037	61.906
Insgesamt					49.221	1.827.116	39	805	49.260	1.827.921
C. Abgang im Geschäftsjahr durch										
1. Zuteilung					39	805	–	–	39	805
2. Herabsetzung					–	16.713	–	–	–	16.713
3. Auflösung					910	27.677	14	234	924	27.911
4. Übertragung					20	1.394	–	–	20	1.394
5. Zusammenlegung					434	–	–	–	434	–
6. Vertragsablauf					–	–	1	15	1	15
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung					–	–	2	26	2	26
8. Sonstiges					59	4.976	–	–	59	4.976
Insgesamt					1.462	51.565	17	275	1.479	51.840
D. Reiner Zugang/Abgang					47.759	1.775.551	22	530	47.781	1.776.081
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres					51.040	1.917.928	22	530	51.062	1.918.458
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets					60	3.809	–	–	60	3.809
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen										
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2016 (Geschäftsjahr)							522			32.354
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2016							13.205			624.916
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands										
Bis 10.000 €							18.101			180.821
Über 10.000 bis 25.000 €							13.531			257.444
Über 25.000 bis 50.000 €							10.753			439.607
Über 50.000 bis 150.000 €							7.362			667.447
Über 150.000 bis 250.000 €							924			178.721
Über 250.000 bis 500.000 €							293			98.803
Über 500.000 €							76			95.085
Insgesamt							51.040			1.917.928
IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 37.571 €										

Bestandsbewegung im Jahr 2016

Tarifgruppe Riester (Tarife FR, SR, R)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahres	41.073	1.533.345	84	2.325	41.157	1.535.670
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	7.094	300.162	–	–	7.094	300.162
2. Übertragung	–	–	–	–	–	–
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	299	6.574	–	–	299	6.574
4. Teilung	–	–	–	–	–	–
5. Zuteilung	–	–	539	12.697	539	12.697
6. Sonstiges	153	8.183	8	126	161	8.309
Insgesamt	7.546	314.919	547	12.823	8.093	327.742
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	539	12.697	–	–	539	12.697
2. Herabsetzung	–	8.006	–	–	–	8.006
3. Auflösung	2.756	105.323	99	2.407	2.855	107.730
4. Übertragung	–	–	–	–	–	–
5. Zusammenlegung	10	–	–	–	10	–
6. Vertragsablauf	–	–	15	532	15	532
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	299	6.574	299	6.574
8. Sonstiges	153	8.209	1	30	154	8.239
Insgesamt	3.458	134.235	414	9.543	3.872	143.778
D. Reiner Zugang/Abgang	4.088	180.684	133	3.280	4.221	183.964
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	45.161	1.714.029	217	5.605	45.378	1.719.634
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	39	1.454	–	–	39	1.454
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2016 (Geschäftsjahr)			2.662			109.527
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2016			3.235			140.635
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €			4.229			41.972
Über 10.000 bis 25.000 €			11.967			239.107
Über 25.000 bis 50.000 €			19.510			775.766
Über 50.000 bis 150.000 €			9.394			645.977
Über 150.000 bis 250.000 €			59			10.657
Über 250.000 bis 500.000 €			2			550
Über 500.000 €			–			–
Insgesamt			45.161			1.714.029

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 37.896 €

Bestandsbewegung im Jahr 2016

Alle Tarife

I. Übersicht über die Bewegung des Bestands an nicht zugeteilten und zugeteilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahres	759.480	18.733.135	44.972	1.113.312	804.452	19.846.447
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	67.282	2.517.459	–	–	67.282	2.517.459
2. Übertragung	1.522	38.311	97	2.311	1.619	40.622
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	19.305	349.725	–	–	19.305	349.725
4. Teilung	293	–	6	–	299	–
5. Zuteilung	–	–	36.400	823.786	36.400	823.786
6. Sonstiges	2.683	159.119	108	2.660	2.791	161.779
Insgesamt	91.085	3.064.614	36.611	828.757	127.696	3.893.371
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	36.400	823.786	–	–	36.400	823.786
2. Herabsetzung	–	250.854	–	707	–	251.561
3. Auflösung	51.990	1.295.808	12.930	368.960	64.920	1.664.768
4. Übertragung	1.522	38.311	97	2.311	1.619	40.622
5. Zusammenlegung	450	–	–	–	450	–
6. Vertragsablauf	–	–	9.712	243.942	9.712	243.942
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	19.305	349.725	19.305	349.725
8. Sonstiges	2.683	158.725	67	1.604	2.750	160.329
Insgesamt	93.045	2.567.485	42.111	967.249	135.156	3.534.734
D. Reiner Zugang/Abgang	–1.960	497.130	–5.500	–138.492	–7.460	358.637
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	757.520	19.230.265	39.472	974.820	796.992	20.205.084
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebiets	1.717	54.272	82	2.628	1.799	56.900
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 1.1.2016 (Geschäftsjahr)			5.785			260.019
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2016			16.442			765.721
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestands						
Bis 10.000 €			335.427			3.259.700
Über 10.000 bis 25.000 €			237.859			4.317.529
Über 25.000 bis 50.000 €			115.173			4.574.505
Über 50.000 bis 150.000 €			61.970			5.186.435
Über 150.000 bis 250.000 €			5.297			1.013.699
Über 250.000 bis 500.000 €			1.480			495.521
Über 500.000 €			314			382.876
Insgesamt			757.520			19.230.265
IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 25.352 €						

Adressen der
Landesbank Hessen-Thüringen

Adressen der Landesbank Hessen-Thüringen

Hauptsitze

Frankfurt am Main
MAIN TOWER
Neue Mainzer Straße 52–58
60311 Frankfurt am Main
Telefon +49 69/91 32-01
Telefax +49 69/29 15 17

Erfurt
Bonifaciusstraße 16
99084 Erfurt
Telefon +49 3 61/2 17-71 00
Telefax +49 3 61/2 17-71 01

Bausparkasse

**Landesbausparkasse
Hessen-Thüringen**

Offenbach
Strahlenbergerstraße 13
63067 Offenbach
Telefon +49 69/91 32-02
Telefax +49 69/91 32-29 90

Erfurt
Bonifaciusstraße 19
99084 Erfurt
Telefon +49 3 61/2 17-70 07
Telefax +49 3 61/2 17-70 90

Förderbank

**Wirtschafts- und
Infrastrukturbank Hessen**
Strahlenbergerstraße 11
63067 Offenbach
Telefon +49 69/91 32-03
Telefax +49 69/91 32-46 36

Niederlassungen

Düsseldorf
Uerdinger Straße 88
40474 Düsseldorf
Telefon +49 2 11/3 01 74-0
Telefax +49 2 11/3 01 74-92 99

Kassel
Ständeplatz 17
34117 Kassel
Telefon +49 5 61/7 06-60
Telefax +49 5 61/7 06-63 33

London
3rd Floor
95 Queen Victoria Street
London EC4V 4HN
Großbritannien
Telefon +44 20/73 34-45 00
Telefax +44 20/76 06-74 30

New York
420, Fifth Avenue
New York, N. Y. 10018
USA
Telefon +1 2 12/7 03-52 00
Telefax +1 2 12/7 03-52 56

Paris
118, avenue des Champs Elysées
75008 Paris
Frankreich
Telefon +33 1/40 67-77 22
Telefax +33 1/40 67-91 53

Repräsentanzen

Madrid
(für Spanien und Portugal)
General Castaños, 4
Bajo Dcha.
28004 Madrid
Spanien
Telefon +34 91/39 11-0 04
Telefax +34 91/39 11-1 32

Moskau
Novinsky Boulevard 8
Business Centre Lotte,
20th Floor
121099 Moskau
Russland
Telefon +7 4 95/2 87-03-17
Telefax +7 4 95/2 87-03-18

Shanghai
Unit 012, 18th Floor
Hang Seng Bank Tower
1000 Lujiazui Ring Road
Shanghai, 200120
China
Telefon +86 21/68 77 77 08
Telefax +86 21/68 77 77 09

Singapur
One Temasek Avenue
#05-04 Millenia Tower
Singapore 039192
Telefon +65/62 38 04 00
Telefax +65/62 38 99 78

Stockholm
Kungsgatan 3, 2nd Floor
114 43 Stockholm
Schweden
Telefon +46/86 11 01 16

Vertriebsbüros**Düsseldorf**

Uerdinger Straße 88
40474 Düsseldorf
Telefon + 49 11/3 01 74-0
Telefax + 49 11/3 01 74-92 99

Berlin

Joachimsthaler Straße 12
10719 Berlin
Telefon + 49 30/2 06 18 79-13 52
Telefax + 49 30/2 06 18 79-13 45

München

Lenbachplatz 2a
80333 München
Telefon + 49 89/5 99 88 49-10 16
Telefax + 49 89/5 99 88 49-10 10

Münster

Regina-Protmann-Straße 16
48159 Münster
Telefon + 49 2 51/92 77 63-36 48
Telefax + 49 2 51/92 77 63-36 72

Stuttgart

Kronprinzstraße 11
70173 Stuttgart
Telefon + 49 7 11/28 04 04-0
Telefax + 49 7 11/28 04 04-20

Immobilienbüros**Berlin**

Joachimsthaler Straße 12
10719 Berlin
Telefon + 49 30/2 06 18 79-13 14
Telefax + 49 30/2 06 18 79-13 69

München

Lenbachplatz 2a
80333 München
Telefon + 49 89/5 99 88 49-0
Telefax + 49 89/5 99 88 49-10 10

Auswahl der Tochtergesellschaften**Frankfurter Sparkasse**

Neue Mainzer Straße 47–53
60311 Frankfurt am Main
Telefon + 49 69/26 41-0
Telefax + 49 69/26 41-29 00

**1822direkt Gesellschaft der
Frankfurter Sparkasse mbH**

Borsigallee 19
60388 Frankfurt am Main
info@1822direkt.com
Telefon + 49 69/9 41 70-0
Telefax + 49 69/9 41 70-71 99

**Frankfurter Bankgesellschaft
(Deutschland) AG**

JUNGHOF
Junghofstraße 26
60311 Frankfurt am Main
Telefon + 49 69/1 56 86-0
Telefax + 49 69/1 56 86-1 40

**Frankfurter Bankgesellschaft
(Schweiz) AG**

Börsenstrasse 16, Postfach
8001 Zürich
Schweiz
Telefon + 41 44/2 65 44 44
Telefax + 41 44/2 65 44 11

Helaba Invest

Kapitalanlagegesellschaft mbH
JUNGHOF
Junghofstraße 24
60311 Frankfurt am Main
Telefon + 49 69/2 99 70-0
Telefax + 49 69/2 99 70-6 30

GWH

Wohnungsgesellschaft mbH
Hessen
Westerbachstraße 33
60489 Frankfurt am Main
Telefon + 49 69/9 75 51-0
Telefax + 49 69/9 75 51-1 50

OFB

Projektentwicklung GmbH
Speicherstraße 55
60327 Frankfurt am Main
Telefon + 49 69/9 17 32-01
Telefax + 49 69/9 17 32-7 99

GGM

Gesellschaft für Gebäude-
Management mbH
Junghofstraße 26
60311 Frankfurt am Main
Telefon + 49 69/77 01 97-0
Telefax + 49 69/77 01 97-77

Impressum

Herausgeber

Helaba
Landesbank Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt

Konzeption und Gestaltung

3st kommunikation, Mainz

Druck

Druckerei Braun & Sohn, Maintal

Copyright

© Helaba Landesbank Hessen-Thüringen, 2017

Alle Rechte, insbesondere das Recht zur Vervielfältigung (auch auszugsweise), vorbehalten. Der Jahresfinanzbericht 2016 darf nicht ohne schriftliche Genehmigung der Helaba Landesbank Hessen-Thüringen reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme vervielfältigt werden.



Helaba
Landesbank Hessen-Thüringen

MAIN TOWER
Neue Mainzer Straße 52–58
60311 Frankfurt am Main
Telefon +49 69/91 32-01

Bonifaciusstraße 16
99084 Erfurt
Telefon +49 3 61/2 17-71 00

www.helaba.de